

Langfristige Budgetprognose 2025

Bericht der Bundesregierung gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013

Wien, 2025

Zum Bericht

Die **Langfristige Budgetprognose** ist ein Bericht der Bundesregierung. Gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013 hat der Bundesminister für Finanzen alle drei Jahre eine hinreichend begründete, nachvollziehbare, langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren zu erstellen.

Der vorliegende Bericht ist der fünfte dieser Art und basiert auf einer **Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO)**, welche vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) in Auftrag gegeben wurde.

Wie in der Langfristprognose 2022 wird in auch diesem Bericht eine Analyse der Auswirkungen des Klimawandels bzw. von Klimamaßnahmen auf die öffentlichen Finanzen vorgenommen. Hierfür wurde in Zusammenarbeit mit dem **Umweltbundesamt (UBA)** wieder ein **Klimamodul** erarbeitet.

Die Zahlenangaben in diesem Bericht erfolgen grundsätzlich in Relation zum nominellen Bruttoinlandsprodukt und sind in dieser Darstellung in der Regel auf eine Stelle gerundet. Änderungen bleiben vorbehalten, Rundungsdifferenzen sind möglich. Wo keine Quelle angegeben ist die Quelle das BMF.

Der Bericht wird auch auf der Homepage des BMF (www.bmf.gv.at) veröffentlicht. Auf budget.gv.at werden interaktive Grafiken und Tabellen zu diesem Bericht zur Verfügung gestellt.



budget.gv.at

Kurzfassung

Alle drei Jahre erstellt die Bundesregierung einen Bericht über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Die Version des Jahres 2025 steht ganz im Zeichen der Auswirkungen der COVID-19, Energie-, Teuerungs- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte und der darauffolgenden Budgetkonsolidierungsphase.

Im Ergebnis zeigt sich, wie notwendig die Einleitung der Budgetkonsolidierung durch die Bundesregierung war, und wie wichtig es ist, diese Konsolidierung fortzusetzen.

So stiege die Schuldenquote bis 2060 ohne Konsolidierungsmaßnahmen auf über 250% des BIP. Mit dem aktuell beschlossenen budgetären Rahmen bis 2029 wird die Schuldenquote auf unter 150% gedrückt.

Eine Fortsetzung der Konsolidierung im Einklang mit den europäischen Vorgaben bis zum Jahr 2031 stabilisiert die Schuldenquote bereits auf rd. 90%. Die demographische Entwicklung und die Auswirkungen des Klimawandels sind dabei bereits berücksichtigt.

Wesentliche Faktoren für die Schuldenentwicklung in der langen Frist sind die jedes Jahr mit dem Anstieg der Schuldenquote noch stärker ansteigenden Zinsausgaben. Das wichtigste Ziel der Budgetkonsolidierung ist das Durchbrechen dieser Dynamik.

In % des BIP	Institut	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Policy-Szenarien										
Ohne Konsolidierung	BMF	79,9	83,0	98,1	140,5	194,5	259,3	+15,1	+161,2	+176,4
Basisszenario	WIFO	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5
7-jähriger Anpassungspfad	BMF	79,9	81,7	84,4	81,1	82,8	91,1	+2,7	+6,7	+9,4
Klima-Aktivitätsszenario	UBA	79,9	81,7	85,2	97,1	116,1	142,2	+3,5	+57,1	+60,6
Risiko-/Chancen-Szenarien										
Ungünstiges Zinsszenario	BMF	79,9	81,7	85,2	105,2	139,2	184,8	+3,6	+99,6	+103,2
Günstiges Zinsszenario	BMF	79,9	81,7	85,2	92,0	101,9	119,0	+3,6	+33,7	+37,3
Geringeres Produktivitätswachstum	WIFO	79,9	81,7	85,2	104,5	136,1	179,6	+3,6	+94,4	+98,0
Höheres Produktivitätswachstum	WIFO	79,9	81,7	85,2	92,5	102,8	118,2	+3,6	+33,0	+36,5
Geringere Migration	WIFO	79,9	81,7	85,2	103,0	133,3	179,5	+3,6	+94,3	+97,9
Höhere Lebenserwartung	WIFO	79,9	81,7	85,2	99,4	122,5	159,1	+3,6	+73,9	+77,5

Quelle: WIFO (2025), Umweltbundesamt (2025), BMF

In einem im Einklang mit dem Regierungsprogramm stehenden Klima-Aktivitätsszenario zeigt sich, dass wirkungsorientiertes und effizientes Handeln in diesem Politikbereich die Schuldenquote weiter reduzieren kann. Im Aktivitätsszenario können Zertifikatsankäufe

sowie volkswirtschaftliche Schäden durch verstärkte Anpassungsmaßnahmen signifikant reduziert werden.

Ergebnisse des Basisszenarios: Im Basisszenario der langfristigen Budgetprognose zeigt sich eine anhaltende Dynamik bei den Pensionsausgaben, insbesondere bis zum Jahr 2035. Die Ausgaben für Bildung und Familie sind auf Grund demographischer Effekte leicht rückläufig.

Die Ausgabenbereiche Gesundheit und Pflege zeigen langfristig jeweils einen Anstieg der Ausgabenquoten im Vergleich zu 2025 im Ausmaß von 1,3 Prozentpunkten des BIP.

Die Klima-Zielerreichungszahlungen im Basisszenario ohne zusätzliche Maßnahmen führen zu Kosten im Ausmaß von jährlich 0,3 bis 0,4% des BIP.

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Pensionen	14,9	15,2	15,4	15,8	15,6	15,8	+0,2	+0,3	+0,6
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,3	+0,1	+1,2	+1,3
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,8	+0,1	+1,3	+1,3
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,2	-0,3
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,4	0,4	0,3	+0,3	+0,1	+0,3
Zinsausgaben	1,5	1,7	2,2	3,3	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,6
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,1	18,7	18,5	-2,3	-1,2	-3,5
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,2	+0,3
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-4,7	-6,0	-7,4	+1,3	-4,2	-2,9
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-1,4	-1,8	-2,2	+1,9	-1,3	+0,7
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,2	-5,2	-0,6	-3,0	-3,6
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Die Zinsausgaben steigen bis 2060 um 3,6 Prozentpunkte des BIP und engen den budgetären Spielraum immer mehr ein. Die Zinsausgaben sind neben der Entwicklung des Primärsaldos und der Schuldenquote sehr stark vom angenommenen Zinssatz abhängig. Der Zusammenhang wird in einem eigenen Alternativszenario behandelt.

Weitere Analysen bietet die Online-Version des Berichts, in der eine interaktive Anwendung die Erstellung eigener Szenarien ermöglicht. Sie simuliert die Entwicklung von Maastricht-Saldo und Schuldenquote anhand von selbst gewählten Zinssätzen und budgetären Anpassungen.

Inhalt

Kurzfassung	3
1. Einleitung	7
2. Rahmenbedingungen.....	11
2.1. Demografie.....	11
2.2. Wirtschaftswachstum.....	14
2.3. Klimapolitik und Klimaziele	21
3. Budgetäre Entwicklungen.....	27
3.1. Demografieabhängige Ausgaben	27
3.2. Klimabedingte Ausgaben.....	43
3.3. Zinsausgaben.....	44
3.4. Sonstige Ausgaben	45
3.5. Einnahmen	46
3.6. Maastricht-Saldo und Schuldenquote.....	48
4. Alternativszenarien.....	51
4.1. Keine Konsolidierung.....	52
4.2. Siebenjähriger Anpassungspfad	53
4.3. Aktivitätsszenario im Klimabereich	55
4.4. Zinssensitivitätsszenario.....	62
4.5. Geringeres Produktivitätswachstum.....	65
4.6. Höheres Produktivitätswachstum	67
4.7. Geringere Migration nach Österreich	69
4.8. Höhere Lebenserwartung.....	71
5. Vergleich mit anderen Langfristprojektionen	73
5.1. Langfristige Budgetprognose 2022.....	73
5.2. Nachhaltigkeitsbericht 2025 des Fiskalrats	80
5.3. Langfristgutachten 2024 der Alterssicherungskommission	83
5.4. Ageing Report 2024 der Europäischen Kommission	85
6. Methoden	89
6.1. Modelle und Schnittstellen	89
6.2. DELTA-Modell	91
6.3. MIO-ES Modell	94
Quellenverzeichnis	96
Anhang.....	98
Tabellenverzeichnis	108
Abbildungsverzeichnis.....	110
Abkürzungen.....	112

1. Einleitung

Alle drei Jahre erstellt die Bundesregierung einen Bericht über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Die Version des Jahres 2025 steht ganz im Zeichen der Auswirkungen der COVID-19-, Energie-, Teuerungs- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte.

Die Auswirkungen zeigten sich in einem markanten Anstieg des öffentlichen Defizits, der Schuldenquote und damit auch der Zinsausgaben. Im Juli 2025 wurde von der EU ein Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Österreich eröffnet.

Die Bundesregierung hat sich mit den Budgets 2025/2026, den Bundesfinanzrahmen 2025 bis 2029 und dem mit den Ländern und Gemeinden vereinbarten Stabilitätspakt 2025 einem **siebenjährigen budgetären Anpassungspfad** im Rahmen der neuen EU-Fiskalregeln verschrieben.

Die langfristige Budgetprognose 2025 ist die erste Bestandsaufnahme über die langfristigen Auswirkungen dieser Entscheidungen bis zum Jahr 2060. Sie berücksichtigt die demografische, wirtschaftliche und klimapolitische Entwicklung Österreichs.

Die Prognose besteht aus mehreren Policy-Szenarien, die sich mit den langfristigen Auswirkungen der Budgetkonsolidierung und den geplanten Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klimapolitik beschäftigen. Die Prognose ist demgemäß auch die erste Studie seit dem Regierungswechsel, die sich mit den Wechselwirkungen der neuen Klima- und Budgetpolitik auseinandersetzt.

Das **Basisszenario** in der Prognose stellt insofern einen Zwischenschritt der Regierungsarbeit dar. Es enthält alle Maßnahmen, die mit den Budgets 2025 und 2026 sowie den Bundesfinanzrahmen bis 2029 präsentiert wurden.

Demgegenüber wurde ein Szenario („Keine Konsolidierung“) ausgearbeitet, das darlegt, wie die öffentlichen Haushalte im Jahr 2060 dastünden, hätte die Bundesregierung keine Konsolidierungsmaßnahmen gesetzt.

Ein weiteres Szenario zeigt die Effekte, die die bis 2031 fortgesetzte Konsolidierung hätte, wie sie mit der EU im siebenjährigen Anpassungspfad vereinbart ist. Die Schuldenquote

stabilisiert sich in diesem Szenario bei 90% des BIP, trotz der steigenden demografischen Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

In einem im Einklang mit dem Regierungsprogramm stehenden Klima-Aktivitätsszenario zeigt sich, dass wirkungsorientiertes und effizientes Handeln in diesem Politikbereich die Schuldenquote im Vergleich zum Basisszenario reduzieren kann. Im Aktivitätsszenario können Zertifikatsankäufe sowie volkswirtschaftliche Schäden – durch verstärkte Klimawandelanpassung – reduziert werden. Ein gezielter Ausbau erneuerbarer Energien zeigt darüber hinaus inflationsdämpfende Wirkung. Zusätzliche Anstrengungen – darunter die Umsetzung europäischer Vorgaben und von klimapolitischen Prioritäten im Regierungsprogramm, gezielte ordnungspolitische Reformen sowie eine kosteneffektivere Ausrichtung von Förderinstrumenten – bringen Österreich der Erreichung der unionsrechtlichen Klimaziele näher.

Zur langfristigen Reduktion des klimabedingten Budgetrisikos für den Staatshaushalt lassen sich auf Basis der Ergebnisse der langfristigen Budgetprognose zahlreiche Empfehlungen ableiten. So hätten zB. die Entwicklungen zum Ausbau erneuerbarer Energieträger, dem Aus- bzw. Umbau der Energienetzinfrastruktur (wie ua. Energiespeicher, Stromnetze, Abkehr von fossiler Infrastruktur), dem Aufbau von Innovationstechnologien (wie Tiefengeothermie, CCS und Wasserstoff), der Elektrifizierung des Verkehrs sowie entsprechende Maßnahmen im Bereich des ÖPNV und der aktiven Mobilität sowie gezielte Anpassungsmaßnahmen weiteres Potenzial, um das klimabedingte Budgetrisiko zu senken.

Ein Zinssensitivitätsszenario zeigt, wie die Zinsausgaben und Schuldenquote in Abhängigkeit von vergangenen Realisierungen bei Zinssätzen entwickeln könnten. Die Bandbreite ist dabei sehr groß und die Botschaft mehr als deutlich: Nur die konsequente Umsetzung der Budgetkonsolidierung schützt die öffentlichen Haushalte vor den immer weniger kalkulierbaren Auswirkungen hoher öffentlicher Verschuldung.

In Kapitel 2 werden die Rahmenbedingungen für die vorliegende Prognose beschrieben. Hier wurde besonderes Augenmerk auf die detaillierte Darstellung der Annahmen und Bedingungen gelegt, die für das Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind.

In diesem Sinne werden in zwei Alternativszenarien die Auswirkungen höherer und niedriger Produktivitätsentwicklung auf die gesamtsstaatliche Budgetentwicklung darstellt. Auch diese beiden Szenarien sind eine Handlungsleitung an die Politik, die

Rahmenbedingungen für die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern laufend zu verbessern, sodass alle Produktionsfaktoren optimal ihre Wirkung entfalten können.

Tabelle 1: Rahmenbedingungen und Hauptergebnisse im Überblick

		2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Bevölkerung										
Insgesamt	in Tsd.	9.178	9.187	9.348	9.633	9.825	9.904	+161	+556	+716
15-bis 64-Jährige	in Tsd.	6.022	5.994	5.873	5.753	5.741	5.665	-121	-208	-328
Erwerbsprognose										
Erwerbspersonen	in Tsd.	4.847	4.882	4.999	5.014	5.019	4.972	+117,2	-26,4	+90,8
Arbeitslose	in Tsd.	373	392	345	299	265	259	-47,7	-85,8	-133,6
Erwerbstätige	in Tsd.	4.474	4.489	4.654	4.715	4.754	4.714	+164,9	+59,4	+224,4
Unselbständig Beschäftigte	in Tsd.	3.961	3.973	4.118	4.165	4.195	4.154	+145,2	+36,4	+181,7
Selbständige	in Tsd.	513	516	536	549	559	559	+19,7	+23,0	+42,7
Teilzeitquote	in % d. Bev.	31,5	31,6	32,2	32,9	32,9	33,0	+0,7	+0,7	+1,4
Arbeit je Erwerbstätigen pro Jahr	in Stunden	1.608,3	1.606,1	1.593,6	1.583,3	1.583,5	1.583,0	-12,5	-10,6	-23,1
Arbeitsvolumen	in Tsd. VZÄ	4.091	4.104	4.273	4.309	4.329	4.299	+169,3	+26,2	+195,5
Pensionsindikatoren										
Lebenserwartung bei Geburt	Jahre		82,5	84,2	85,8	87,3	88,6	+1,7	+4,4	+6,1
Restlebenserwartung mit 65	Jahre		20,6	21,6	23,0	24,0	25,0	+1,0	+3,4	+4,4
Effektives Pensionsantrittsalter	Jahre	61,5	61,8	62,8	63,4	63,5	63,5	+1,0	+0,8	+1,8
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen										
Reales BIP	in Mrd. €	380,2	381,3	402,6	450,0	502,1	552,5	+21,3	+150,0	+171,3
Nominales BIP	in Mrd. €	494,1	511,5	595,9	813,6	1.108,8	1.490,2	+84,3	+894,4	+978,7
Reales BIP-Wachstum	Veränd. in %	-0,7	+0,3	+0,9	+1,2	+1,0	+1,0			
Nominales BIP-Wachstum	Veränd. in %	+3,4	+3,5	+2,9	+3,2	+3,1	+3,0			
Inflation	in %	4,1	3,2	1,9	2,0	2,0	2,0	-1,3	+0,1	-1,2
Arbeitslosenquote	in %	7,0	7,5	5,9	5,2	5,0	5,0	-1,5	-0,9	-2,5
Zinssatz	in %	2,8	2,5	3,1	3,4	3,3	3,2	+0,6	+0,1	+0,7
Ergebnisse Basisszenario										
Gesamtausgaben	in % d. BIP	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Pensionen	in % d. BIP	14,9	15,2	15,4	15,8	15,6	15,8	+0,2	+0,3	+0,6
Gesundheit	in % d. BIP	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,3	+0,1	+1,2	+1,3
Pflege	in % d. BIP	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,8	+0,1	+1,3	+1,3
Bildung	in % d. BIP	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	in % d. BIP	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,2	-0,3
Klima-Zielerreichung	in % d. BIP	0,0	0,0	0,3	0,4	0,4	0,3	+0,3	+0,1	+0,3
Zinsen	in % d. BIP	1,5	1,7	2,2	3,3	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,6
Sonstige	in % d. BIP	22,5	22,0	19,7	19,1	18,7	18,5	-2,3	-1,2	-3,5
Gesamteinnahmen	in % d. BIP	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,2	+0,3
Sozialbeiträge	in % d. BIP	16,0	16,2	16,1	16,2	16,2	16,2	-0,1	+0,1	-0,0
Indirekte Steuern	in % d. BIP	13,7	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	-0,0	0,0	-0,0
Direkte Steuern	in % d. BIP	14,0	13,8	14,1	14,3	14,3	14,3	+0,4	+0,1	+0,5
Vermögenseinkommen	in % d. BIP	1,1	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	-0,2	-0,0	-0,2
Sonstige	in % d. BIP	5,7	5,6	5,7	5,7	5,7	5,7	+0,1	-0,0	+0,1
Maastricht-Saldo	in % d. BIP	-4,7	-4,5	-3,2	-4,7	-6,0	-7,4	+1,3	-4,2	-2,9
Primärsaldo	in % d. BIP	-3,2	-2,9	-1,0	-1,4	-1,8	-2,2	+1,9	-1,3	+0,7
Zinsen	in % d. BIP	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,2	-5,2	-0,6	-3,0	-3,6
Schuldenquote	in % d. BIP	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Um die Vergleichbarkeit mit anderen Prognosen sicherzustellen, wurden bei allen demografischen Ausgabenbereichen Definitionen und Datenquellen angegeben.

Der Bericht wird auf budget.gv.at von einem interaktiven Online-Bericht begleitet. Dort hat die Leserin, bzw. der Leser die Möglichkeit unterschiedliche Zins- und Konsolidierungsszenarien selbst zu wählen und die Auswirkungen auf die langfristige Schuldenentwicklung zu berechnen.



budget.gv.at

2. Rahmenbedingungen

In diesem Kapitel werden die Rahmenbedingungen und Annahmen erläutert, die der langfristigen Budgetprognose unterliegen. In Abschnitt 2.1 wird auf Basis der Bevölkerungsprognose 2024 der Statistik Austria die Entwicklung der österreichischen Bevölkerung bis 2060 dargestellt. Die Annahmen zum langfristigen Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft, konkret zur Entwicklung von Beschäftigung, Kapitalstock und Produktivität, werden in Abschnitt 2.2 beschrieben. Abschnitt 2.3 beleuchtet die klimapolitischen Rahmenbedingungen, budgetäre Risiken des Klimawandels und die prognostizierte Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Österreich.

2.1. Demografie

Die Bevölkerungsentwicklung in Österreich prägt die langfristige Budgetprognose maßgeblich. Die langfristige Budgetprognose 2025 basiert auf der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (November 2024). Die Entwicklung von Bevölkerungszahl und -struktur ist von zentraler Bedeutung für die Finanzplanung – insbesondere im Hinblick auf die altersabhängige Ausgabenbereiche Pensionen, Pflege, Gesundheit, Bildung und Familie.

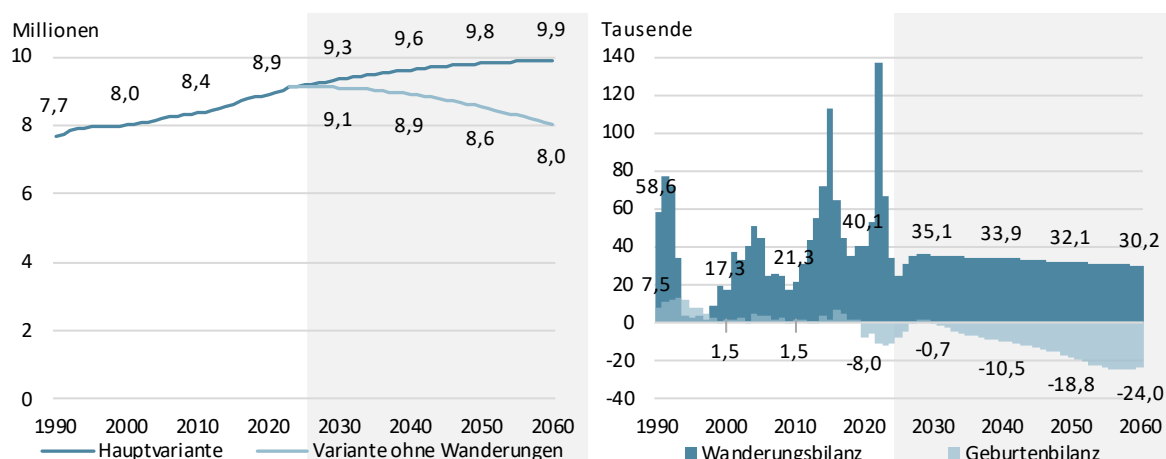
Die demografische Entwicklung Österreichs bis 2060 ist durch drei zentrale Trends gekennzeichnet:

1. Bevölkerungswachstum ausschließlich durch Migration
2. Starke Alterung – besonders Zuwachs bei der hochaltrigen Bevölkerung (80+)
3. Steigender Altersquotient – das Verhältnis von 15-64-Jährigen zu über 65-Jährigen sinkt

Bevölkerungsentwicklung

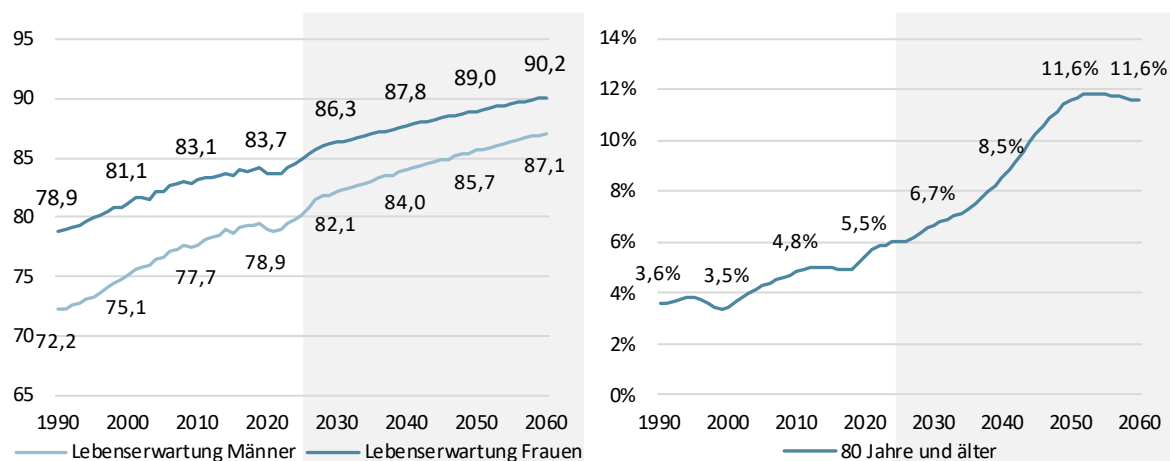
Österreichs Bevölkerung wird von **8,9 Mio. Personen 2020** auf **9,9 Mio. Personen 2060** anwachsen – ein Plus von über 10%.

Abbildung 1: Bevölkerungszahl; Geburten- und Wanderungsbilanz



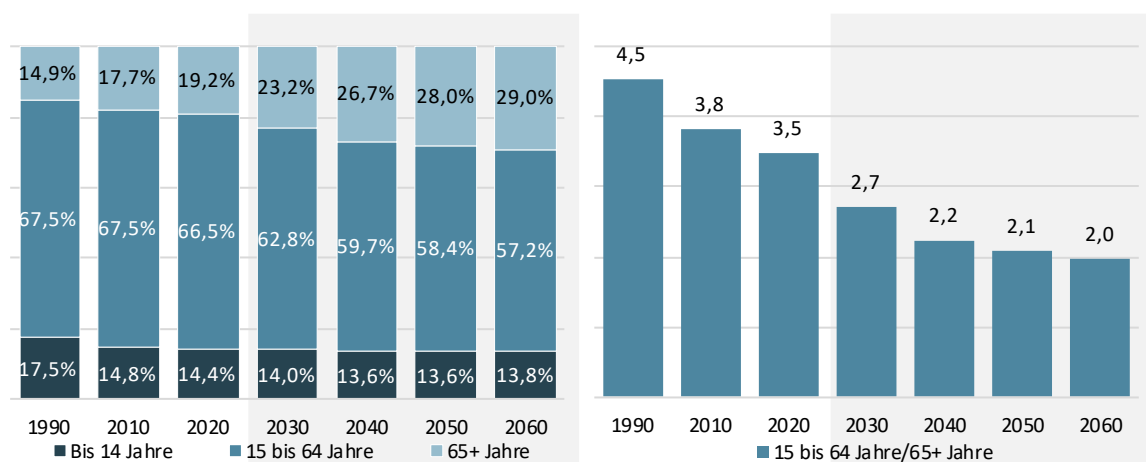
Quelle: Statistik Austria (2024), eigene Darstellung.

Abbildung 2: Lebenserwartung bei der Geburt; Bevölkerungsanteil 80+



Quelle: Statistik Austria (2024), eigene Darstellung.

Abbildung 3: Bevölkerungsstruktur; Altersquotient



Quelle: Statistik Austria (2024), eigene Darstellung.

Wie Abbildung 1 zeigt, wächst die Bevölkerung Österreichs langfristig ausschließlich durch Zuwanderung. 2023 lag der Wanderungssaldo bei rund +66.600 Personen – die Geburtenbilanz war hingegen negativ: 89.760 Gestorbenen standen nur 77.605 Geburten gegenüber. Dieser Trend hält an – ab etwa **2030 ist durchgehend mit negativen Geburtenbilanzen** zu rechnen.

Tabelle 2: Bevölkerungsstruktur und Altersquotient

	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Personen, in Mio.	9,2	9,2	9,3	9,6	9,8	9,9	0,2	0,6	0,7
Bis 14 Jahre	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	0,0	0,1	0,1
15 bis 64 Jahre	6,0	6,0	5,9	5,8	5,7	5,7	-0,1	-0,2	-0,3
65+ Jahre	1,8	1,9	2,2	2,6	2,7	2,9	0,3	0,7	1,0
65 bis 79	1,3	1,3	1,5	1,7	1,6	1,7	0,2	0,2	0,4
80 und älter	0,6	0,6	0,6	0,8	1,1	1,1	0,1	0,5	0,6
Personen, in % der Gesamtbevölkerung									
Bis 14 Jahre	14,3	14,3	14,0	13,6	13,6	13,8	-0,3	-0,2	-0,4
15 bis 64 Jahre	65,6	65,2	62,8	59,7	58,4	57,2	-2,4	-5,6	-8,0
65+ Jahre	20,1	20,5	23,2	26,7	28,0	29,0	2,7	5,8	8,5
65 bis 79	14,1	14,5	16,5	18,2	16,4	17,4	2,1	0,9	2,9
80 und älter	6,0	6,1	6,7	8,5	11,6	11,6	0,6	4,9	5,5
Altersquotient*	3,3	3,2	2,7	2,2	2,1	2,0	-0,5	-0,7	-1,2

* Verhältnis der Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) zur Anzahl der Personen ab 65 Jahren.

Quelle: Statistik Austria (2024).

Altersstruktur

Wie Abbildung 5 zeigt, verändert sich die Bevölkerungsstruktur bis 2060 tiefgreifend. Nur der Bevölkerungsanteil ab 65 Jahren wächst – alle anderen Altersgruppen stagnieren oder gehen leicht zurück. Im Jahr 2020 waren 19,2% der Bevölkerung 65 Jahre oder älter; bis 2060 steigt dieser Anteil auf 29,0%. Besonders deutlich fällt der Anstieg bei den über 80-Jährigen aus: von 5,5% (2020) auf 11,6% (2060) (siehe Tabelle 2).

Das Verhältnis zwischen erwerbsfähiger Bevölkerung (15-64 Jahre) und Personen im Pensionsalter verschiebt sich deutlich. Im Jahr 2020 kamen 3,5 Personen im Erwerbsalter auf eine Person über 65; bis 2040 reduziert sich dieses Verhältnis auf 2,2:1 und 2060 liegt es nur noch bei 2,0:1.

Das bedeutet nicht nur mehr Pensionsempfängerinnen und -empfänger, sondern auch steigenden Bedarf an altersabhängigen Leistungen – etwa in der Pflege, der Gesundheitsversorgung und bei altersgerechter Infrastruktur. Gleichzeitig altert auch die Erwerbsbevölkerung selbst, was zusätzliche Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und die Produktivität mit sich bringt.

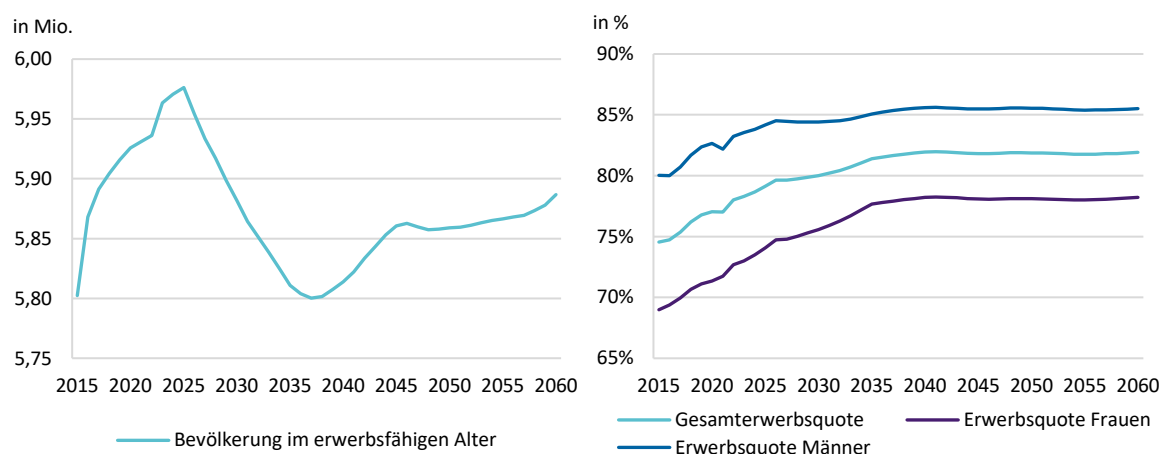
2.2. Wirtschaftswachstum

Die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft schätzt das DELTA-Modell, das in Abschnitt 6.2 im Detail beschrieben wird. Das DELTA-Modell ist ein angebotsseitiges Modell, in dem die Volkswirtschaft entlang ihres Produktionspotenzials wächst.

Das Wirtschaftswachstum wird dabei von folgenden Faktoren determiniert:

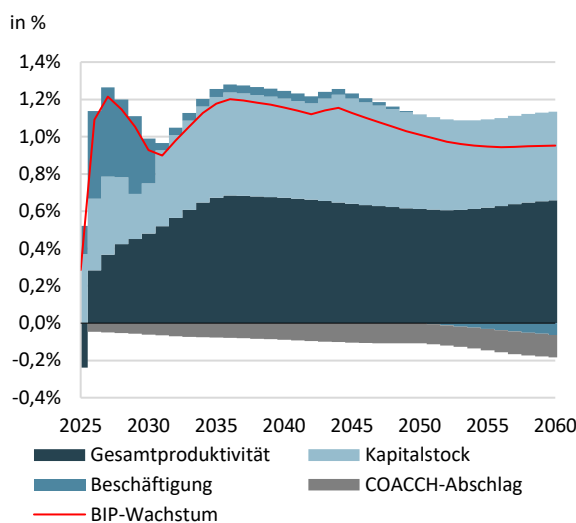
1. **Arbeitsvolumen:** Die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) insgesamt von unselbständig Beschäftigten und Selbständigen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Die Prognose des Arbeitsvolumens hängt neben der Bevölkerungsentwicklung von der Erwerbsprognose sowie Annahmen über die Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit ab.
2. **Kapitalausstattung:** Gesamtwirtschaftlicher Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen) zu konstanten Preisen. Für die **Entwicklung des Kapitalstocks** wird die Annahme getroffen, dass der Kapitalkoeffizient – das Nettoanlagevermögen in Relation zum nominellen BIP – langfristig konstant bleibt.
3. **Technischer Fortschritt:** Gesamtproduktivität unter Berücksichtigung klimawandelbedingter Wachstumseffekte. Die Gesamtproduktivität ist jener Anteil am Wirtschaftswachstum, der nicht durch die Veränderung des Arbeitsvolumens oder der Kapitalausstattung erklärt werden kann.

Abbildung 4: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; Erwerbsquoten



Quelle: Statistik Austria (2024), eigene Darstellung.

Abbildung 5: Wachstumszerlegung des realen BIP nach Komponenten



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Arbeitsvolumen

Der im Abschnitt 2.1 beschriebene demografische Wandel in Österreich hat unmittelbare Auswirkungen auf das Arbeitsvolumen. Zusätzlich wirken sich auch Veränderungen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit pro Beschäftigten auf das Arbeitsvolumen im Prognosezeitraum aus.

Konkret bestimmen die folgenden vier Faktoren die Entwicklung des Arbeitsvolumens in der Langfristprognose:

1. **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**
2. **Erwerbsquote:** Anteil an der Bevölkerung, der erwerbstätig ist oder aktiv Arbeit sucht
3. **Erwerbstätige**
4. **Durchschnittliche Arbeitsstunden je Erwerbstätigen**

Arbeitskräftepotenzial: Während die Bevölkerung Österreichs von 2024 bis 2060 um 8,0% auf 9,9 Millionen Personen wächst, schrumpft die **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**.

Konkret geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, definiert als Personen zwischen 15 und 64 Jahren, von 6,0 Mio. Personen 2024 um 5,5% auf 5,7 Mio. Personen 2060 zurück. Der Rückgang der 15- bis 64-Jährigen ist insbesondere bis 2035 deutlich ausgeprägt, mit einem durchschnittlichen Rückgang von -0,4% pro Jahr. Anfang der 2040er-Jahre wird wieder ein leichter Zuwachs prognostiziert, gefolgt von einem weiteren Rückgang bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060.

Definitionen

- **Arbeitskräftepotential:** Das Arbeitskräftepotential stellt die Menge an potenziell verfügbaren Arbeitskräften dar. Es wird in der Langfristprognose durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, konkret der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, approximiert. Das Arbeitskräftepotential umfasst die Erwerbspersonen auch die so genannte „stille Reserve“.
- **Stille Reserve:** Die „stille Reserve“ bezeichnet jene Personen des Arbeitskräftepotenzials, die nicht aktiv nach einer Beschäftigung suchen.
- **Erwerbspersonen:** Erwerbspersonen sind entweder selbständig oder unselbständig erwerbstätig oder aktiv Arbeit suchend.
- **Erwerbstätige:** Jene Erwerbspersonen, die einer Beschäftigung nachgehen. Die Anzahl an Erwerbstätigen umfasst sowohl unselbständig Beschäftigte als auch Selbständige. Die Erwerbstätigen können Vollzeit oder Teilzeit arbeiten.
- **Arbeitslosenquote:** Anteil der aktiv arbeitssuchenden, an den unselbständig Erwerbstätigen und den aktiv arbeitssuchenden.
- **Arbeitsvolumen:** Das Arbeitsvolumen setzt die Erwerbstätigen in Beziehung zu der Arbeitszeit. Basierend auf einer Annahme zur Teilzeit werden die Erwerbstätigen in Personen in Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten umgerechnet.

Erwerbspersonen: Die Entwicklung der Erwerbspersonen basiert auf einer aktualisierten und bis 2060 erweiterten Erwerbsprognose von Horvath et al. (2024). Horvath et al. (2024) modellieren ein dynamisches Mikrosimulationsmodell („microDEMS“), dass die Entwicklung von alters-, geschlechts- und bildungsspezifischen Erwerbsquoten, der Arbeitszeit pro Person und der Arbeitslosigkeit projiziert. Dieser methodische Ansatz wird erstmals in einer BMF/WIFO-Langfristprognose angewendet.

Die Erwerbsprognose sieht im Prognosezeitraum einen steten Anstieg der **Gesamterwerbsquote** der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vor. Ausgehend von einer Erwerbsquote von 78,2% der 15- bis 64-Jährigen 2024 steigt sie um 7,0 Prozentpunkte auf 85,2% 2060.

Tabelle 3: Entwicklung des Arbeitsvolumens

		2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Bevölkerung (gesamt)	in Tsd.	9.177,9	9.187,4	9.348,3	9.632,5	9.825,2	9.903,8	+1,8%	+5,9%	+7,8%
Bevölkerung (15-64 Jahre)	in Tsd.	6.014,0	5.993,7	5.873,1	5.752,7	5.741,1	5.665,3	-2,0%	-3,5%	-5,5%
Erwerbspersonen (15-64-Jährige)	in Tsd.	4.701,8	4.784,2	4.867,9	4.867,3	4.881,9	4.826,4	+1,7%	-0,9%	+0,9%
Erwerbsquote (15-64-Jährige)	in %	78,2	79,8	82,9	84,6	85,0	85,2	+3,1	+2,3	+5,4
Bevölkerung (über 65 Jahre)	in Tsd.	1.839,9	1.884,0	2.168,6	2.572,1	2.747,4	2.869,2	+284,5	+700,6	+985,2
Erwerbspersonen (über 65-Jährige)	in Tsd.	145,2	97,4	131,0	146,4	137,2	146,0	+33,5	+15,0	+48,6
Erwerbsquote (über 65-Jährige)	in %	7,9	5,2	6,0	5,7	5,0	5,1	+0,9	-1,0	-0,1
Erwerbspersonen (gesamt)	in Tsd.	4.847,0	4.881,6	4.998,8	5.013,6	5.019,1	4.972,4	+2,4%	-0,5%	+1,9%
Erwerbstätige (gesamt)	in Tsd.	4.473,7	4.489,2	4.654,1	4.714,7	4.753,7	4.713,5	+3,7%	+1,3%	+5,0%
Unselbständig Beschäftigte	in Tsd.	3.960,7	3.972,8	4.118,0	4.165,2	4.194,5	4.154,4	+3,7%	+0,9%	+4,6%
Arbeitslosenquote	in %	7,0	7,5	5,9	5,2	5,0	5,0	-1,5	-0,9	-2,5
Selbständige	in Tsd.	513,0	516,4	536,1	549,5	559,1	559,1	+3,8%	+4,3%	+8,3%
Teilzeitquote	in %	31,5	31,6	32,2	32,9	32,9	33,0	+0,7	+0,7	+1,4
Arbeit je Erwerbstätigen pro Jahr	in Stunden	1.608,3	1.606,1	1.593,6	1.583,3	1.583,5	1.583,0	-0,8%	-0,7%	-1,4%
Arbeitsvolumen	in Tsd. VZÄ	4.091,4	4.103,8	4.273,1	4.308,9	4.329,0	4.299,3	+4,1%	+0,6%	+4,8%

Der Anstieg erfolgt im Wesentlichen bis Mitte der 2030er-Jahre – 2035 liegt die prognostizierte Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen bereits bei 84,1% (+5,9 Prozentpunkte iVz. 2024).

Maßgeblich hierfür ist insbesondere die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre bis 2033. Dies zeigt sich bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung der Entwicklung der Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen. Während die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen von 75,1% 2024 um 7,1 Prozentpunkte auf 82,1% 2060 steigt (davon +5,9 Prozentpunkte bis 2025), nimmt jene der Männer von 85,4% 2024 um 3,1 Prozentpunkte auf 88,5% 2060 zu (davon +2,4 Prozentpunkte bis 2035). Neben der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen wirkt sich dabei auch die Erhöhung des Antrittsalters für die Korridorpension ab 2026 auf die Erwerbsquoten aus.

Die Entwicklung der Gesamterwerbsquote ermöglicht die Prognose der Anzahl **Erwerbspersonen**. Diese nimmt von 4,85 Mio. Erwerbspersonen 2024 (2025: 4,88 Mio.) auf 4,97 Mio. Erwerbspersonen 2060 zu, wobei sie in den Jahren von 2031 bis 2054 über 5 Mio. liegt.

Um die Anzahl der Erwerbstätigen zu prognostizieren braucht es daher auch eine Annahme über die Entwicklung der **Arbeitslosigkeit**. 2024 betrug die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition 7,0%. Gemäß mittelfristiger WIFO-Konjunkturprognose von Oktober 2025 soll sie 2025 auf 7,5% steigen und bis 2030 stetig auf 5,9% zurückgehen

(Baumgartner et al., 2025). Fortan wird aufgrund der Verlangsamung der Arbeitskräfteexpansion ein weiterer, leichter Rückgang auf 5,0% der unselbständigen Erwerbspersonen bis 2042 angenommen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 verbleibt die prognostizierte Arbeitslosenquote dann auf diesem Niveau.

Die Annahme über die Entwicklung der Erwerbspersonen und der Arbeitslosigkeit ermöglicht die Prognose der **Erwerbstätigen**. Die Anzahl der Erwerbstätigen steigt ausgehend von 4,47 Mio. Personen 2024 (2025: 4,49 Mio.) auf 4,71 Mio. Personen 2060. Der Höchststand wird für das Jahr 2050 mit 4,75 Mio. Erwerbstätigen prognostiziert.

Die Ermittlung des Arbeitsvolumens kann entweder durch eine Prognose der Arbeitsstunden oder mittels der Umrechnung der Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalente erfolgen. Die Umrechnung der Beschäftigung von Personen in Vollzeitäquivalente erfolgt über eine Annahme zur Entwicklung der **Teilzeit**. Die Teilzeitquote betrug 2024 31,5%, wobei jene der Frauen mit 50,8% nahezu viermal so hoch war wie jene der Männer mit 13,4%. In der Prognose wird angenommen, dass die Teilzeitquote stetig weiter leicht steigt auf insgesamt 33,0%, nach Geschlechtern auf 53,8% bei Frauen und 14,6% bei Männern. Anhand der Teilzeitannahme kann nun berechnet werden, wie sich die Arbeitsstunden pro Woche im Prognosezeitraum entwickeln.

Im Jahr 2024 betrugen die **durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit je Erwerbstätigen** 30,8 Wochenstunden. Bis 2034 ergibt sich ein Rückgang auf 30,4 Wochenstunden und folgend eine Stabilisierung auf diesem Niveau.

Das **Arbeitsvolumen** wächst so jährlich durchschnittlich um 0,2% bis inklusive 2050 bzw. zwischen 2024 und 2050 um 5,5%. Ab 2051 nimmt das Arbeitsvolumen leicht ab, sodass es am Ende des Prognosezeitraums 2060 nur um 4,8% über jenem im Jahr 2025 liegt. Im gesamten Prognosezeitraum 2025-2060 beträgt das prognostizierte durchschnittliche Wachstum des Arbeitsvolumens 0,1%.

Gesamtproduktivität

Die Veränderung des Arbeitsvolumens und des Kapitalstocks können das in der Vergangenheit beobachtete Wirtschaftswachstum nicht zur Gänze erklären. Ein weiterer Faktor und wichtiger Treiber des Wirtschaftswachstums ist der technische Fortschritt. Dieser wird im DELTA-Modell durch die Veränderung der Gesamtproduktivität abgebildet.

Im langjährigem Durchschnitt 1995-2024 belief sich das Wachstum der Gesamtproduktivität in Österreich auf 0,3% pro Jahr. Jedoch wies das Wachstum der Gesamtproduktivität in der Vergangenheit recht hohe Schwankungen auf, was sich statistisch in einer relativ hohen Standardabweichung äußert (1,9% in der Periode 1995-2024). Das liegt auch an den Krisen in diesem Zeitraum, vor allem der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der COVID-19-Krise mit deutlichen Rückgängen der Produktivität.

Die Basis für die Prognose der langfristigen Entwicklung der Gesamtproduktivität in Österreich bilden die Projektionsergebnisse des „Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM 2.0)“ von Kaniovski et al. (2024). Dieses Modell berücksichtigt nicht nur vergangene Trends, sondern auch den Einfluss demographischer Veränderungen auf die langfristige Entwicklung der Produktivität. Gemäß diesem Ansatz wird für den Prognosezeitraum 2025-2060 ein durchschnittliches Gesamtproduktivitätswachstum von 0,6% pro Jahr erwartet.

Darüber hinaus wird wie in der Langfristprognose 2022 unterstellt, dass der Klimawandel für Österreich im Mittel ökonomische Kosten in Form von Wachstumseinbußen mit sich bringt. Der Klimawandel wirkt sich in mannigfaltiger Weise auf unsere Lebensrealität und unser Wirtschaftssystem aus und betrifft verschiedenste Bereiche – von der Land- und Forstwirtschaft, über die Industrie, Energieversorgung und Mobilität hin zu der öffentlichen Infrastruktur sowie dem Gesundheitssystem. Grundlage für diese Annahme liefern Ergebnisse des so genannten COACCH-Projekts (Parrado et al., 2021, Van der Wijst et al., 2021), das eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Einschätzung der Risiken und Kosten des Klimawandels in Europa vornimmt. Dieser Effekt wird im vorliegenden DELTA-Modell exogen modelliert, in dem die Auswirkungen des Klimawandels unter spezifischen Annahmen der Anpassungsfähigkeit das Wachstum der Gesamtproduktivität verringern. Im Basisszenario werden über den Prognosezeitraum 2025-2060 Einbußen des Gesamtproduktivitätswachstum im Ausmaß von durchschnittlich 0,05 Prozentpunkten pro Jahr unterstellt.

Unter Berücksichtigung dieser klimawandelbedingten Wachstumseinbußen ergibt sich im Durchschnitt ein jährliches Wachstum der Gesamtproduktivität im Zeitraum 2025-2060 von 0,49%. Da das Wachstum der Gesamtproduktivität wesentlich das BIP-Wachstum und damit die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen mitbestimmt und eine hohe Unsicherheit über die Entwicklung dieses zentralen Parameters besteht, werden in Kapitel 4 zwei Sensitivitätsszenarien durchgeführt: Ein Szenario mit einem geringeren

Produktivitätswachstum (siehe Abschnitt 4.5) und eines mit einem höheren Produktivitätswachstum (siehe Abschnitt 4.6).

Wirtschaftswachstum

Aus der Entwicklung des Kapitalstocks, der Beschäftigung und der Gesamtproduktivität lässt sich das langfristige Wirtschaftswachstum der österreichischen Volkswirtschaft bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 ableiten. Wie oben ausgeführt, wächst das Arbeitsvolumen im Prognosezeitraum 2025-2060 um durchschnittlich 0,1% pro Jahr, der Kapitalstock um 1,0% pro Jahr und die Gesamtproduktivität um 0,5% pro Jahr.

Um das Wirtschaftswachstum zu ermitteln, müssen die Wachstumsraten der einzelnen Komponenten auf die jeweiligen Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) umgerechnet werden.

Hierfür wird erstens der technische Fortschritt, gemessen als das Wachstum der Gesamtproduktivität, als exogen betrachtet.

Zweitens werden mit Bezug auf die beiden anderen Produktionsfaktoren Arbeit (Arbeitsvolumen) und Kapital konstante Skalenerträge angenommen. Das bedeutet, dass sich die Wirtschaftsleistung (der Output) in gleichem Ausmaß verändert, wie die eingesetzten Produktionsfaktoren (der Input, also Arbeit und Kapital).

Drittens müssen die Koeffizienten festgelegt werden, die den jeweiligen Anteil des Wachstums des Arbeits- bzw. Kapitaleinsatzes am BIP-Wachstum bestimmen. Der Koeffizient des Arbeitsvolumens entspricht hierbei die gesamtwirtschaftliche Lohnquote. Die (unbereinigte) Lohnquote lag in der Periode 1995-2024 im Durchschnitt bei 54,9% mit einer relativ geringen Standardabweichung von 1,4%. Sie weist darüber hinaus keinen eindeutigen langfristigen Trend auf. Insofern scheint die Wahl von einem Koeffizienten von 0,5 als plausibel. Da die Annahme konstanter Skalenerträge erfordert, dass sich die beiden Koeffizienten von Arbeits- und Kapitaleinsatz auf 1 summieren, impliziert dies auch für den Kapitaleinsatz einen Koeffizienten von 0,5.

Das langfristige Wirtschaftswachstum ergibt sich folglich aus der Summe des Wachstums der Gesamtproduktivität, dem Arbeitskoeffizienten mal dem Wachstum des Arbeitsvolumens (= Wachstumsbeitrag Arbeit) und dem Kapitalkoeffizienten mal dem Wachstum des Kapitalstocks (= Wachstumsbeitrag Kapital).

Insgesamt wird das **langfristige Wirtschaftswachstum des realen BIP** in der vorliegenden Langfristprognose im Zeitraum 2025-2060 auf 1,0% pro Jahr bzw. im Zeitraum 2031-2060 auf 1,1% geschätzt.¹ Das ist geringer als das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum iHv. 1,6% in der Periode 1995-2024, trotz der in diesem Zeitraum aufgetretenen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, COVID-19-Krise und Energiekrise.

Ursächlich hierfür ist die prognostizierte Entwicklung des Arbeitsvolumens, welche im Prognosezeitraum nur noch geringfügig zum Wirtschaftswachstum beiträgt bzw. ab 2051 sich sogar negativ auswirkt. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum beruht somit vordergründig auf einer Steigerung der Gesamtproduktivität und der Zunahme des Kapitalstocks. Die Summe dieser beiden Faktoren misst die **Arbeitsproduktivität**, oder anders ausgedrückt das BIP je eingesetztem Arbeitsvolumen. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität beläuft sich auf durchschnittlich 0,9% pro Jahr im Prognosezeitraum 2025-2060 (1,0% im Zeitraum 2031-2060). Es ist damit geringfügig höher als in den vergangenen 30 Jahren beobachtet, als es sich auf 0,8% pro Jahr im Zeitraum 1995-2024 belief.

Das Wachstum des **nominellen BIP**, das für die Betrachtung von fiskalischen Kennzahlen in Relation zum BIP relevant ist, erhält man indem auf das reale Wachstum noch die Veränderung des BIP-Deflators addiert wird. Die Prognose des BIP-Deflators basiert bis 2030 auf der mittelfristigen WIFO-Konjunkturprognose von Oktober 2025. Langfristig, also ab 2031, wird sie mit 2,0% pro Jahr angenommen, was dem Referenzwert der Europäischen Zentralbank für die Inflation entspricht.

2.3. Klimapolitik und Klimaziele

Die Entwicklungen im Klimabereich haben maßgeblichen Einfluss auf die fiskalischen Entwicklungen, die in der langfristigen Budgetprognose betrachtet werden. Die Modellierung von Treibhausgas- und Energie-Szenarien ist seit 2022 fixer Bestandteil der Prognose.

Basierend auf den internationalen sowie europäischen Verpflichtungen, hat sich Österreich in der Langfriststrategie 2050 erstmals die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 als Vision gesetzt. Die Bundesregierung kündigte im Regierungsprogramm 2025-2029 zahlreiche klimapolitische Maßnahmen an. In diesem ist etwa die Erreichung einer

¹ Im Zeitraum 2025-2030 dient die mittelfristige WIFO-Konjunkturprognose von Oktober 2025 als Referenz. (vgl. Baumgartner et al., 2025)

Klimaneutralität 2040, die Schaffung einer Governance-Struktur zur Erreichung der Klimaziele, Aktivitäten ua. im Zusammenhang mit Klimawandelanpassung, Kohlenstoffmanagement, Kreislaufwirtschaft, internationalen Klimafinanzierung sowie Energie und Netze vorsehen.² Eine Übersicht der Zielvorgaben auf nationaler, unions- und völkerrechtlicher Ebene für die Jahre 2030, 2040 und 2050 ist in Tabelle 4 enthalten.

Tabelle 4: Übersicht der THG-fokussierten Zielvorgaben auf nationaler, unions- und völkerrechtlicher Ebene für die Jahre 2030, 2040 und 2050

	Sektoren		Status	Basis	2030	2040	2050
Österreich	Gebäude, Verkehr, Energie u. Industrie (non-ETS I), Landwirtschaft, Abfall, Fluorierte Gase	EU ESR	Gültig	2005	-48%		
	Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft	EU LULUCF	Gültig		-5,6 Mt CO ₂ e*		
	ESR Bereich + LULUCF	Klimaneutralität 2040	geplant (RegP)	1990		-100%	
EU	Großindustrie, Stromerzeugung, Luftverkehr	EU ETS I	Gültig	2005	-62%		
	Gebäude, Verkehr, Energie u. Industrie (non-ETS I), Landwirtschaft, Abfall, Fluorierte Gase	EU ESR	Gültig	2005	-40%		
	Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft	EU LULUCF	Gültig		-310 Mt CO ₂ e		
		EU Klimagesetz	Gültig	1990	-55%		-100%
	Alle Sektoren	EU Klimagesetz	Trilog Verhandlungen laufen	1990		-90%**	
		Übereinkommen von Paris bzw. Glasgow Climate Pact	Soft Law	2010	-45%		
Global	Alle Sektoren						

*Jedem EU-Mitgliedstaat wurde ein Ziel für den gesamten LULUCF-Sektor für 2030 zugewiesen, welches sich aus dem Mittelwert der LULUCF-Ergebnisse für die Jahre 2016–2018 plus einen Zuschlag in der Größenordnung von etwa 15 % zusammensetzt. Der Zuschlag ist für jeden Staat in der Verordnung endgültig fixiert und beträgt für Österreich -0,879 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent. Daraus ergibt sich gemäß der aktuellen Fassung der LULUCF-Verordnung ein vorläufiges LULUCF-Ziel für Österreich von -5,65 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent (basierend auf der im Jahr 2020 übermittelten LULUCF-Treibhausgas-Bilanz für die Jahre 2016–2018 plus den Zuschlag). Die endgültige Zielhöhe für 2030 wird erst mit der Übermittlung der Treibhausgas-Inventur im Jahr 2032 anhand von deren LULUCF-Ergebnissen für die Jahre 2016–2018 errechnet." Umweltbundesamt 2025b. Es gibt zwei Anrechnungsperioden (2021–2025 und 2026–2030) mit jeweils unterschiedlichen Regeln sowie Kompensationsmechanismen (bzw. Flexibilität)."

** inkl. Flexibilitätmechanismen, u.a. Nutzung internationaler Zertifikate bis zu 5 %

Ein ausführlicher Überblick zu den europäischen und nationalen Klimazielen findet sich im Anhang. Weiters erfolgt im Anhang eine Darstellung des Status Quo der Treibhausgasemissionen in Österreich und eine Beschreibung der aktuellen bei der EU eingereichten Szenarien zur Entwicklung der THG-Emissionen.

Klimabedingte budgetäre Risiken sowie klimabedingte Ausgaben³

Entlang des Transformationsprozesses hin zu einer Wirtschaftsstruktur im Sinne des Übereinkommens von Paris, gilt es kosteneffektive Strategien zu entwickeln, um fiskalische Risiken für öffentliche Haushalte zu minimieren. Green Budgeting ist eine

² https://www.bundestkanzleramt.gv.at/dam/jcr:8d78b028-70ba-4f60-a96e-2fca7324fd03/Regierungsprogramm_2025-2029.pdf

³ Für eine ausführlichere Diskussion budgetärer Risiken, siehe die Green Budgeting Beilage des Bundes zum BVA 2025/2026: https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Green_Budgeting_2025_2026.pdf

Strategie des Finanzministeriums, das sich mit der Reduktion des mit den nationalen und internationalen Klima-, Energie- und Umweltzielen verbundenen Budgetrisikos beschäftigt. Diese Risiken lassen sich vereinfachend in zwei Hauptkategorien unterteilen:

- **Physische Risiken:** Zu den physischen Risiken gehören ua. direkte Schäden durch das vermehrte Auftreten extremer Wetterereignisse
- **Übergangs- bzw. Transformationsrisiken:** Übergangsrisiken ergeben sich dagegen aus den standort- und transformationspolitischen Reformen, die aufgrund völker- und/oder unionsrechtlicher Vorgaben ausgelöst werden.⁴

Green Budgeting bildet eine methodische Brücke, um Budget- und Klimapolitik zu verbinden und den komplexen Herausforderungen des Klimawandels wirksam begegnen zu können. Die Entwicklung kosteneffektiver Strategien setzt dabei eine integrierte Betrachtung der eingesetzten Mittel (Input) und deren Wirkung (Impact) voraus. Eine rein inputseitige Analyse der Transformationsprozesse (zB. die „Höhe der eingesetzten Klimamittel“) reicht für eine budgetschonende und zukunftsorientierte Ausrichtung des Standorts Österreich nicht aus. In der diesjährigen langfristigen Budgetprognose, auf Basis der Erkenntnisse der Green Budgeting Methode des Bundes, werden folgende Risiken beachtet und dargestellt (Tabelle 5):

Tabelle 5: Exemplarische Beispiele für Budgetrisiken des Klimawandels und ihre Berücksichtigung in der Langfristigen Budgetprognose 2025

Budgetäre Kosten, wenn Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und Klimawandelanpassung nicht kosteneffektiv gestaltet sind	Sowohl im Basisszenario als auch im Aktivitätsszenario berücksichtigt.
Risiken iZm. mit der potenziellen Verfehlung der unionsrechtlichen Klimaziele: Zielerreichungskosten für die Nutzung von Flexibilitäten (zB. Ankauf von Emissionszertifikaten ; „ Ankaufsrisiko “). (Drohende) Strafzahlungen bzw. Strafzuschläge durch Vertragsverletzungsverfahren bei Nichterfüllung der ESR bzw. LULUCF Verordnung.	Nutzung und Kosten von Flexibilitäten sowohl im Basisszenario als auch im Aktivitätsszenario berücksichtigt. Etwaige Strafzuschläge nicht berücksichtigt, da in beiden Szenarien angenommen wird, dass eine Zielerreichung durch Nutzung der Flexibilitäten (inkl. Ankauf von Zertifikaten) möglich ist.
Kosten für klimawandelbedingte Schäden bzw. zusätzliche Kosten bei inadäquater Klimawandelanpassung .	Sowohl im Basisszenario als auch im Aktivitätsszenario mit differenzierten Effekten auf Wachstum und budgetäre Ausgaben berücksichtigt.

⁴ In diesem Zusammenhang ist auch auf weitere standort- und verteilungspolitische Implikationen zu achten (zB. im Kontext der Just Transition Debatte), die wiederum Effekte auf den Staatshaushalt aufweisen (können).

Effekte iZm. kontraproduktiven Anreizen und Subventionen.	Im Aktivitätsszenario gem. Regierungsprogramm berücksichtigt
Beitragsdruck zur internationalen Klimafinanzierung im Rahmen der Verpflichtungen des Übereinkommens von Paris.	Sowohl im Basisszenario als auch im Aktivitätsszenario berücksichtigt
Finanzielle Auswirkungen potenzieller Rechtsstreitigkeiten , wie zum Beispiel in Folge von juristischen Verfahren mit der öffentlichen Hand.	Noch nicht explizit berücksichtigt
Klima- und umweltbedingte Auswirkungen auf Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögenshaushalt gemäß haushaltsrechtlichen Bestimmungen, ua. Ansatz- und Bewertungsfragen.	Noch nicht explizit berücksichtigt

Kosten für klimawandelbedingte Schäden

Grundlage für die Berücksichtigung der physischen Kosten des Klimawandel für Österreich in dieser langfristigen Budgetprognose ist das COACCH-Projekt⁵, das eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Einschätzung der Risiken und Kosten des Klimawandels in Europa vornimmt. Eine detaillierte Darstellung kann dem Anhang entnommen werden.

Berechnung der Zielerreichungskosten

Bei einer Verfehlung der in den europäischen Vorgaben der ESR sowie der LULUCF-VO enthaltenen Ziele, muss Österreich die in jenen Rechtsmaterien vorgesehenen Flexibilitäten nutzen, um eine unionsrechtlich-kompatible Zielerreichung sicherzustellen. Die Kosten für die Nutzung dieser Flexibilitäten wird in Folge als „Zielerreichungszahlungen“ (ZEZ) gekennzeichnet. Das BMF hat zu diesen Fragen bereits mehrere Analysen veröffentlicht.⁶ Eine Ausführliche Darstellung der Hintergründe und Methodik zur Berechnung der Zielerreichungszahlungen in dieser langfristigen Budgetprognose findet sich im Anhang.

Annahmen des Basisszenarios

Um die Wirkung des Basisszenarios auf die THG-Emissionen bzw. auf das Energiesystem von Österreich bis zum Jahre 2050 zu modellieren, wurden nachfolgende Annahmen getroffen. Eine detailliertere Übersicht der wichtigsten Annahmen befindet sich Tabelle 31

⁵ vgl. Parrado et al., 2021 und Van der Wijst et al., 2021

⁶ Siehe Langfristige Budgetprognose 2022, Green Budgeting Beilage des Bundes zum BVA 2025/2026: https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Green_Budgeting_2025_2026.pdf sowie die vom BMF-beauftragte Studie der Kommunalkredit Public Consulting (KPC): https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/eu-klimaziele---flexibilit%C3%A4ten.html

im Anhang. Grundsätzlich baut das Basisszenario der langfristigen Budgetprognose 2025 auf dem Szenario WEM 2025 (with existing measures) des Umweltbundesamtes auf, das im Frühjahr 2025 offiziell an die EU-Kommission übermittelt wurde. Dieses Szenario berücksichtigte sämtliche Maßnahmen mit Stichtag Ende Juni 2024. Im vorliegenden Szenario wurde der Stichtag zur Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, Annahmen und Maßnahmen aktualisiert, sodass die Wirkungen jener Maßnahmen, die im BFG 2025/2026 bzw. in den BFRG 2025-2028/2026-2029 enthalten, sind modelliert werden konnten (Stichtag 13.05.2025). Zentrale nationale und EU-weite Entwicklungen, aber vor allem das Doppelbudget 2025/2026 sowie die begleitenden Budgetbegleitgesetze, wurden also berücksichtigt. Abgesehen wurde auf Basis einer Einschätzung des Umweltbundesamts hinsichtlich der Entwicklung der Viehzahlen der Landwirtschaftssektor im Vergleich zum WEM 2025 aktualisiert.⁷

THG-Emissionen im Basisszenario

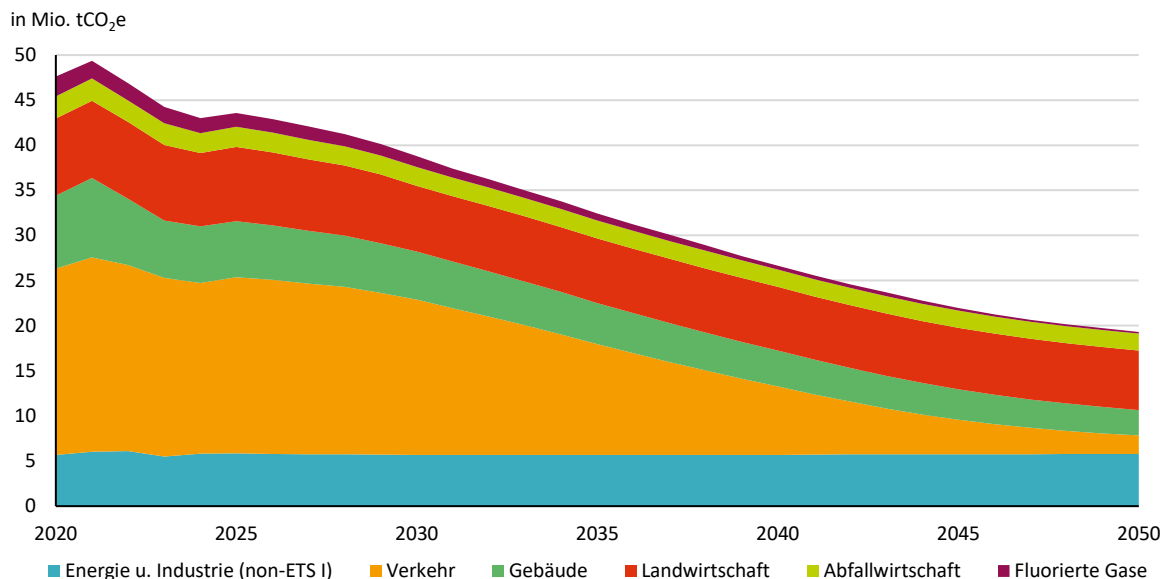
Nachfolgend wird die Entwicklung der THG-Emissionen in Österreich bis 2050 im Basisszenario diskutiert. Seit der letztmaligen Übermittlung der österreichischen Treibhausgasprojektionen an die EU im März 2025 (mit Stichtag 30.06.2024) haben sich die Rahmenbedingungen sowohl fiskalisch als auch konjunkturell geändert. Im Rahmen der Budgeterstellung für den BFRG-Zeitraum bis 2029 wurden Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ergriffen – darunter auch Einsparungen im Bereich von Klimaförderungen. Die Projektion der THG-Emissionen und ihre fiskalischen Auswirkungen, die in dieser Langfristigen Budgetprognose bis 2050 berücksichtigt wurden, enthalten diese Effekte zusätzlich.

Im Basisszenario (siehe Abbildung 6) wird ein kontinuierlicher ESR-THG-Emissionsrückgang im Vergleichszeitraum 2025 bis 2050 erwartet (-56%). Betrachtet man die einzelnen Sektoren näher so zeigt sich, dass speziell im Verkehrssektor angetrieben, durch die CO₂-Bepreisung sowie europäische Vorgaben zu CO₂ Standards (EU-VO 2023/851), vor allem ein verstärkter Trend zur Elektrifizierung der Flotten, aber auch eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs. Hauptsächlich daraus abgeleitet ergibt sich eine Reduktion der THG-Emissionen in diesem Sektor um rund 89% im Jahr 2050 gegenüber 2025. Der Gebäudebereich kann gemäß Projektion im selben Zeitraum um rund 54% reduziert werden. Die Landwirtschaft verzeichnet in einem Szenario ohne zusätzliche Maßnahmen um 20% sinkende Emissionen bis zum Jahr 2050. Im Bereich Energie und Industrie

⁷ Auszug aus dem Bericht des Umweltbundesamt: „Das Umweltbundesamt sieht die Entwicklung der Viehzahlen im Szenario WAM 2025 plausibler als im WEM25 und hat deshalb empfohlen dieses für die THG-Szenarien in der langfristigen Budgetprognose heranzuziehen.“ Umweltbundesamt 2025a

(außerhalb des EU-ETS I) gibt es über die 25-Jahr Periode nur eine leichte Reduktion von rund 1%. Die Abfallwirtschaft erfährt im Vergleich zum Jahr 2025 eine Reduktion knapp 17% bis zum Jahr 2050. Die Emissionen der fluorierten Gase sinken kontinuierlich auf niedrigem Niveau. Weitere Details können dem Projektbericht des Umweltbundesamts entnommen werden.

Abbildung 6: THG-Emissionen im Basisszenario (ESR-Emissionen)



Quelle: Umweltbundesamt (2025a), eigene Darstellung.

Im Basisszenario nähern sich die erreichten Emissionsminderungen dem ESR-Reduktionsziel an. Die Reduktion im Jahr 2030 gegenüber 2005 liegt im Basisszenario bei etwa 32,6%. Im Jahr 2030 ergibt sich ein Abstand von 9,1 Mio. Tonnen CO₂e zum ESR-Ziel. Über die gesamte Zeitreihe 2021 bis 2030 ergibt sich, ohne Berücksichtigung aller möglichen Flexibilitäten, eine kumulierte Lücke von rund 31,4 Mio. Tonnen CO₂e und mit Berücksichtigung der ETS- Flexibilität eine Lücke von rund 20 Mio. Tonnen CO₂e im Basisszenario. Um die österreichischen und unionsrechtlich gültigen Klimaziele erreichen zu können, muss in den Folgejahren ein stärkerer Fokus auf die Wirkungsorientierung von Maßnahmen und das Zusammenspiel von ordnungs-, steuer- und förderpolitische Maßnahmen gesetzt werden. Ohne Fokus auf kosteneffektive Maßnahmen, die weitere emissionsmindernde Effekte zur Folge haben, bleibt hingegen das Risiko einer Zielverfehlung der verbindlichen EU THG Reduktionsziele im ESR-Bereich und damit das Budgetrisiko bestehen. Bei einer Zielverfehlung sind in letzter Konsequenz Zielerreichungszahlungen zu leisten, welche in Kapitel 3.2 näher beleuchtet werden.

3. Budgetäre Entwicklungen

Basierend auf den im Kapitel 2 erläuterten Rahmenbedingungen, präsentiert das folgende Kapitel die Ergebnisse des Basisszenarios der langfristigen Budgetprognose 2025. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben, der die Bereiche Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Familienleistungen umfasst. Darüber hinaus wird die Entwicklung der klimabedingten Ausgaben und der Zinsausgaben gesondert betrachtet. Das Kapitel schließt mit der Entwicklung der zwei zentralen fiskalischen Indikatoren: dem Maastricht-Saldo und der Schuldenquote.

Tabelle 6: Hauptergebnisse im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Pensionen	14,9	15,2	15,4	15,8	15,6	15,8	+0,2	+0,3	+0,6
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,3	+0,1	+1,2	+1,3
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,8	+0,1	+1,3	+1,3
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,2	-0,3
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,4	0,4	0,3	+0,3	+0,1	+0,3
Zinsausgaben	1,5	1,7	2,2	3,3	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,6
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,1	18,7	18,5	-2,3	-1,2	-3,5
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,2	+0,3
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-4,7	-6,0	-7,4	+1,3	-4,2	-2,9
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-1,4	-1,8	-2,2	+1,9	-1,3	+0,7
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,2	-5,2	-0,6	-3,0	-3,6
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

3.1. Demografieabhängige Ausgaben

Die demografieabhängigen Ausgaben umfassen die Bereiche Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Familie. In Summe beliefen sich diese Ausgaben auf 31,2% des BIP im Jahr 2024 und steigen 2025 auf 31,8% des BIP. Bis 2030 wird ein Anstieg auf 32,0% des BIP und bis 2060 auf 34,6% des BIP prognostiziert. Die demografieabhängigen Ausgaben haben damit einen Anteil von durchschnittlich rund 59% an den Gesamtausgaben.

Für den gesamten Prognosezeitraum 2025-2060 ergibt sich ein Anstieg von 2,8 Prozentpunkten des BIP. Dieser entfällt zu je 1,3 Prozentpunkten des BIP auf die Gesundheits- und Pflegeausgaben und zu 0,6 Prozentpunkten des BIP auf die gesamten

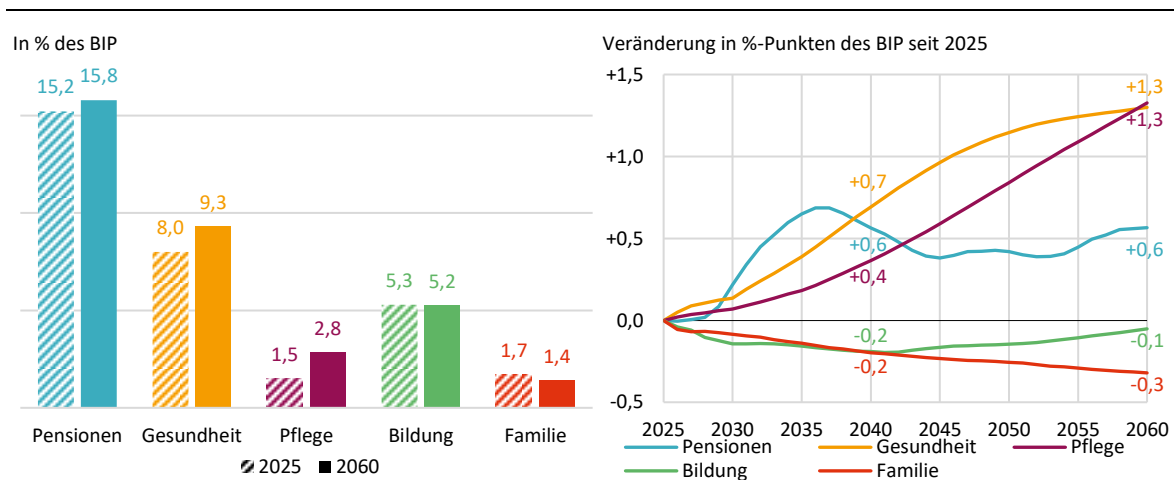
Pensionsausgaben. Die Ausgaben für Familie (-0,3 Prozentpunkte des BIP) und Bildung (-0,1 Prozentpunkte des BIP) sinken hingegen leicht.

Tabelle 7: Demografieabhängige Ausgaben im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Demografieabhängige Ausgaben	31,2	31,8	32,0	33,0	33,8	34,6	+0,2	+2,6	+2,8
<i>In % der Gesamtausgaben</i>	57%	57%	59%	59%	59%	59%			
Pensionen	14,9	15,2	15,4	15,8	15,6	15,8	+0,2	+0,3	+0,6
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,3	+0,1	+1,2	+1,3
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,8	+0,1	+1,3	+1,3
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,2	-0,3

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 7: Demografieabhängige Ausgaben im Basisszenario



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Pensionen

Die Pensionsausgaben umfassen sowohl die Ausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung (inkl. Rehabilitationsgeld und Ausgleichszulagen) als auch die Ausgaben für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten. Den größten Teil der Ausgaben stellen die Eigenpensionen dar, welche aus eigenen Ansprüchen bezogen werden, wohingegen Hinterbliebenenpensionen Witwen- und Witwerpensionen sowie Waisenpensionen umfassen.

Das WIFO prognostiziert einen Anstieg der gesamten Pensionsausgaben (gesetzliche Pensionsversicherung sowie Beamtenpensionen) von 15,2% des BIP im Jahr 2025 auf 15,8% im Jahr 2060. Nach einem signifikanten Anstieg um 0,3% des BIP bereits im ersten

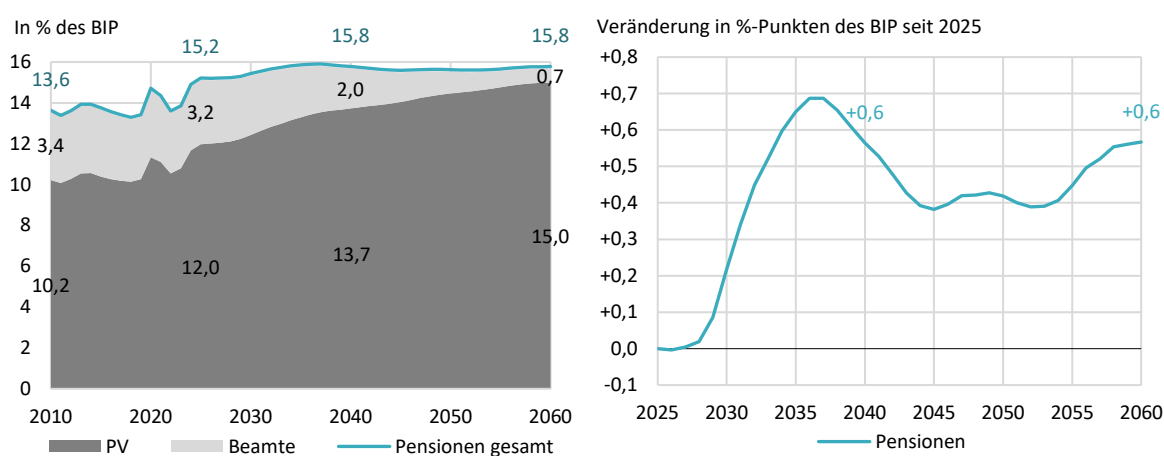
Prognosejahr (2025) steigen die Ausgaben für Pensionen vor allem bis Mitte der 2030er Jahre und erreichen 2035 15,9% des BIP.

Tabelle 8: Pensionsausgaben im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Pensionsausgaben	14,9	15,2	15,4	15,8	15,6	15,8	+0,2	+0,3	+0,6
<i>In % der Gesamtausgaben</i>	27%	27%	29%	28%	27%	27%			
Gesetzliche Pensionsversicherung	11,8	12,1	12,5	13,8	14,6	15,1	+0,5	+2,6	+3,0
Pensionen der Beamtinnen und Beamten	3,1	3,2	2,9	2,0	1,1	0,7	-0,2	-2,2	-2,5

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 8: Öffentliche Pensionsausgaben



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Definition der Pensionsausgaben

Die Pensionsausgaben basieren auf der ESSOS Klassifikation und umfassen (sofern nicht anders ausgewiesen) folgende Ausgabenbereiche:

- Ausgaben für Alters-, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen (Eigenpensionen)
- Ausgaben für Hinterbliebenenpensionen (Witwen, Witwer, Waisen)
- Ausgaben für die Ausgleichszulagen
- Ausgaben für das Rehabilitationsgeld
- Ausgaben für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamtinnen und Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Der Anstieg der Pensionsausgaben in Prozent des BIP im Jahr 2025 ergibt sich dadurch, dass die inflationsbedingte Pensionsanpassung 2025⁸ über dem nominellen BIP-Wachstum des Jahres 2025 lag. Daher hat die Bundesregierung die Pensionen für das Jahr 2026 im Durchschnitt unter der Inflation angepasst. Der Anstieg der Pensionsausgaben bis 2035 hängt neben der jährlichen Pensionsanpassung mit den Pensionierungen der geburtenstarken Jahrgänge – der sogenannten „Baby-Boomer“ – und der steigenden Lebenserwartung zusammen. Kostendämpfend wirken in diesem Zeitraum vor allem der schrittweise Anstieg des Frauenpensionsantrittsalters in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf 65 Jahre bis zum Jahr 2033 sowie die Konsolidierungsmaßnahmen im Pensionsbereich, allen voran die Anhebung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Korridorpension.

Ab etwa dem Jahr 2040 beginnen die Pensionsausgaben in Prozent des BIP wieder zu sinken, da ab dann die „Baby-Boomer“-Generation bereits im Pensionsalter ist. Die Pensionsausgaben stabilisieren sich auf einem Niveau von 15,6% des BIP bevor sie aufgrund höherer Pensionszahlen gegen Ende des Prognosezeitraumes einen geringfügigen Anstieg auf 15,8% des BIP verzeichnen.

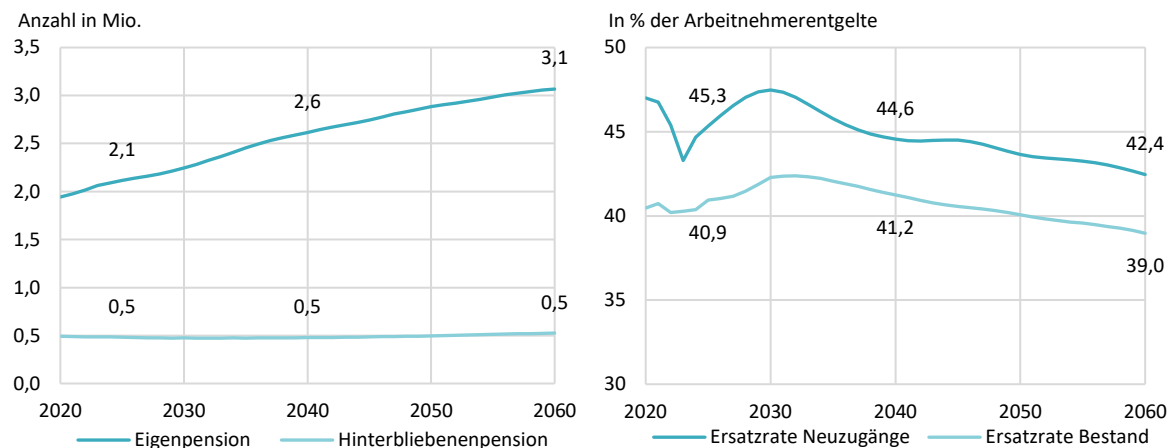
Die Pensionsausgaben für Beamtinnen und Beamte sinken von 3,1% des BIP im Jahr 2024 auf 0,7% im Jahr 2060. Der Rückgang der Ausgaben für diesen Bereich ergibt sich v.a. durch einen Rückgang in der Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Beamtenpensionen, da Beamtinnen und Beamte zunehmend durch Vertragsbedienstete ersetzt werden (die der gesetzlichen Pensionsversicherung unterliegen) sowie des schrittweisen Voranschreitens der Pensionsharmonisierung.

Die langfristige Entwicklung der Pensionsausgaben wird maßgeblich von der demographischen und wirtschaftlichen Dynamik sowie von den gesetzlichen Regelungen determiniert, die zum Teil gegenläufige Effekte haben. Grundsätzlich hängen die Ausgaben von der durchschnittlichen Pensionshöhe und der Anzahl der Pensionsempfängerinnen und Pensionsempfänger ab. Diese beiden Komponenten wurden im Bereich der Eigenpensionen der gesetzlichen Pensionsversicherung erstmals vom WIFO mit einem dynamischen Mikrosimulationsmodell (microDEMS) modelliert. Mit dieser Methodik konnten insbesondere die Erwerbskarrieren und somit die daraus resultierende Erfüllung

⁸ Der auf vergangenen Inflationsraten basierende Anpassungsfaktor 2025 liegt bei 4,6%, das nominelle BIP-Wachstum bei 3,5%.

der Anwartschaftsvoraussetzungen für einen (vorzeitigen) Pensionsantritt weit genauer modelliert werden.

Abbildung 9: Eigen- und Hinterbliebenenpensionen; Ersatzrate



Quelle: WIFO (2025)

Die durchschnittliche Höhe der Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung (inkl. Ausgleichszulage) während des Prognosezeitraums wird von den folgenden Faktoren beeinflusst und sinkt ab etwa 2030 als Anteil der Arbeitnehmerentgelte (siehe Abbildung 9):

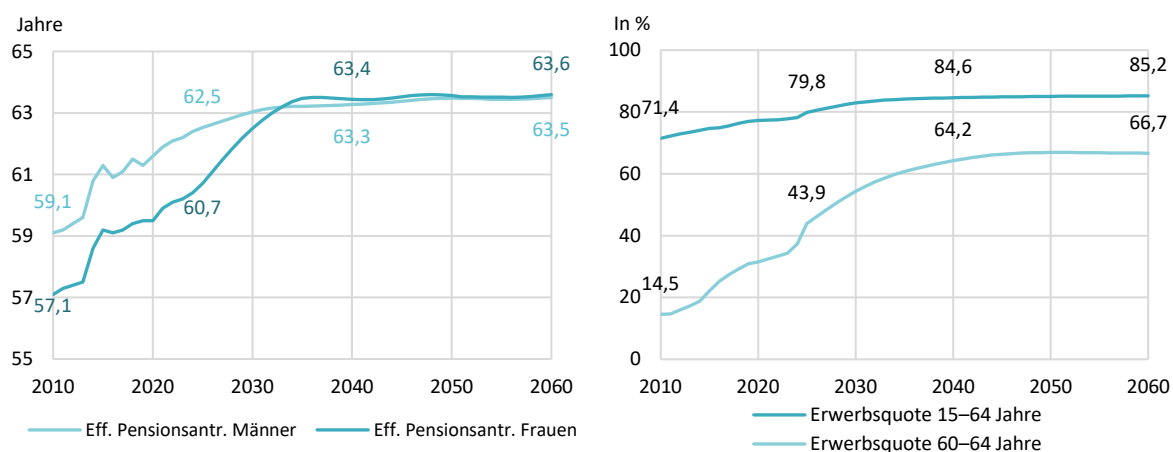
- Die Bestandspensionen, werden mit dem Anpassungsfaktor bzw. der jährlichen Inflation angepasst und entwickeln sich somit mit einer geringeren Dynamik als die Arbeitnehmerentgelte beziehungsweise auch das BIP, welche zusätzlich mit der Produktivitätsentwicklung steigen.
- Die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraums auf Basis des Pensionskontos dämpft die Höhe der Neupensionen.
- Zusätzlich führt die Angleichung des Pensionsantrittsalters der Frauen an jenes der Männer (bis 2033) zu einer Verlängerung der Erwerbsphase und einer Steigerung der Pensionshöhe.
- Die Erhöhung des Antrittsalters für die Korridor pension ab 2026, erhöht als Nebeneffekt den Pensionskontostand und reduziert die Abschläge der Betroffenen.
- Der Anteil von Personen mit längeren Ausbildungsphasen und zugewanderte Personen an den Neupensionen nimmt zu. Diese weisen aufgrund kürzerer Erwerbsphasen geringere Beitragszeiten auf. Während Personen mit höheren Bildungsabschlüssen die geringeren Beitragszeiten durch höhere Einkommen tendenziell kompensieren können, können Personen, welche nur einen Teil ihres Erwerbslebens in Österreich verbringen dies nicht. Da die letztere Personengruppe im

Zeitverlauf zunimmt, nimmt der Anteil der Personen mit geringeren Pensionsansprüchen zu, was die durchschnittliche Pensionshöhe insgesamt senkt.

Die Zahl an Pensionsempfängerinnen und Pensionsempfängern wächst insgesamt bis 2060. Folgende Faktoren sind hierfür relevant:

- Besonders geburtenstarke Jahrgänge („Baby-Boomer“) gehen in den Ruhestand und beziehen über weite Teile des Prognosezeitraums eine Pension.
- Die Auswirkungen der ansteigenden Lebenserwartung auf die Bezugsdauer.
- Einen dämpfenden Effekt auf die Zahl der Pensionsempfängerinnen und Pensionsempfänger hat der Anstieg des faktischen Eintrittsalters (siehe Abbildung 10) Abbildung 10: Effektives Pensionsantrittsalter; Erwerbsquoten 15-64 und 60-64 Jahre. Hauptsächlich dafür verantwortlich sind der schrittweise Angleich des Frauenpensionsalters an jenes der Männer bis 2033 und die Anhebung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Korridor pension ab 2026. Ab dem Jahr 2033 liegt das effektive Eintrittsalter der Frauen und Männer bei 63,5 Jahren und damit um 3 bzw. 1 Jahr höher als 2024.

Abbildung 10: Effektives Pensionsantrittsalter; Erwerbsquoten 15-64 und 60-64 Jahre

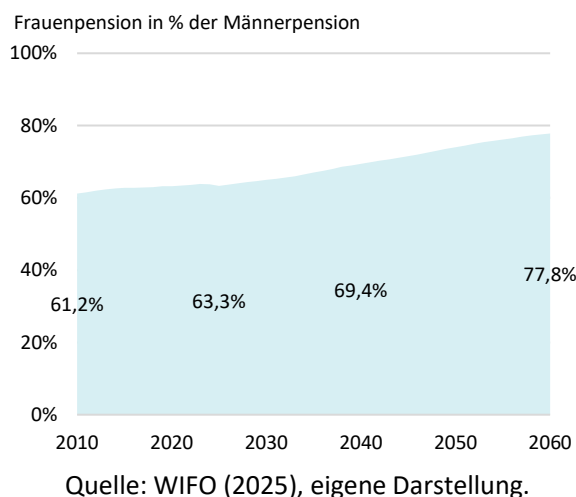


Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der durchschnittlichen Pensionshöhe verringern sich im Verlauf des Prognosezeitraums. Während pensionierte Frauen im Jahr 2024 im Durchschnitt lediglich 63 Cent für jeden von Männern bezogenen Euro erhalten, steigt dieser Wert gemäß den aktuellen Projektionen bis 2060 auf 77,8 Cent. Die bestehenden Differenzen resultieren in erster Linie aus den während des Erwerbslebens niedrigeren Einkommen von Frauen. Unterschiede in der Beschäftigung, Arbeitsstunden und Stundenlöhnen wirken in vergleichbarem Ausmaß auf die geringeren

Pensionsansprüche. Die schrittweise Angleichung des Pensionsantrittsalter für Frauen an jenes der Männer bis 2033 führt zu einer Verlängerung der Erwerbsphase und damit zu einer erhöhten Pensionsbemessungsgrundlage. Dies bewirkt die relative Steigerung der durchschnittlichen Frauenpension gegenüber jeder der Männer im Verlauf des Prognosezeitraums.

Abbildung 11: Durchschnittliche Frauenpensionen in % der Männerpensionen



Gesundheit

Die Gesundheitsausgaben hängen sowohl von demografieabhängigen als auch von nicht-demografieabhängigen Faktoren ab. Demografieabhängige Faktoren bewirken Änderungen in der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen aufgrund von Änderungen in der Bevölkerungsgröße und -struktur.⁹ Nicht-demografieabhängige Faktoren sind der technologische Fortschritt, welcher beispielsweise die Anwendung neuer Behandlungen oder Arzneimittel ermöglicht, sowie institutionelle Rahmenbedingungen.

Die **demografieabhängigen Gesundheitsausgaben** werden durch durchschnittliche alters- und geschlechtsspezifische Gesundheitsausgabenprofile bestimmt, wobei die Gesundheitsausgaben vor allem im höheren Alter stark zunehmen. Wie oben beschrieben, steigt die Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung bis 2060 deutlich an. Zusätzlich zeigen für Österreich die Entwicklungen seit den späten 70er-Jahren bis 2019, dass die Lebenszeit in subjektiv „sehr gutem“ Gesundheitszustand noch stärker als die Lebenserwartung gestiegen ist, dh. insgesamt mehr Lebenszeit in einem „sehr guten“ Gesundheitszustand verbracht haben. Das WIFO nimmt daher an, dass jeder Zugewinn an Lebenserwartung im selben Ausmaß auch ein Zugewinn an gesunden Lebensjahren

⁹ Ausgaben für Langzeitpflege werden hier nicht berücksichtigt, sie finden sich bei den Pflegeausgaben.

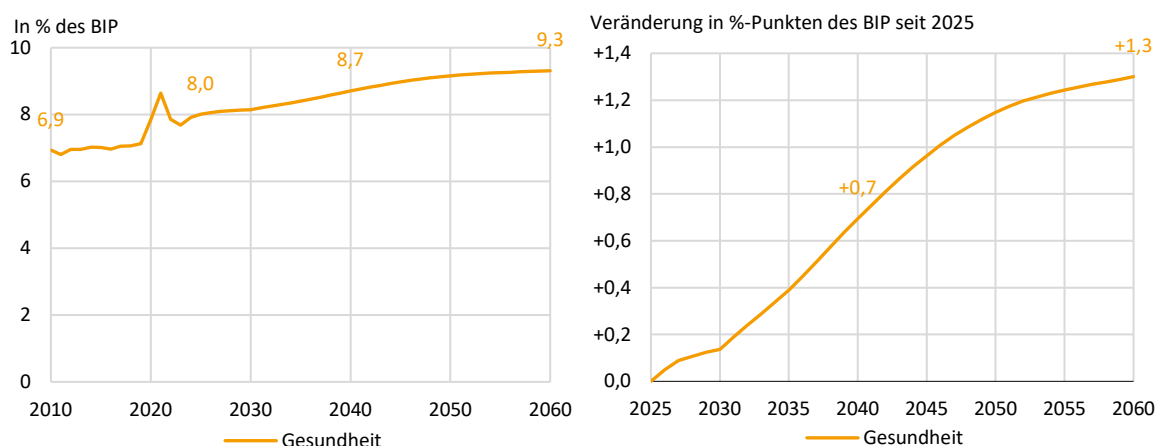
bedeutet und somit die altersspezifischen Gesundheitsleistungen im gleichen Ausmaß verzögert in Anspruch genommen werden.

Tabelle 9: Gesundheitsausgaben im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Gesundheitsausgaben	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,3	+0,1	+1,2	+1,3
<i>In % der Gesamtausgaben</i>	14%	14%	15%	16%	16%	16%			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 12: Öffentliche Gesundheitsausgaben



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Definition der Gesundheitsausgaben

Die Gesundheitsausgaben werden auf Basis einer Statistik gemäß dem Konzept der System of Health Accounts (SHA) berechnet¹⁰. Für diese Studie werden die öffentlichen Gesundheitsausgaben ohne Ausgaben für Langzeitpflege verwendet, die die öffentlichen laufenden Gesundheitsausgaben ohne Ausgaben für Langzeitpflege, zuzüglich der öffentlichen Investitionen, umfassen.

Bei den **nicht-demografieabhängigen Gesundheitsausgaben** spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Einerseits entwickelt sich die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit der Einkommensentwicklung mit einer Einkommenselastizität von 0,9¹¹. Andererseits

¹⁰ Vergangene Daten werden regelmäßig von Statistik Austria unter folgendem [Link](#) veröffentlicht.

¹¹ In Anlehnung an Casas et al. (2021) modelliert das WIFO mit einer Einkommenselastizität von 0,9, das heißt, Gesundheit ist ein notwendiges Gut und kein Luxusgut. Die altersspezifischen Kosten steigen damit etwas weniger stark als die Pro-Kopf-Löhne.

sind es institutionelle Rahmenbedingungen wie zB. das Inanspruchnahmeverhalten der Bevölkerung verschiedener Versorgungsebenen oder die Entlohnung und Zusammensetzung des Gesundheitspersonals, die den Ausgabenpfad mitbestimmen. Hinzu kommt, dass medizinische Innovationen sowohl kostendämpfend als auch kostentreibend wirken können. Obwohl technologischer Fortschritt manche Gesundheitsleistungen vergünstigt, wirkt er tendenziell eher kostentreibend, da er nicht nur die Qualität und Effizienz, sondern auch die Nachfrage durch neue Arzneien und Behandlungsmöglichkeiten erhöht.

Das WIFO geht davon aus, dass über den Prognosezeitraum zunehmend kostendämpfende Maßnahmen und Reformen umgesetzt werden, und dadurch das Ausgabenwachstum bremsen. Das WIFO nimmt unter anderem zusätzliche kostendämpfende Effekte durch technologischen Fortschritt an, etwa, wenn Künstliche Intelligenz bei Vorsorgeuntersuchungen durch effektivere Früherkennung Folgekosten vermeidet. In der Prognose abgebildet sind all diese Effekte über Zusatzkosten, die zusätzlich zu den altersabhängigen Gesundheitsausgaben anfallen. Für die Entwicklung der Zusatzkosten nimmt das WIFO an, dass diese bereits ab dem Jahr 2025 mit 0,75% wachsen, und dieses Wachstum über den Prognosezeitraum linear bis 2060 auf ein Niveau von 0,5% gedämpft wird.

Im Ergebnis, insbesondere aufgrund des demografischen Wandels, steigen die Gesundheitsausgaben von 7,9% im Jahr 2024 auf 9,3% des BIP im Jahr 2060.

Pflege

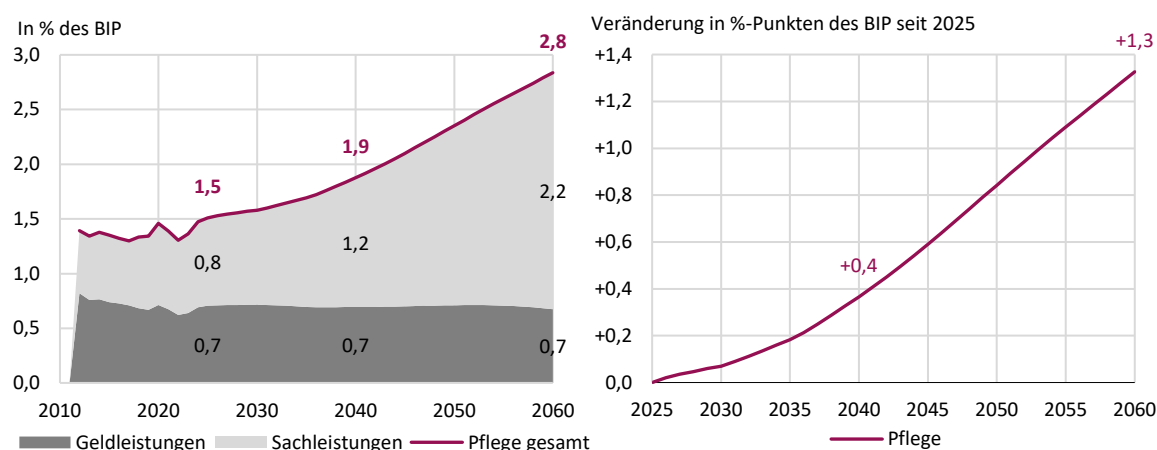
Tabelle 10: Pflegeausgaben im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Pflegeausgaben	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,8	+0,1	+1,3	+1,3
<i>In % der Gesamtausgaben</i>	3%	3%	3%	3%	4%	5%			
Geldleistungen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	+0,0	-0,0	-0,0
Sachleistungen	0,8	0,8	0,9	1,2	1,6	2,2	+0,1	+1,3	+1,4

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Unter den öffentlichen Pflegeausgaben werden sowohl Ausgaben für monetäre Leistungen (Pflegegeld) als auch für Sachleistungen (zB. Pflegeheime) verstanden.

Abbildung 13: Öffentliche Pflegeausgaben



Definition der Pflegeausgaben

Die Pflegeausgaben setzen sich aus Ausgaben für Pflegegeld und Ausgaben für Pflegedienstleistungen zusammen. Die Ausgaben für Pflegegeld basieren auf der Statistik der Sozialversicherungsträger. Die Ausgaben für Pflegedienstleistungen beruhen auf der Pflegedienstleistungsstatistik und entsprechen den Bruttoausgaben abzüglich Beiträgen und Ersätzen.¹²

Die Nachfrageprojektion funktioniert in diesem Bereich ähnlich wie im Gesundheitsbereich: Es werden altersspezifische Ausgabenprofile erstellt und mit der demografischen Prognose in die Zukunft projiziert. Es wird auch im Pflegebereich davon ausgegangen, dass der Anstieg der zukünftigen Lebenserwartung den altersspezifischen Pflegebedarf um die gleiche Anzahl von Jahren verzögert. Diese Annahme wird sowohl für Geld- als auch für Sachleistungen getroffen. Zusätzlich geht das WIFO davon aus, dass die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigt, da die unentgeltliche Pflege innerhalb der Familie abnimmt.

Bei der Modellierung der Pflegeausgaben wurde auf die explizite Berücksichtigung der Frauenerwerbstätigkeit als Faktor für steigende Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen verzichtet und stattdessen eine höhere Einkommenselastizität unterstellt.

¹² Vergangene Daten werden regelmäßig von Statistik Austria unter folgendem [Link](#) veröffentlicht.

Konkret erhöht sich die Einkommenselastizität aufgrund der Erhöhung des Frauenpensionsalters und des damit einhergehenden weiteren Rückgangs der informellen Pflegemöglichkeiten bis 2034 auf 1,9%.

Die Pflegegeldsätze werden mit der Inflationsrate angepasst.

Die Ausgaben für die Pflege steigen über den Prognosezeitraum deutlich an: Ausgehend von 1,5% des BIP im Jahr 2024 kommt es zu einer Erhöhung auf 2,8% im Jahr 2060 bzw. zu einer langfristigen Verdoppelung, wobei der Anteil der Sachleistungen an den Gesamtausgaben kontinuierlich steigt.

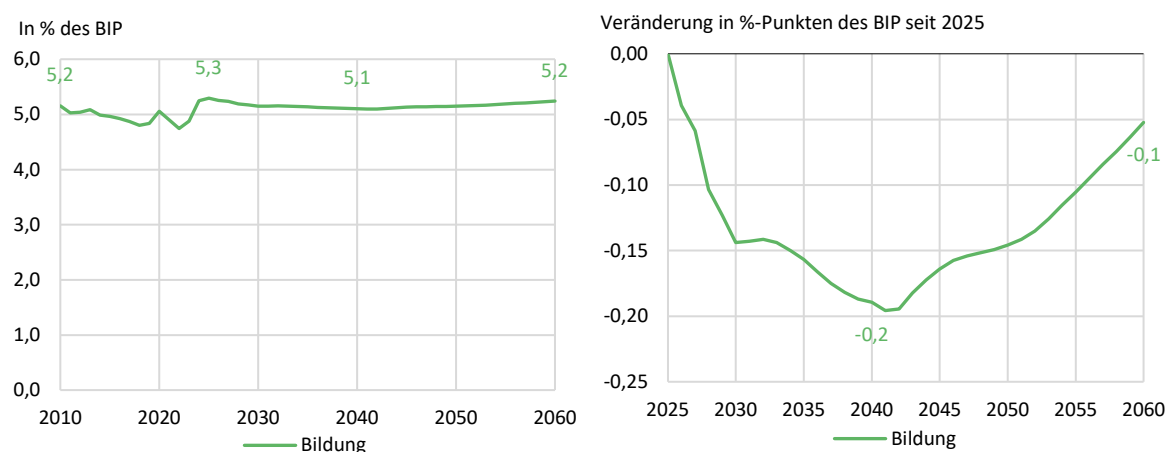
Bildung

Tabelle 11: Bildungsausgaben im Basisszenario

In % des BIP		2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben		55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Bildungsausgaben		5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
In % der Gesamtausgaben		10%	10%	10%	9%	9%	9%			
Personal (VZÄ)										
Primarstufe	in Tsd.	87,3	86,6	83,7	85,8	87,6	89,6	-2,9	+5,8	+2,9
Sekundärstufe	in Tsd.	78,4	78,1	80,9	78,2	80,3	82,2	+2,8	+1,3	+4,1
Tertiärstufe	in Tsd.	34,4	34,2	34,0	35,3	34,6	35,1	-0,1	+1,1	+0,9

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 14: Öffentliche Bildungsausgaben



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Die öffentlichen Bildungsausgaben in Österreich beliefen sich 2024 auf 5,3% des BIP. Gemessen an den Ausgaben sind die wesentlichen Bereiche innerhalb der Bildungsausgaben der Sekundarbereich, der Elementar- und Primarbereich und der Tertiärbereich.

Definition der Bildungsausgaben

Grundlage für die Bildungsausgaben ist die Statistik der konsolidierten Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen, die auf der COFOG-Klassifikation (Classification of Functions of Government) beruht. In der COFOG-Klassifikation gibt es einen eigenen Aufgabenbereich „Bildungswesen“, konkret die COFOG-Abteilung 09, der als Definition herangezogen wird.¹³

Um die Bildungsausgaben zu prognostizieren, bedarf es einer Annahme über die Anzahl der zukünftigen Schülerinnen und Schüler, Studierenden sowie des Lehrpersonals in den vier Bildungsbereichen.

Definition der Bildungsstufen nach Ausgabenbereichen

In der Langfristprognose werden folgende drei Bildungsstufen unterschieden:

- **Elementarbereich und Primarstufe:** Kindergarten, Vorschule, Volksschule, Sonderschule
- **Sekundarstufe:** Allgemeinbildende und Berufsbildende Höhere Schulen, Mittelschule, Berufsschule, Sonderschule etc.
- **Tertiärer Bereich:** Universität, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule etc.

Die Zahl der Schülerinnen, Schüler und Kindergartenkinder in den **ersten drei Bildungsbereichen** wird auf Basis der Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria extrapoliert. Darauf aufbauend wird das Lehrpersonal in den Schulen proportional zur Zahl an Schülerinnen und Schülern fortgeschrieben. Grundlage dieser Annahme ist, dass die jeweiligen Betreuungsschlüssel künftig im Wesentlichen unverändert bleiben. Im Ergebnis wird im Elementar- und Primarbereich von einem leichten Anstieg der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) von rund 87.300 im Jahr 2024 auf rund 89.600 zum Ende des Prognosezeitraums 2060 ausgegangen. In der Sekundarstufe wird ein Anstieg von rund 78.400 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) im Jahr 2024 auf rund 82.200 im Jahr 2060 erwartet.

¹³ Vergangene Daten werden regelmäßig von Statistik Austria unter folgendem [Link](#) veröffentlicht.

Der **tertiäre Bildungsbereich** unterscheidet sich von den vorgelagerten Bildungsstufen. Während in den vorgelagerten Bildungsstufen eine Schulpflicht besteht, gibt es eine solche Pflicht nicht im tertiären Bereich. Dementsprechend ist die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer geringer als die Bevölkerung in dieser Alterskohorte. Damit kann es zu geschlechter- und herkunftsspezifischen Unterschieden in der Bildungsbeteiligung kommen. Diese Besonderheiten im tertiären Bildungsbereich erfordern mehrere Annahmen, um die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie des Lehrpersonals fortzuschreiben.

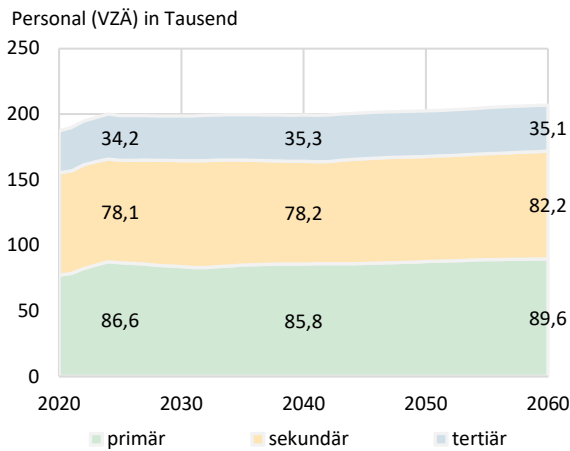
Als demografische Bezugsgröße dient die Bevölkerung im Alter von 20 bis 29 Jahren gemäß Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria. Rund zwei Drittel der Studierenden sind dieser Altersgruppe zuzurechnen. Der Anteil der männlichen und weiblichen Studierenden an der Bevölkerung in diesem Alter beträgt rund 21-22% bzw. rund 30%. Bei Fortschreibung dieser Anteile sinkt die Zahl der inländischen Studenten von rund 120.000 im Jahr 2024 auf rund 112.300 im Jahr 2060. Die Anzahl der inländischen Studentinnen sinkt von rund 156.000 im Jahr 2024 vorübergehend und steigt dann wieder auf rund 155.700 zum Ende des Prognosezeitraums an. Ein kontinuierlicher Aufwärtstrend war in den letzten Jahren bei der Zahl ausländischer Studierender zu beobachten: wurden 2010 noch rund 65.600 ausländische Studierende an österreichischen Hochschulen verzeichnet (20% aller Studierender), so waren es 2024 mit bereits 124.200 fast ein Drittel (31%) aller Studierenden. In der Langfristprognose wird angenommen, dass sich dieser Trend mittelfristig fortsetzt und die Zahl ausländischer Studierender zunächst um rund 2.000 Personen pro Jahr zunimmt. Bei einem Niveau von 140.000 ausländischen Studierenden bzw. einem Anteil von 35% an allen Studierenden wird folgend eine Stagnation angenommen. Das Lehrpersonal wird, wie in den anderen Bildungsstufen, unter Beibehaltung des aktuellen Betreuungsschlüssel proportional zur gesamten Studierendenzahl fortgeschrieben. Gemäß diesen Annahmen nimmt die Zahl des Lehrpersonals im tertiären Bildungsbereich von rund 34.400 Personen im Jahr 2024 auf rund 35.100 Personen im Jahr 2060 zu (jeweils zu Vollzeitäquivalenten).

Basierend auf der oben geschilderten Entwicklung der Zahl des Lehrpersonals in allen vier Bildungsstufen können in einem nächsten Schritt die **Personalausgaben** im Bildungsbereich prognostiziert werden. Hierzu bedarf es noch einer Annahme über die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor. Diese sieht vor, dass die Gehaltszuwächse im öffentlichen Sektor langfristig jenen im privaten Sektor entsprechen. Rund zwei Drittel der gesamten staatlichen Bildungsausgaben entfallen auf Personalausgaben. Das restliche

Drittel betrifft im Wesentlichen **Sachaufwand**. Dieser wird mit dem nominellen Wachstum des BIP extrapoliert.

Die so ermittelte Prognose der **Bildungsausgaben** impliziert **in Relation zum BIP** im Wesentlichen eine **Beibehaltung des aktuellen Niveaus**. Konkret wird ausgehend von 5,3% des BIP 2024 zunächst ein leichter Rückgang auf 5,1% des BIP ab 2034 und folgend wieder ein leichter Anstieg auf 5,2% des BIP ab 2051 bis zum Ende des Prognosezeitraums erwartet.

Abbildung 15: Personal nach Bildungsstufen



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist das zentrale Instrument zur Unterstützung und Förderung von Familien in Österreich. Die bedeutendsten aus dem FLAF finanzierten Geldleistungen sind die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld. Weiters werden aus dem FLAF auch Zahlungen in die Pensionsversicherung zur teilweisen Finanzierung von Kindererziehungszeiten geleistet. Auch die Kosten für die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt sowie die Schulbuchaktion werden von Mitteln aus dem FLAF bedeckt.

Tabelle 12: Ausgaben für Familienleistungen im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Ausgaben für Familienleistungen	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,0	-0,2	-0,3
In % der Gesamtausgaben	3%	3%	3%	3%	3%	2%			
Familienbeihilfe	0,9	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	-0,1	-0,2	-0,3
Kinderbetreuungsgeld	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	-0,0	-0,0	-0,0
Freifahrten und Schulbücher	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,0	-0,0	-0,0
Sonstiges	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	+0,0	+0,0	+0,0

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Definition der Ausgaben und Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds

Die Ausgaben und Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) sind vollständig in der Untergliederung 25 Familie und Jugend im Bundesbudget abgebildet.

Die Prognose der Ausgaben des FLAF basiert bis inklusive 2029 auf der aktuellen BMF-Planung. Ab 2029 werden Annahmen zur langfristigen Entwicklung getroffen.

Familienbeihilfen werden für Kinder bis zum 24. Lebensjahr in verschiedener Höhe geleistet. Für die Prognose wird die durchschnittliche Familienbeihilfe pro Kind mit der Bevölkerung im Alter von 0 bis 24 Jahren extrapoliert und im Ausmaß der Inflationsrate angepasst.

Das **Kinderbetreuungsgeld** wird entweder als Fixbetrag für einen bestimmten Zeitraum oder in Abhängigkeit vom Einkommen des beziehenden Elternteils ausbezahlt. Konkret wird angenommen, dass gut die Hälfte der Ausgaben für das Kinderbetreuungsgeld einkommensabhängig ist (vgl. Rechnungshof Österreich, 2024). Dieser einkommensabhängige Anteil wird ab 2030 mit dem Wachstum der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerentgelte fortgeschrieben, langfristig konkret mit +3,0% pro Jahr. Der Fixbetrag wird ab 2030 im Ausmaß mit der langfristigen Inflationsrate iHv. 2,0% pro Jahr erhöht. Die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger folgt der Entwicklung der Geburtenzahl gemäß der Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria.

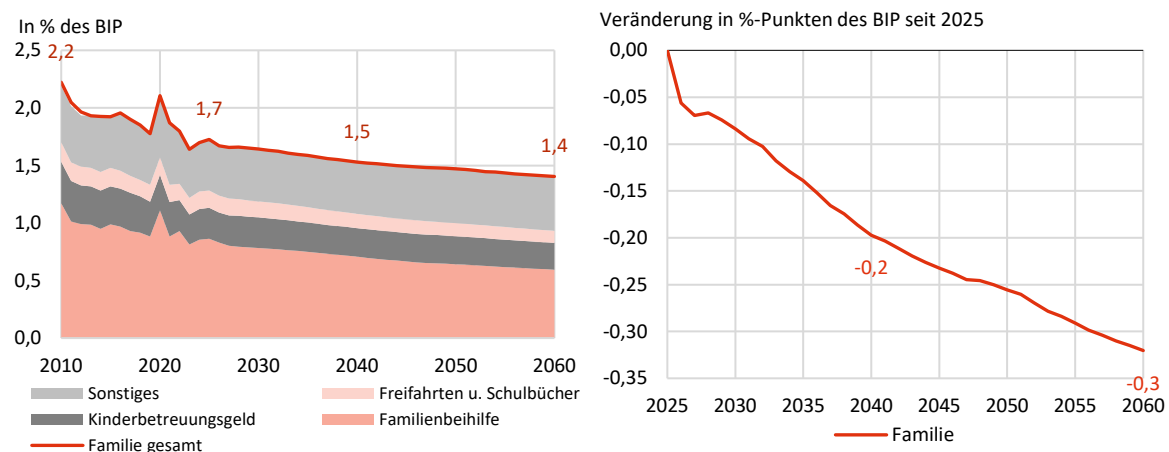
Die Modellierung der **Ausgaben für Schulbücher sowie die Schülerinnen- und Schülerfreifahrt** beruht auf zwei Annahmen. Erstens ist die zukünftige Anzahl an Schülerinnen und Schülern relevant. Diese wird mit der Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 5 bis 19 Jahren gemäß Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria approximiert. Zweitens wird unterstellt, dass der Preis der zur Verfügung gestellten Güter und Dienstleistungen mit der langfristigen jährlichen Inflationsrate iHv. 2,0% steigt.

Die Überweisung der **Pensionsversicherungsbeiträge zur teilweisen Finanzierung von Kindererziehungszeiten** stellt einen innerstaatlichen Transfer dar, der mitmodelliert wird, um den FLAF gesamthaft darzustellen. Diese Zahlungen werden basierend auf den vorhergesagten Geburtenzahlen gemäß Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria und der Lohnentwicklung (+3,0% pro Jahr) projiziert.

Im Ergebnis sagt die so ermittelte Prognose eine **leicht rückläufige Entwicklung der Ausgaben** des FLAF in Relation zum BIP voraus. Ausgehend von 1,7% des BIP im Jahr 2024 sinken die relativen FLAF-Ausgaben stetig auf 1,4% des BIP zum Ende des Prognosezeitraums 2060. Dieser rückläufige Trend war bereits in den vorangegangenen Jahren zu beobachten – 2010 lagen die Ausgaben des FLAF noch bei 2,2% des BIP. Darüber hinaus bedingen die getroffenen verschiedenen Annahmen zur künftigen Entwicklung der einzelnen Leistungen des FLAF, insbesondere bezüglich der Anpassung an Preis- und Lohnsteigerungen, auch eine Änderung der Ausgabenstruktur des FLAF.

Die Prognose der **Einnahmen des FLAF** folgt der Entwicklung der gesamten öffentlichen Einnahmen. Etwa 80% der Einnahmen stammen aus Dienstgeberbeiträgen, der Rest aus Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die FLAF-Einnahmen werden bis zum Ende der 2040er-Jahre auf 1,7% des BIP und folgend bis 2060 auf 1,6% des BIP prognostiziert. Im Vergleich zu den 1,8% des BIP im Jahr 2024 ergibt sich somit ein minimaler Rückgang.

Abbildung 16: Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Zusammen genommen ergibt sich für den FLAF im Prognosezeitraum ein **leicht positiver Saldo** von zunächst 0,1% des BIP und ab 2043 von 0,2% des BIP.

3.2. Klimabedingte Ausgaben

Im Rahmen des Basisszenarios wurden klima- und umweltrelevante Ausgaben¹⁴, also Ausgaben für Klimawandelanpassung (Hochwasserschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung, etc.) sowie Treibhausgasemissionsreduktion (verschiedene Förderungen für Heizungstausch, E-Mobilität sowie Verkehrsinvestitionen, etc.) auf Basis der derzeitigen Planungen auf Basis der geplanten Ausgaben im Jahr 2029 (gem. Planung im BFRG 2026 – 2029) nominell fortgeschrieben.

Gemäß den modellierten Projektionen bzw. bereits vorliegenden Daten schafft es Österreich in den Jahren 2022 und 2023 die ESR-Ziele ohne Nutzung von Flexibilitäten zu erreichen. Im Jahr 2021 und in den Jahren 2024 bis 2027 ermöglicht die Nutzung der verfügbaren Flexibilitäten (ETS, Banking und Borrowing) eine gesetzeskonforme Zielerreichung im Inland herzustellen. Ab 2028 und in allen Jahren bis 2050 verfehlt Österreich jedoch, eine Zielerreichung ohne den Transfer von Emissionszertifikaten (Annual Emission Allocations, AEA). Daher ist eine Zielerreichung ab 2028 davon abhängig, ob andere EU-Mitgliedsstaaten zusätzliche AEA zur Verfügung stellen.

Im Basisszenario summieren sich die Kosten aller budgetwirksamen Zielerreichungszahlungen für die Jahre 2021 – 2030 auf ca. 2,86 Mrd. €. ¹⁵ Die bereits in der Einnamenschätzung beachtete Nutzung der ETS-Flexibilität seit 2021 reduziert über die Dekade Einnahmen um weitere 1,14 Mrd. €. Ab dem Jahr 2031 sind bei Betrachtung der WEM-Dynamiken aller EU-Mitgliedsstaaten – sowie unter Berücksichtigung einer gewissen Nutzung von internationalen Emissionszertifikaten – in keinem Jahr bis 2050 genügend Emissionszertifikate verfügbar, die eine gesamteuropäische Erreichung der Klimaziele ermöglichen würde. Durch diese Knappheit des Marktes sind bei gleicher Zielambition signifikante Preiseffekte für eine Zielerreichung zu erwarten. Gepaart mit den zu erwartenden Zielen ist in den folgenden Zehnjahresperioden eine signifikante Steigerung dieses Risikos in der Größenordnung einer Verfünffachung in den Jahren 2031-2040 bzw. einer Verzehnfachung der derzeitigen Periode in den Jahren 2041-2050 zu erwarten.

¹⁴ Siehe Green Budgeting Bericht für weitere Informationen zu derzeitigen klima- und umweltrelevanten Ausgaben: https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/budgetbeilage_klima--und_umweltschutz.html

¹⁵ In den fiskalischen Ergebnissen wurde noch für das Jahr 2024 ein Projektionswert, vor Herausgabe des Nowcasts für das Jahr 2024, herangezogen.

Im Vergleich zur Schätzung des Ankaufsrisikos in der Langfristigen Budgetprognose 2022 konnte das Ankaufsrisiko in den jeweiligen Basisszenarien reduziert werden. Einerseits konnten umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen die kumulierte Emissionslücke im Zeitraum bis 2030 ohne Berücksichtigung von ESR-Flexibilitäten von 54,3 Mio. Tonnen CO₂e auf 31,4 Mio. Tonnen CO₂e signifikant senken. Andererseits wurden die Berechnungsmethoden zur Berücksichtigung von Flexibilitäten verbessert sowie die Auswirkungen der LULUCF-VO und Entwicklungen anderer EU-Mitgliedsstaaten in der Berechnung der Zielerreichungskosten der Langfristigen Budgetprognose 2025 berücksichtigt. Daraus ergibt sich eine Gesamtreduktion des Ankaufsrisikos bis 2030 von 4,7 Mrd. € in der Prognose 2022 auf 2,86 Mrd. € in der vorliegenden Prognose.

3.3. Zinsausgaben

Die Zinsausgaben steigen im Projektionszeitraum 2025 bis 2060 deutlich an. Während sie im Jahr 2025 noch 1,7% des BIP betragen, erhöhen sie sich bis 2060 auf 5,2% des BIP. Dieser Anstieg um insgesamt 3,6 Prozentpunkte ist im Wesentlichen auf den im gesamten Prognosezeitraum negativen Primärsaldo zurückzuführen.

Tabelle 13: Zinsausgaben

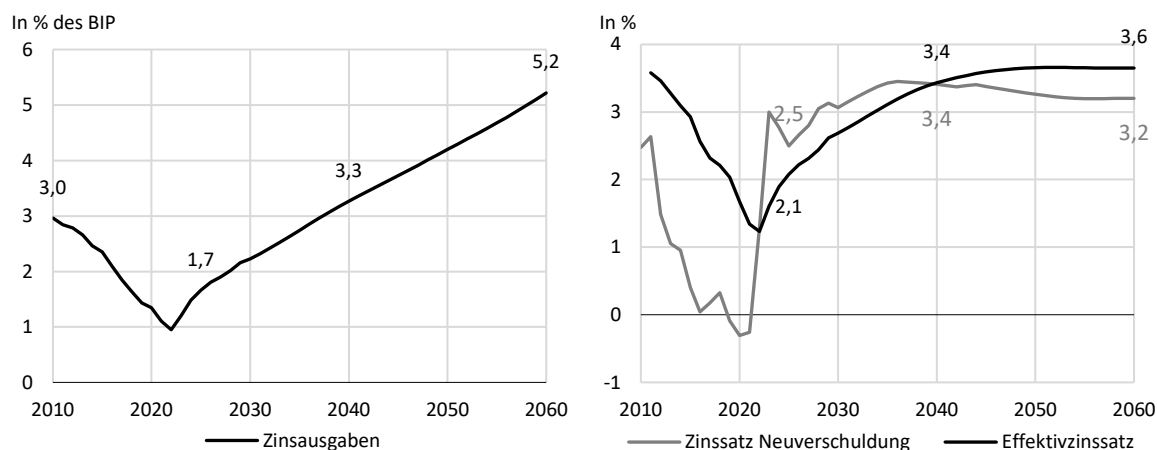
		2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben		55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Zinsausgaben	in % d. BIP	1,5	1,7	2,2	3,3	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,6
<i>In % der Gesamtausgaben</i>		3%	3%	4%	6%	7%	9%			
Primärsaldo	in % d. BIP	-3,2	-2,9	-1,0	-1,4	-1,8	-2,2	+1,9	-1,3	+0,7
Zinssatz Neuverschuldung	in %	2,8	2,5	3,1	3,4	3,3	3,2	+0,6	+0,1	+0,7
Effektivzinssatz	in %	1,9	2,1	2,7	3,4	3,7	3,6	+0,6	+1,0	+1,6

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Durch die im Bundesfinanzrahmen 2025-2029 vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen verbessert sich der Primärsaldo zwar von -2,9% des BIP im Jahr 2025 auf -1,0% des BIP im Jahr 2030, verschlechtert sich jedoch im weiteren Verlauf aufgrund der demografischen Entwicklungen wieder und erreicht bis 2060 -2,2% des BIP.

Ein negativer Primärsaldo bedeutet, dass die staatlichen Primärausgaben (Ausgaben vor Zinsen) die Einnahmen übersteigen und somit zusätzliche Staatsschulden aufgenommen werden müssen. Zusätzlich wirkt der Zinseszinsseffekt, da auch die anfallenden Zinszahlungen den Schuldenstand erhöhen und damit die Basis für weitere Zinsbelastungen vergrößern. In Kombination erzeugen diese beiden Mechanismen eine inhärente Dynamik, die den Anstieg der Zinsausgaben über die Zeit verstärkt.

Abbildung 17: Zinsausgaben; Zinssatz der Neuverschuldung und Effektivzinssatz



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Ein weiterer zentraler Einflussfaktor auf die Zinsausgaben ist der unterstellte effektive Jahreszinssatz auf den öffentlichen Schuldenstand. Dieser ergibt sich aus modelltheoretischen Überlegungen und liegt im Zeitraum zwischen 2030 und 2060 in einer Bandbreite von 2,7% bis 3,7%. Der erhebliche Einfluss des Zinssatzes auf die Ergebnisse der vorliegenden Prognose wird in Abschnitt 4.4 näher untersucht. In Kapitel 6 werden zudem die methodischen Hintergründe zum unterstellten Zinssatz und zur Zinsausgabendynamik erläutert.

3.4. Sonstige Ausgaben

Die Sonstigen Ausgaben umfassen jene Staatsausgaben, die in den vorangegangenen Kapiteln nicht gesondert dargestellt wurden. Dazu zählen insbesondere Ausgaben in den Bereichen:

- Allgemeine öffentliche Verwaltung
- Landesverteidigung
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- Wirtschaftliche Angelegenheiten inkl. Infrastruktur (insbesondere Schienenverkehr)
- Klima- und Umweltschutz, exklusive der in Kapitel 3.2 beschriebenen Ausgaben
- Wohnungswesen und kommunale Gemeinschaftsdienste
- Freizeitgestaltung, Sport und Kultur
- Arbeitslosigkeit

Tabelle 14: Sonstige Ausgaben im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,1	18,7	18,5	-2,3	-1,2	-3,5
<i>In % der Gesamtausgaben</i>	<i>41%</i>	<i>40%</i>	<i>36%</i>	<i>34%</i>	<i>33%</i>	<i>32%</i>			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Der überwiegende Teil dieser Ausgaben wird im Rahmen der „No-Policy-Change“-Annahme mit der Wachstumsrate des nominellen BIP fortgeschrieben.

Eine Ausnahme bilden die monetären Sozialleistungen innerhalb der Sonstigen Ausgaben, beispielsweise Ausgaben für Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Stipendien, kommunale Familienleistungen oder Wohnbeihilfen. Diese werden lediglich mit der Inflationsrate valorisiert. Bei den Ausgaben für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ergibt sich darüber hinaus ein Mengeneffekt, da im Modell unterstellt wird, dass die Arbeitslosenquote ab 2029 weiter zurückgeht.

Eine weitere Abweichung betrifft die Löhne für öffentlich Bedienstete. Da in den demografieabhängigen Bereichen die Personalausgaben über den Prognosezeitraum hinweg zunehmen, die Zahl der öffentlichen Bediensteten im Sinne der „No-Policy-Change“-Annahme jedoch konstant bleiben muss, entstehen bei den Sonstigen Ausgaben entsprechende Einsparungen im Bereich der Lohnkosten.

Die genannten Abweichungen führen dazu, dass die Sonstigen Ausgaben in Prozent des BIP auch nach Abschluss der Konsolidierungsperiode weiter zurückgehen: von 19,7% im Jahr 2030 auf 18,5% im Jahr 2060. Über den gesamten Prognosezeitraum sinken die Sonstigen Ausgaben damit von 22,0% im Jahr 2025 um insgesamt 3,5 Prozentpunkte.

3.5. Einnahmen

Die gesamtstaatlichen Einnahmen betragen im Jahr 2025 50,8% des BIP, steigen bis 2035 leicht auf 51,1%, und verharren anschließend bis zum Ende des Prognosehorizonts 2060 auf diesem Niveau.

Diesem Ergebnis liegt die Annahme zugrunde, dass sich die öffentlichen Einnahmen entsprechend den gewichteten Wachstumsraten ihrer jeweiligen Beitragsgrundlagen entwickeln. Da sich diese Beitragsgrundlagen im Wesentlichen parallel zum nominellen BIP entwickeln, bleibt die Einnahmenquote über den gesamten Zeitraum weitgehend stabil. Dies reflektiert die zugrunde liegende „No-Policy-Change“-Annahme.

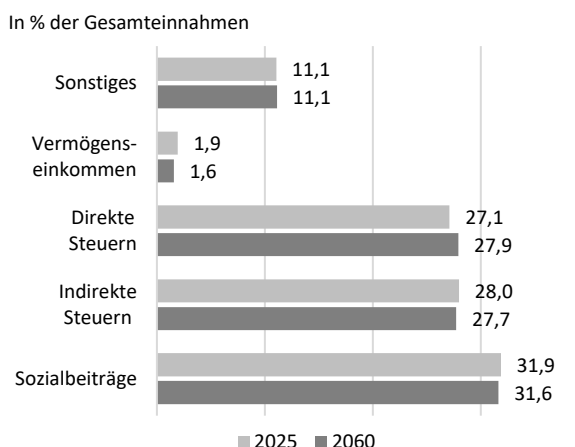
Tabelle 15: Einnahmen im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Sozialbeiträge	16,0	16,2	16,1	16,2	16,2	16,2	-0,1	+0,1	-0,0
Indirekte Steuern	13,7	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	-0,0	0,0	-0,0
Direkte Steuern	14,0	13,8	14,1	14,3	14,3	14,3	+0,4	+0,1	+0,5
Vermögenseinkommen	1,1	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	-0,2	-0,0	-0,2
Sonstiges	5,7	5,6	5,7	5,7	5,7	5,7	+0,1	-0,0	+0,1
Summe	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,2	+0,3

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Der Großteil der Einnahmen entfällt auf **Sozialbeiträge** (31,9% im Jahr 2025), **indirekte Steuern** (28,0%), **direkte Steuern** (27,1%) und **Vermögenseinkommen** (1,9%). Diese Kategorien werden nachfolgend näher dargestellt. Die **sonstigen Einnahmen** (11,1%) werden pauschal mit der Wachstumsrate des nominellen BIP fortgeschrieben.

Abbildung 18: Gesamtstaatliche Einnahmen 2025



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Die **Sozialbeiträge** umfassen die Pflichtbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen, insbesondere zur Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung sowie zur Arbeitslosenversicherung. Als Beitragsgrundlagen dienen 37,45% der Lohn- und Gehaltssumme, 30,45% des Einkommens von Selbständigen sowie 6,0% der Pensionseinkommen. Im Jahr 2025 belaufen sich die Sozialbeiträge auf 16,2% des BIP. Sie verharren – abgesehen von geringfügigen Schwankungen – bis 2060 auf diesem Niveau.

Zu den **indirekten Steuern** zählen die Umsatzsteuer sowie verschiedene Mengensteuern (ua. Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Energieabgabe). Die Bezeichnung indirekte Steuern ergibt sich daraus, dass die Unternehmen die Steuer formal an den Staat abführen, die wirtschaftliche Belastung aber über höhere Preise letztlich von den Konsumentinnen und Konsumenten getragen wird. Bemessungsgrundlage ist die gesamte wirtschaftliche

Wertschöpfung, also das nominelle BIP. Das Aufkommen beträgt 2025 14,2% des BIP und bleibt über den Prognosezeitraum nahezu konstant.

Die **direkten Steuern** umfassen die Lohn-, Einkommen- und Kapitalertragsteuer der privaten Haushalte sowie die Körperschaftsteuer der Unternehmen. Das Aufkommen aus Haushaltssteuern wächst entsprechend den gewichteten Wachstumsraten von Löhnen und Gehältern, Selbständigeneinkommen und Pensionseinkommen. Die Unternehmenssteuern folgen der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Nettobetriebsüberschusses. Insgesamt belaufen sich die direkten Steuern 2025 auf 13,8% des BIP und steigen bis 2060 moderat auf 14,3% des BIP.

Die **Vermögenseinkommen** machen nur einen kleinen Teil der Staatseinnahmen aus. Sie umfassen Zinsen, Dividenden, Gewinnentnahmen sowie Pachteinkommen des Staates. Zur Projektion werden sie näherungsweise mit der Wachstumsrate des nominellen BIP fortgeschrieben.

3.6. Maastricht-Saldo und Schuldenquote

Die langfristige Entwicklung des gesamtstaatlichen **Maastricht-Saldos** ergibt sich aus den im Basisszenario projizierten Pfaden der Einnahmen- und Ausgabenquote. Während die Einnahmenquote über den gesamten Prognosezeitraum stabil verläuft – sie steigt lediglich von 50,8% des BIP im Jahr 2025 auf 51,1% im Jahr 2060 –, zeigt die Ausgabenquote einen deutlich ausgeprägteren Verlauf. Sie sinkt zunächst von 55,4% im Jahr 2025 auf 54,2% im Jahr 2030, steigt jedoch ab den frühen 2030er-Jahren kontinuierlich an und erreicht 58,6% im Jahr 2060.

Tabelle 16: Fiskalische Eckwerte im Basisszenario

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,8	57,1	58,6	-1,2	+4,4	+3,2
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,2	+0,3
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-4,7	-6,0	-7,4	+1,3	-4,2	-2,9
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-1,4	-1,8	-2,2	+1,9	-1,3	+0,7
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,2	-5,2	-0,6	-3,0	-3,6
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5

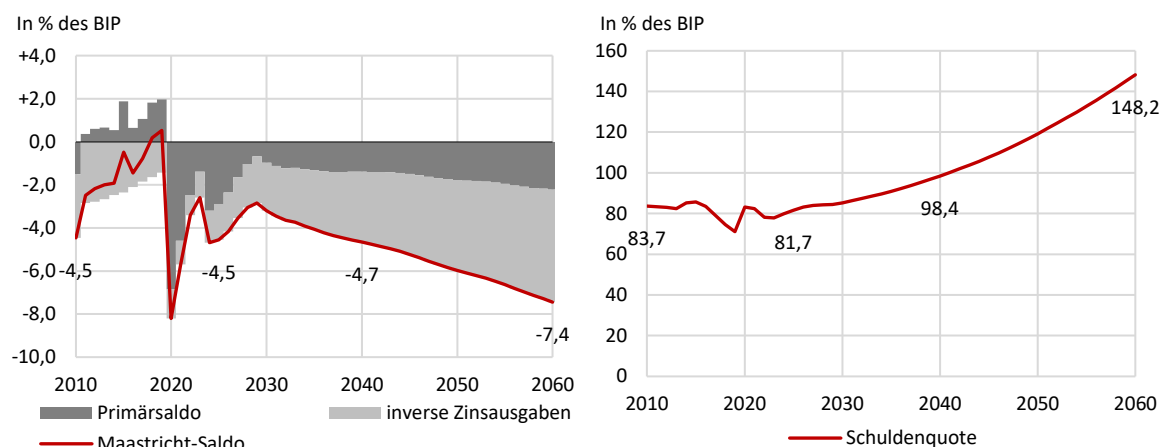
Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Aus der Differenz der beiden Quoten ergibt sich zunächst eine Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis zum Ende der 2020er-Jahre, gefolgt von einer graduellen Verschlechterung im weiteren Zeitverlauf: Der Maastricht-Saldo verbessert sich

von -4,5% des BIP im Jahr 2025 auf -2,8% im Jahr 2029, bevor er sich bis 2060 auf -7,4% des BIP verschlechtert.

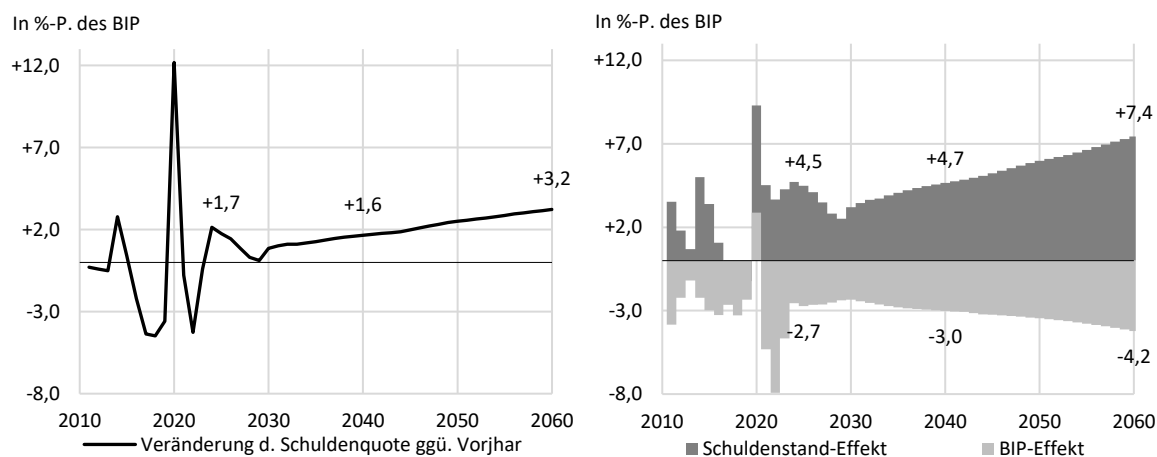
Die Verbesserung des Maastricht-Saldos im Zeitraum 2025-2029 ist im Wesentlichen auf die im aktuellen finanzpolitischen Rahmen verankerten Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen. Diese führen zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte. Ab den 2030er-Jahren kehrt sich dieser Trend jedoch wieder um: Die fortschreitende Alterung der Bevölkerung erhöht die Ausgaben insbesondere für Pensionen, Gesundheit und Pflege. Zudem gewinnt die Zinsdynamik über die Zeit an Bedeutung. Dadurch verschlechtert sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im weiteren Verlauf kontinuierlich.

Abbildung 19: Entwicklung Maastricht-Saldo und Schuldenquote



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 20: Veränderung der Schuldenquote



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Die **Schuldenquote** steigt im Basisszenario von 81,7% des BIP im Jahr 2025 auf 148,2% des BIP im Jahr 2060. Der Anstieg ist auf zwei zentrale Faktoren zurückzuführen:

Erstens verbleibt der Primärsaldo, also der Saldo vor Zinszahlungen, über den gesamten Prognosezeitraum durchwegs im negativen Bereich, was zu einem fortgesetzten Schuldenaufbau führt.

Zweitens liegt das nominale Wirtschaftswachstum im langfristigen Verlauf unter dem effektiven Zinssatz, sodass das Zins-Wachstums-Differential die Schuldenquote zusätzlich nach oben treibt.

Die **Maastricht-Kriterien** der Europäischen Union – ein Maastricht-Saldo unter 3% sowie eine Schuldenquote unter 60% des BIP – werden aufgrund der No-Policy-Change-Annahme im Prognosezeitraum in nahezu allen Jahren verfehlt. Zwar unterschreitet das gesamtstaatliche Defizit in den Jahren 2028 und 2029 vorübergehend die 3%-Marke, ab 2030 steigt es jedoch wieder über die Schwelle und entfernt sich im weiteren Verlauf zunehmend davon. Gleichzeitig liegt die Schuldenquote durchgehend deutlich über 60%.

Das liegt daran, dass für die Jahre nach 2029 noch keine Konsolidierungsmaßnahmen definiert sind, wie sie der mit der EU vereinbarte Fiskalstrukturplan vorsehen würde. In Kapitel 4.2 wird dargestellt, wie sich das Budget entwickelt, wenn Österreich den vereinbarten sieben-jährigen Anpassungspfad erfüllt.

4. Alternativszenarien

Eine langfristige Prognose der öffentlichen Finanzen beruht auf verschiedensten Einzelprognosen und Annahmen. Die langfristige Budgetprognose 2025 basiert unter anderem auf der Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria, der Erwerbsprognose von Horvath et al. (2024), Annahmen zur Entwicklung von Arbeitslosenquote und Teilzeit, Annahmen zum Gesamtproduktivitätswachstum (Kaniovski et al., 2024) inklusive klimawandelbedingter Wachstumseinbußen (Parrado et al., 2021, Van der Wijst et al., 2021). Viele dieser Einzelprognosen sind naturgemäß mit Unsicherheit behaftet, somit auch das Basisszenario der langfristigen Prognose der öffentlichen Finanzen.

Um die Sensitivität der Ergebnisse des Basisszenarios, insbesondere mit Hinblick auf die Hauptindikatoren, auf unterschiedliche Annahmen zu ermitteln, wurden Alternativszenarien berechnet. Diese lassen sich in Policy-Szenarien und Risiko-/Chancen-Szenarien unterteilen.

Tabelle 17: Überblick Alternativszenarien

In % des BIP	Institut	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Policy-Szenarien										
Ohne Konsolidierung	BMF	79,9	83,0	98,1	140,5	194,5	259,3	+15,1	+161,2	+176,4
Basisszenario	WIFO	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5
7-jähriger Anpassungspfad	BMF	79,9	81,7	84,4	81,1	82,8	91,1	+2,7	+6,7	+9,4
Klima-Aktivitätsszenario	UBA	79,9	81,7	85,2	97,1	116,1	142,2	+3,5	+57,1	+60,6
Risiko-/Chancen-Szenarien										
Ungünstiges Zinsszenario	BMF	79,9	81,7	85,2	105,2	139,2	184,8	+3,6	+99,6	+103,2
Günstiges Zinsszenario	BMF	79,9	81,7	85,2	92,0	101,9	119,0	+3,6	+33,7	+37,3
Geringeres Produktivitätswachstum	WIFO	79,9	81,7	85,2	104,5	136,1	179,6	+3,6	+94,4	+98,0
Höheres Produktivitätswachstum	WIFO	79,9	81,7	85,2	92,5	102,8	118,2	+3,6	+33,0	+36,5
Geringere Migration	WIFO	79,9	81,7	85,2	103,0	133,3	179,5	+3,6	+94,3	+97,9
Höhere Lebenserwartung	WIFO	79,9	81,7	85,2	99,4	122,5	159,1	+3,6	+73,9	+77,5

Quelle: WIFO (2025), Umweltbundesamt (2025), BMF

Folgende **Policy-Szenarien** wurden im Rahmen der vorliegenden Langfristprognose 2025 simuliert:

1. Szenario ohne Konsolidierung (BMF)
2. Szenario Umsetzung siebenjähriger Anpassungspfad (BMF)
3. Aktivitätsszenario im Klimabereich (Umweltbundesamt, 2025)

Zusätzlich wurden **Risiko-/Chancen-Szenarien** und ein **Zinsszenario** berechnet:

1. Zinssensitivität (BMF)
2. Geringeres Produktivitätswachstum
3. Höheres Produktivitätswachstum
4. Geringere Migration nach Österreich
5. Höhere Lebenserwartung

4.1. Keine Konsolidierung

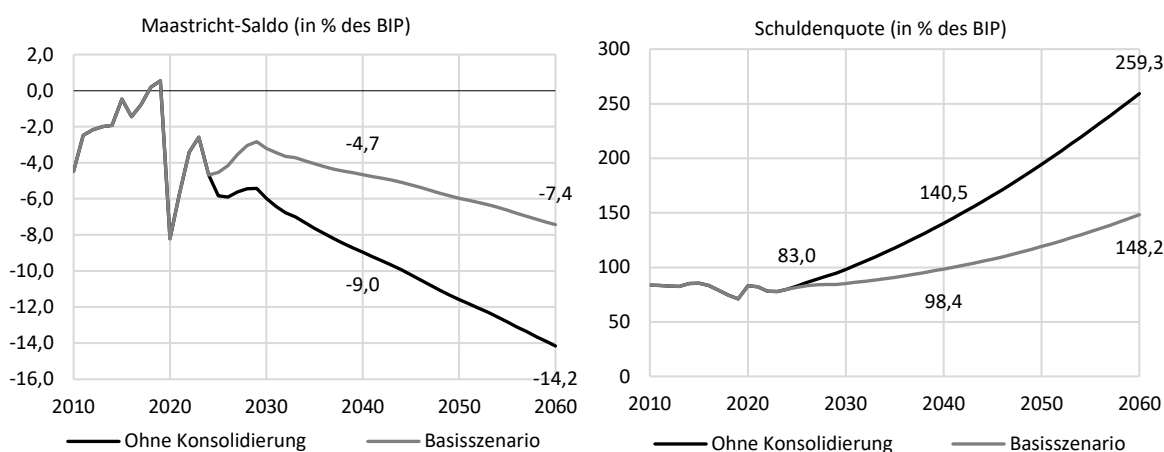
Mit dem Budget 2025/2026 und dem Finanzrahmen 2025-2029 hat die Bundesregierung ein umfassendes Konsolidierungspaket beschlossen, das den Maastricht-Saldo im Prognosezeitraum merklich verbessert. Das in diesem Kapitel dargestellte Alternativszenario analysiert die langfristige Entwicklung der öffentlichen Verschuldung unter der Annahme, dass diese Konsolidierungsmaßnahmen nicht gesetzt worden wären.

Tabelle 18: Keine Konsolidierung – Fiskalische Eckwerte

In % des BIP	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Maastricht-Saldo	-4,7	-5,8	-5,9	-5,6	-5,4	-5,4	-6,0	-9,0	-11,6	-14,2	-0,1	-8,2	-8,3
Primärsaldo	-3,2	-4,2	-4,1	-3,7	-3,4	-3,2	-3,6	-3,9	-4,2	-4,6	+0,6	-1,0	-0,4
Zinsen	-1,5	-1,7	-1,8	-1,9	-2,0	-2,2	-2,4	-5,1	-7,4	-9,6	-0,8	-7,2	-7,9
Schuldenquote	79,9	83,0	86,2	89,1	91,8	94,6	98,1	140,5	194,5	259,3	+15,1	+161,2	+176,4
<i>Δ Basisszenario in %P</i>		+1,3	+3,0	+4,9	+6,9	+9,0	+11,2	+36,8	+67,9	+102,3			

Quelle: BMF auf Basis von WIFO (2025)

Abbildung 21: Vergleich Szenario „Keine Konsolidierung“ mit Basisszenario



Grundlage für dieses Szenario bildet die im Budget- und Strategiebericht 2025/2026 dargestellte Einschätzung, wonach der Maastricht-Saldo ohne Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2029 -5,4% des BIP betragen und damit 2,6

Prozentpunkte unter der aktuellen Erwartung von -2,8% des BIP liegen würde. Zusätzlich zur schlechteren Ausgangslage im Jahr 2029 berücksichtigt dieses Szenario auch die schlechtere Dynamik ab dem Jahr 2030 durch das Ausbleiben der Korridorpen­sionsreform, welche vom WIFO (2025) analysiert wurde.

Der Vergleich dieses Alternativszenarios mit dem Basisszenario zeigt den wesentlichen Beitrag des Konsolidierungspakets zur Begrenzung der langfristigen Verschuldungsdynamik. Im Basisszenario steigt die Schuldenquote von 85,0% des BIP im Jahr 2030 auf 148,2% des BIP im Jahr 2060. Ohne Konsolidierung würde die Verschuldungsdynamik erheblich früher und wesentlich stärker einsetzen: Bereits 2030 würde die Schuldenquote 98,1% des BIP erreichen und damit rund 12,9 Prozentpunkte über dem Basisszenario liegen. Bis 2060 würde sie auf 259,3% des BIP steigen und damit nahezu das Doppelte des Basisszenarios betragen.

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass die bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen die langfristige Schuldenentwicklung zwar nicht endgültig stabilisieren, jedoch eine substanzielle Verschärfung der fiskalischen Lage verhindern. Die Verbesserung des Primärsaldos dämpft die Zins-Schuldendynamik und trägt wesentlich dazu bei, die Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen deutlich zu reduzieren.

Methodische Anmerkung: Dieses Alternativszenario wurde vom BMF berechnet. Es basiert auf der vereinfachenden Annahme, dass innerhalb der Konsolidierungsmaßnahmen ausschließlich die Korridorpen­sionsreform die Dynamik der Primärausgaben beeinflusst, während alle übrigen Maßnahmen einen einmaligen Niveau-Effekt auf die Primärausgaben entfalten. Die zugrunde gelegte Zins- und Schuldendynamik entspricht jener von WIFO (2025).

4.2. Siebenjähriger Anpassungspfad

Die gemeinsamen fiskalpolitischen Regeln der Europäischen Union – zusammengefasst auch Stabilitäts- und Wachstumspakt genannt – sind ein Grundpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion. Ziel dieses Pakts ist die Sicherstellung der fiskalischen Stabilität durch gemeinsame Regeln für Haushaltsdefizit und Schulden. Mitgliedstaaten mit einer Schuldenquote über 60% oder einem Defizit über 3% des BIP erhalten einen Referenzpfad, der das öffentliche Defizit reduziert und die mittelfristige Schuldentragfähigkeit sicherstellt. Der budgetäre Anpassungszeitraum für den Referenzpfad beträgt regulär vier

Jahre, kann aber bei Vorlage eines umfassenden Reform- und Investitionspakets auf sieben Jahre verlängert werden.

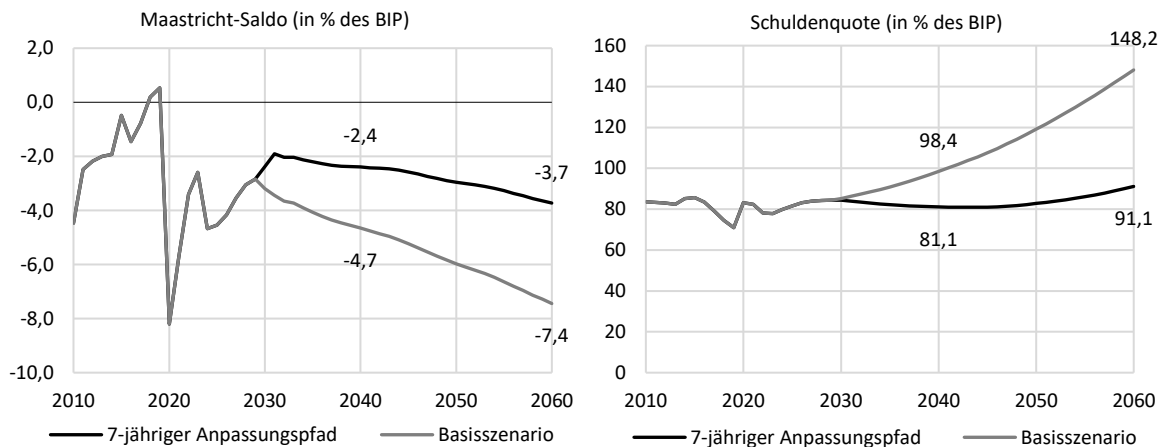
Österreich hat ein entsprechendes Paket vorgelegt und dadurch die Möglichkeit eines siebenjährigen Anpassungszeitraums in Anspruch genommen. Deshalb sieht der Referenzpfad auch Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2030 und 2031 vor. Da diese Jahre über die aktuelle Legislaturperiode hinausreichen und bislang keine konkreten Maßnahmen vorliegen, die im Basisszenario berücksichtigt werden könnten, endet die im Basisszenario unterstellte Konsolidierung mit dem Jahr 2029. Entsprechend zeigt das Basisszenario keinen Rückgang der Schuldenquote.¹⁶

Tabelle 19: Siebenjähriger Anpassungspfad – Fiskalische Eckwerte

In % des BIP	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-4,2	-3,5	-3,0	-2,8	-2,4	-1,9	-2,4	-3,0	-3,7	+2,2	-1,3	+0,8
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-2,4	-1,6	-1,0	-0,7	-0,2	0,3	0,1	-0,3	-0,8	+2,7	-0,6	+2,1
Zinsen	-1,5	-1,7	-1,8	-1,9	-2,0	-2,2	-2,2	-2,2	-2,4	-2,6	-3,0	-0,5	-0,7	-1,3
Schuldenquote	79,9	81,7	83,1	84,0	84,3	84,4	84,4	83,9	81,1	82,8	91,1	+2,7	+6,7	+9,4
<i>Δ Basisszenario in %P</i>						0,0	-0,8	-2,3	-17,3	-36,4	-57,1			

Quelle: BMF auf Basis von WIFO (2025)

Abbildung 22: Vergleich Szenario „Siebenjähriger Anpassungspfad“ mit Basisszenario



Das vorliegende Alternativszenario untersucht die Auswirkungen zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen in den Jahren 2030 und 2031 auf die langfristige Entwicklung des Defizits und der Schuldenquote. Der Referenzpfad sieht für Österreich in beiden Jahren eine Verbesserung des Primärsaldos um jeweils 0,5% des BIP gegenüber dem

¹⁶ Neben den fehlenden Anpassungen in den Jahren 2030 und 2031 tragen auch methodische Unterschiede zur Schuldentragfähigkeitsanalyse der Europäischen Kommission dazu bei, dass der langfristige Pfad der Schuldenquote in diesem Alternativszenario vom im österreichischen Fiskalstrukturplan 2025–2029 dargestellten Pfad abweicht.

Vorjahr vor. Werden diese Vorgaben erfüllt, verbessert sich der Primärsaldo von -0,7% im Jahr 2029 auf +0,3% im Jahr 2031 und liegt damit in jedem nachfolgenden Jahr um rund 1,4 Prozentpunkte über dem Primärsaldo des Basisszenarios.

Die Auswirkungen dieser zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen sind erheblich. Während im Basisszenario ein deutlicher Anstieg der Schuldenquote zu beobachten ist, stabilisiert sie sich im Alternativszenario und sinkt bis 2044 moderat auf 80,9%. In der Folge steigt sie – bedingt durch die demografisch getriebenen Ausgabendynamiken – wieder an und übersteigt 2053 mit 84,6% erstmals das Niveau von 2030 (84,4%). Bis zum Ende des Prognosehorizonts erhöht sich die Schuldenquote zwar auf 91,1%, bleibt jedoch weit unter dem im Basisszenario prognostizierten Niveau von 148,2%.

Die Ergebnisse dieses Alternativszenarios verdeutlichen, dass der Zeitpunkt fiskalischer Konsolidierung entscheidend für ihre langfristige Wirksamkeit ist. Obwohl die zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen mit insgesamt 1% des BIP im Zeitraum 2030–2031 im Vergleich zu der bereits beschlossenen Primärsaldoverbesserung von 2,5% des BIP bis 2029 moderat ausfallen, wirken sie stark auf die langfristige Schuldenentwicklung. Durch eine Fortsetzung der Konsolidierung wird die Schuldenquote nachhaltig stabilisiert.

Methodische Anmerkung: Dieses Alternativszenario wurde vom BMF berechnet. Es basiert auf der vereinfachenden Annahme, dass zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen ausschließlich einen einmaligen Niveau-Effekt auf die Primärausgaben entfalten und nicht deren Dynamik beeinflussen. Die zugrunde gelegte Zins- und Schuldendynamik entspricht jener von WIFO (2025).

4.3. Aktivitätsszenario im Klimabereich

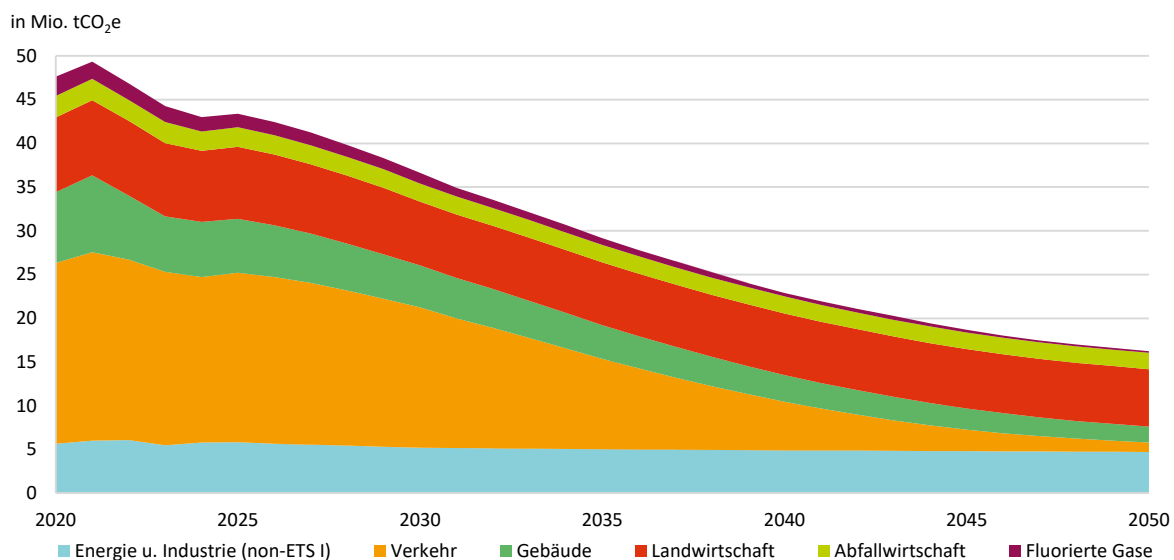
Annahmen des Aktivitätsszenarios

Nachfolgend werden die wichtigsten Annahmen im Aktivitätsszenario im Vergleich zum Basisszenario dargestellt. Die wichtigsten Annahmen des Basisszenarios finden sich in Kapitel 2.3, eine detaillierte Übersicht der Annahmen befindet sich in Tabelle 31 im Anhang.

Das Aktivitätsszenario der Langfristigen Budgetprognose 2025 baut auf dem Basisszenario 2025 auf.¹⁷ Wesentliche Grundlage für das Aktivitätsszenario stellen die Maßnahmen des Regierungsprogramms 2025 dar,¹⁸ wie etwa die Umsetzung der REDIII Richtlinie, die Umsetzung zusätzlicher Energiegesetze wie dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz und dem Erneuerbaren-Gase-Gesetz, einer Anpassung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. Zusätzlich wurden Änderungen im Wohnrecht, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Gebäuderichtlinie sowie die Ökologisierung von Förderungen und kontraproduktiven Anreizen und Subventionen, wobei deren (tlw. unterstützend wirkenden) Effekte im MIO-ES Modell bestmöglich implementiert wurden. Darüber hinaus wurden ab 2030 einige gezielte weiterführende Maßnahmen ordnungspolitischer sowie förderpolitischer Natur modelliert. Diese beinhalten ua. wahrscheinliche Entwicklungen auf EU-Ebene, ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Netze, verstärkte Investitionen in Zukunftstechnologien (Geothermie, Wasserstoff), gezielte Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, aktive Mobilität sowie weitere Aktivitäten im Bereich Klimawandelanpassung.

THG-Emissionen im Aktivitätsszenario

Abbildung 23: Entwicklung der THG-Emissionen im Aktivitätsszenario (ESR-Emissionen)



Quelle: Umweltbundesamt (2025a), eigene Darstellung.

¹⁷ Das Aktivitätsszenario 2025 kann nicht mit dem Aktivitätsszenario der langfristigen Budgetprognose 2022 verglichen werden, da diesem andere Fragestellungen und Annahmen zu Grunde liegen.

¹⁸ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:8d78b028-70ba-4f60-a96e-2fca7324fd03/Regierungsprogramm_2025-2029.pdf

Nachfolgend wird die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Österreich bis 2050 im Aktivitätsszenario der langfristigen Budgetprognose 2025 diskutiert.

In Abbildung 23 werden die THG-Emissionen im Aktivitätsszenario aufgeteilt nach ESR-Sektoren für den Zeitraum 2020 bis 2050 dargestellt. Im Projektionszeitraum 2025 bis 2050 sinken diese gesamthaft um rund 63%.

Emissionsreduktionen im Verkehrssektor werden speziell durch die CO₂-Bepreisung, europäische Vorgaben zu CO₂ Standards (EU-VO 2023/851), die Umsetzung der REDIII (EU-RL 2023/2413) sowie durch einen verstärkten Trend zur Elektrifizierung der Flotten, aber auch eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ausgelöst. Daraus abgeleitet ergibt sich eine Reduktion der THG-Emissionen in diesem Sektor um rund 94% im Jahr 2050 gegenüber 2025. Emissionen im Gebäudebereich können durch Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie, Anreize für thermische Sanierung und Heizungstausch sowie durch Gebote zur Sanierung gemäß Projektion im selben Zeitraum um rund 71% reduziert werden. Im Bereich Energie und Industrie sowie durch weiteren Ausbau erneuerbarer Energien (außerhalb des EU-ETS I) können die Emissionen über die 25-Jahr Periode um rund 19% gesenkt werden. Die Ergebnisse in den Sektoren Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und fluoridierte Gase entsprechen – analog zu den Annahmen und Maßnahmen – denen des Basisszenarios.

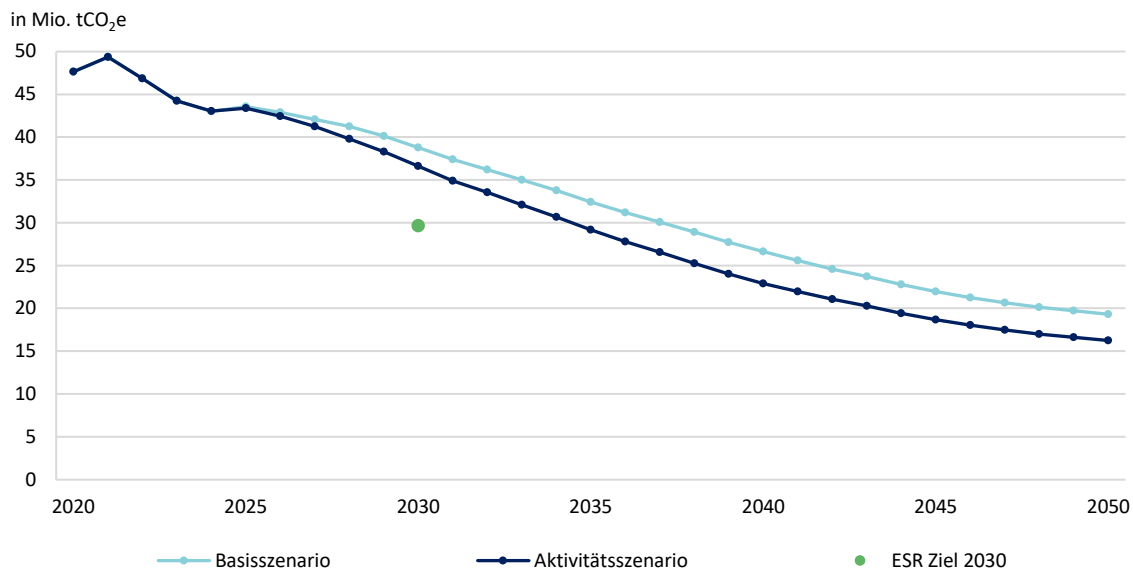
Im Aktivitätsszenario nähern sich die erreichten Emissionsminderungen dem ESR-Reduktionsziel an. Die Reduktion im Jahr 2030 gegenüber 2005 liegt im Aktivitätsszenario bei etwa 36,4%. Im Jahr 2030 ergibt sich ein Abstand von 7,0 Mio. Tonnen CO₂e zum ESR-Ziel. Über die gesamte Zeitreihe 2021 bis 2030 ergibt sich, ohne Berücksichtigung aller möglichen Flexibilitäten, eine kumulierte Lücke von rund 24,5 Mio. Tonnen CO₂e und mit Berücksichtigung der ETS- Flexibilität eine Lücke von rund 13,1 Mio. Tonnen CO₂e im Basisszenario.

Vergleich des Basis- mit dem Aktivitätsszenario

Aufbauend auf den Maßnahmen des Basisszenarios wird sichtbar, dass mit einigen gezielten THG-mindernden Maßnahmen, ua., dem Ausbau erneuerbarer Energien, der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien, Aktivitäten im Verkehrs- und Gebäudebereich, die THG-Emissionen weiter reduziert werden können. Die Unterschiede zwischen den beiden Szenarien ergeben sich vor allem ab den 2030er Jahren, in denen die abweichenden Annahmen und Maßnahmen ihre Wirkung entfalten.

In Abbildung 24 wird ein Vergleich der beiden aggregierten Szenarien für den ESR-Bereich gezeigt. Trotz vieler umgesetzter Maßnahmen zur THG-Reduktion reichen diese nicht aus, um die Zielerreichung im Jahr 2030 sicher stellen zu können.

Abbildung 24: Vergleich der beiden Szenarien (ESR-Sektoren) und dem ESR-Ziel



Quelle: Umweltbundesamt (2025a), eigene Darstellung.

Klimabedingte Ausgaben

Im Rahmen des Aktivitätsszenarios wurden klima- und umweltrelevante Ausgaben¹⁹, also Ausgaben für Klimawandelanpassung (Hochwasserschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung, etc.) sowie Treibhausgasemissionsreduktion (verschiedene Förderungen für Heizungstausch, E-Mobilität sowie Verkehrsinvestitionen, etc.) grundsätzlich auf Basis der derzeitigen Planungen auf Basis der geplanten Ausgaben im Jahr 2029 (gem. Planung im BFRG 2026 – 2029) auf Basis der Zielinflation von 2% fortgeschrieben. Zusätzlich wurden nach dem derzeit gültigen BFRG-Zeitraum zielgerichtete Zusatzinvestitionen in den Bereichen Klimawandelanpassung, Transformationstechnologien (wie etwa Geothermie oder Wasserstoff), öffentliche Verkehrsinfrastruktur, aktive Mobilität und schnellerer Ausbau erneuerbarer Elektrizitätskapazitäten modelliert.

¹⁹ Siehe Green Budgeting Bericht für weitere Informationen zu derzeitigen klima- und umweltrelevanten Ausgaben: https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/budgetbeilage_klima--und_umweltschutz.html

Gemäß den modellierten Projektionen im Aktivitätsszenario muss Österreich gleichermaßen wie im Basisszenario ab 2028 und in allen Jahren bis 2050 eine Zielerreichung durch den Transfer von Emissionszertifikaten (Annual Emission Allocations, AEA) herstellen, jedoch in geringerem Ausmaß.

Im Aktivitätsszenario summieren sich die Kosten aller budgetwirksamen Zielerreichungszahlungen für die Jahre 2021 – 2030 auf ca. 1,58 Mrd. €. Die bereits in der Einnahmenschätzung beachtete Nutzung der ETS-Flexibilität seit 2021 reduziert über die Dekade Einnahmen um weitere 1,15 Mrd. €, wobei die leicht höhere Belastung im Vergleich zum Basisszenario hauptsächlich durch Verschiebungseffekte bedingt ist. Statt dem Jahr 2031 im Basisszenario (WEM-Sicht) sind bei Betrachtung des Aktivitätsszenarios (WAM-Sicht) noch bis zum Jahr 2039 EU-weit genügend Emissionszertifikate verfügbar, um eine Gesamtzielerreichung zu ermöglichen. Diese längere Verfügbarkeit schlägt sich in niedrigeren Preisen für Emissionszertifikate nieder, wodurch die Kosten für Zielerreichungszahlungen für die Periode 2031-2040 um etwa 7 Mrd. € unter jenen des Basisszenarios liegt. Ab 2039 gleicht sich diese Preisdifferenz jedoch aus, wodurch in den Jahren 2041-2050 nur noch die bessere Treibhausgasbilanz Österreichs im Aktivitätsszenario die Kosten in der Zehnjahresperiode um ca. 11 Mrd. € reduziert.

Gesamthaft zeigt diese Bilanz, dass die gesamteuropäische Verfügbarkeit von Zertifikaten eine signifikante Rolle spielen wird – je niedriger jedoch die österreichischen Emissionen sind, umso niedriger stellt sich dieses Risiko jedoch fiskalisch dar. Gepaart mit den positiven makroökonomischen und fiskalischen Effekten (siehe nächstes Kapitel 0) sind die relativen Belastungen durch verstärkte Bemühungen zur Emissionsreduktion bzw. zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit signifikant geringer, wodurch das klimabedingte Budgetrisiko deutlich reduziert werden kann.

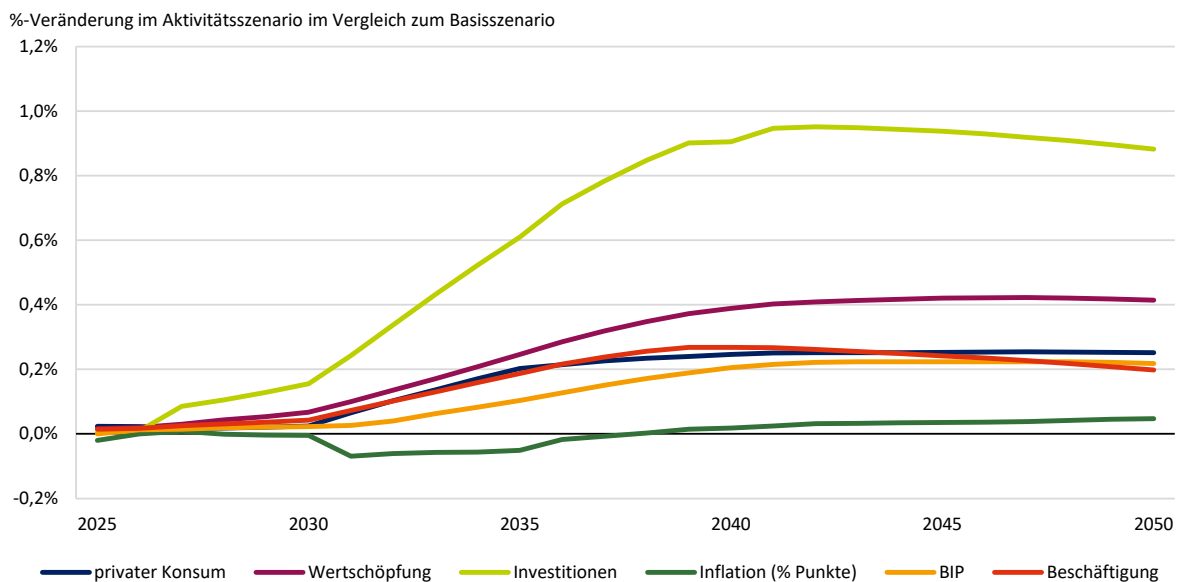
Makroökonomische und fiskalische Effekte

Die zusätzlichen Maßnahmen der Klimapolitik im Aktivitätsszenario lösen in Summe zusätzliche Investitionen aus und zeigen positive wirtschaftliche Effekte auf. Insgesamt wächst die Wirtschaft im Aktivitätsszenario jährlich und kumuliert geringfügig stärker als im Basisszenario. Das zusätzliche BIP-Wachstum (Wertschöpfung) im Aktivitätsszenario beträgt im Jahr 2050 0,21% und wird speziell durch ansteigende Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen verursacht. Das Investitionsniveau im Aktivitätsszenario liegt ab Ende der 2030er Jahre etwa 1% über dem Level der Investitionen im Basisszenario. Durch diese Investitionen steigt im MIO-ES Modell des Umweltbundesamts ebenso die

Beschäftigung geringfügig um 0,2% am Ende des Analysezeitraums und sinkt die Arbeitslosenrate um bis zu 0,27 Prozentpunkte im Jahr 2041 (0,2 Prozentpunkte in 2050).

Durch einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energieträger sinkt der Strompreis im Vergleich zum Basisszenario und reduziert die jährliche Inflation um bis zu 0,07 Prozentpunkte. Der kumulierte Unterschied der VPI-Preissteigerungen beträgt bis zu 0,34 Prozentpunkte im Jahr 2037 und gleicht sich anschließend bis 2050 wieder ans Basisszenario an. Diese Entwicklung basiert auf Strompreisreduktionen durch den weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger, die ab 2035 auf einem konstanten Level weitergeführt werden, wodurch im weiteren Verlauf die Nachfrageeffekte der Zusatzinvestitionen die Preisreduktionseffekte kompensieren.

Abbildung 25: Makroökonomische Effekte im Aktivitätsszenario



Quelle: Umweltbundesamt (2025a), eigene Darstellung.

Fiskalische Effekte bis 2050

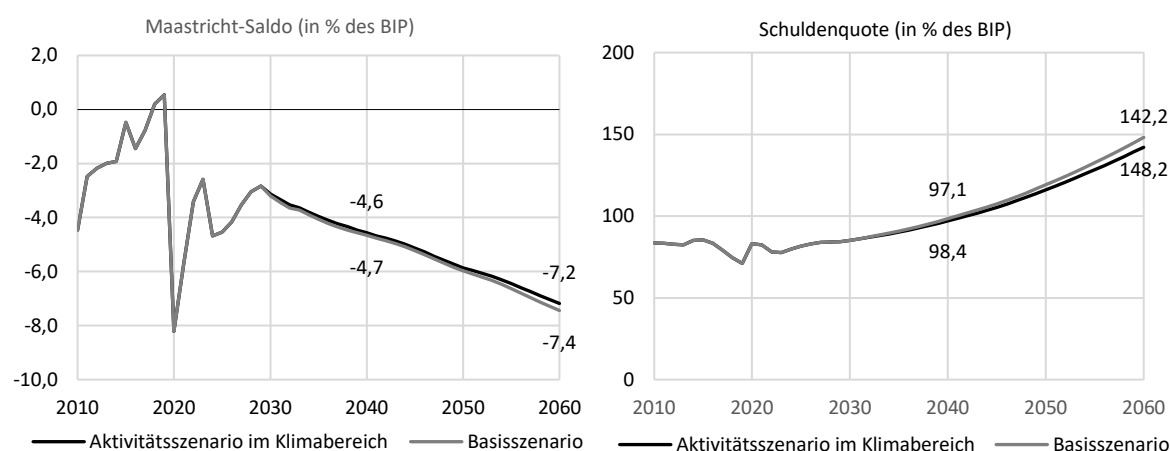
Sowohl das höhere Wirtschaftswachstum als auch die geringere Inflationsrate im Aktivitätsszenario haben Auswirkungen auf die Fiskalprognose. Die Einnahmen nehmen dem höheren Wachstum folgend stärker als im Basisszenario zu, bleiben relativ zum BIP jedoch unverändert. Die Ausgaben steigen im Aktivitätsszenario stärker als im Basisszenario, vor allem durch höhere Klimainvestitionen sowie intensiverer finanzieller Förderung privater Maßnahmen. Dies zeigt sich in Tabelle 20 in höheren sonstigen Ausgaben, die im Zeitraum 2030-2060 0,1% des BIP²⁰ über jenen des Basisszenario liegen.

²⁰ Bei Betrachtung des Zeitraums ab 2031 um durchschnittlich 0,2% des BIP.

Im Gegenzug sind die Klima-Zielerreichungskosten jedoch um durchschnittlich 0,1% des BIP niedriger.

Bei den demografieabhängigen Ausgaben kommt es infolge des höheren Wachstums insbesondere bei den Pensionsausgaben zu einem verzögerten stärkeren Anstieg der nominellen Pensionsausgaben (vorrangig auf Neupensionen). Im Ergebnis steigen die nominellen Pensionsausgaben langsamer als das nominelle BIP, womit die Pensionsausgaben 2060 mit 15,4% des BIP um 0,4 Prozentpunkte unter jenen des Basisszenarios liegen.

Abbildung 26: Vergleich Szenario „Aktivitätsszenario“ mit Basisszenario



In Summe ist der Primärsaldo im Aktivitätsszenario ab 2030 durchgehend geringfügig besser als im Basisszenario, durchschnittlich um 0,1 Prozentpunkte des BIP. Der geringe Unterschied bewirkt jedoch kaum niedrigere Zinsausgaben, sodass auch der Maastricht-Saldo um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkte des BIP besser ist als im Basisszenario. Die fiskalische Prognose des Aktivitätsszenarios für den Zeitraum bis 2050²¹ zeigt, dass die Schuldenquote im Jahr 2050 mit 116,1% des BIP niedriger ist als die Schuldenquote im Basisszenario mit 119,2% des BIP, siehe untenstehende Abbildungen. Die Maastricht-Salden der beiden Szenarien zeigen eine ähnliche Entwicklung. Im Jahr 2050 steht der Maastricht-Saldo des Aktivitätsszenarios bei -5,9% des BIP, leicht niedriger als der Saldo im Basisszenario von -6,0% des BIP.

Bei Fortschreibung der Entwicklungen ab dem Jahr 2051 bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 wird mit -7,2% des BIP ein um 0,3 Prozentpunkte geringeres Maastricht-Defizit prognostiziert. Deutlicher sind die positiven fiskalischen Auswirkungen

²¹ In dieser Darstellung wird das Jahr 2050 als Vergleichsjahr verwendet, da das MIO-ES Modell nur bis zum Jahr 2050 kalibriert ist.

bei der Schuldenquote zu erkennen, die mit 142,2% des BIP 2060 um 5,9 Prozentpunkte unter jener im Basisszenario liegt.

Generell zeigt das Aktivitätsszenario, dass produktivitätsfördernde öffentliche Klimainvestitionen bzw. die Förderung privater, investiver Klimaschutzmaßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben. Diese bedingen zwar höhere Ausgaben, haben aufgrund der zu erwartenden Wachstumseffekte langfristig positive Effekte auf den Staatshaushalt.

Tabelle 20: Übersicht über demographische und ökonomische Ergebnisse des Aktivitätsszenarios im DELTA Modell

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,1	55,6	56,9	58,2	-1,3	+4,2	+2,9
Pensionen	14,9	15,2	15,4	15,7	15,4	15,4	+0,2	-0,0	+0,2
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,1	9,3	+0,1	+1,1	+1,3
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,9	+0,1	+1,3	+1,4
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,3	-0,3
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2	+0,2	+0,0	+0,2
Zinsen	1,5	1,7	2,2	3,2	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,5
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,3	18,9	18,6	-2,3	-1,1	-3,4
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,1	51,1	51,1	+0,1	+0,1	+0,2
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,1	-4,6	-5,9	-7,2	+1,4	-4,0	-2,6
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-0,9	-1,3	-1,7	-2,0	+2,0	-1,1	+0,9
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,2	-4,2	-5,2	-0,6	-3,0	-3,5
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	97,1	116,1	142,2	+3,5	+57,1	+60,6
<i>Δ Basisszenario in %P</i>			-0,1	-1,3	-3,0	-5,9			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

4.4. Zinssensitivitätsszenario

Die Projektion im Basisszenario stützt sich auf eine Vielzahl von Annahmen zu grundlegenden makroökonomischen Parametern. Wie sich diese Parameter über die nächsten Jahrzehnte tatsächlich entwickeln werden, ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Ein Ziel der vorliegenden Analyse besteht daher darin, diese Unsicherheit sichtbar zu machen und die Bandbreite möglicher Entwicklungen zu quantifizieren.

Ein zentraler Einflussfaktor für die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist der durchschnittliche Jahreszinssatz auf Staatsschulden. Dieser Parameter wirkt direkt auf die staatlichen Zinsausgaben und indirekt über den Maastricht-Saldo auf die Entwicklung der Schuldenquote. Zugleich war die Zinssatzentwicklung in den vergangenen Jahren erheblichen Schwankungen unterworfen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der

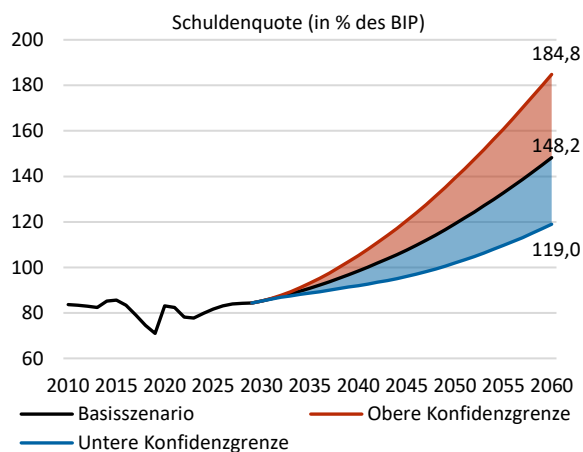
allgemeinen Prognoseunsicherheit ist die Analyse der Zinssensitivität von besonderer Bedeutung.

Tabelle 21: Zinssensitivitätsszenario – Fiskalische Eckwerte

	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Zinssatz auf Neuschulden	in %								
obere Konfidenzgrenze		2,5	4,5	5,7	5,6	5,5	+2,0	+1,0	+3,0
Δ Basisszenario		+0,0	+1,4	+2,3	+2,3	+2,3			
Basisszenario	2,8	2,5	3,1	3,4	3,3	3,2	+0,6	+0,1	+0,7
Δ Basisszenario		-0,0	-1,4	-2,3	-2,3	-2,3			
untere Konfidenzgrenze		2,5	1,6	1,1	0,9	0,9	-0,9	-0,7	-1,6
Zinsausgaben	in % d. BIP								
obere Konfidenzgrenze		1,7	2,2	4,6	6,5	8,5	+0,6	+6,3	+6,8
Δ Basisszenario		+0,0	+0,0	+1,3	+2,3	+3,3			
Basisszenario	1,5	1,7	2,2	3,3	4,2	5,2	+0,6	+3,0	+3,6
Δ Basisszenario		-0,0	-0,0	-1,2	-1,9	-2,5			
untere Konfidenzgrenze		1,7	2,2	2,0	2,3	2,7	+0,6	+0,5	+1,1
Schuldenquote	in % d. BIP								
obere Konfidenzgrenze		81,7	85,2	105,2	139,2	184,8	+3,6	+99,6	+103,2
Δ Basisszenario		+0,0	+0,0	+6,8	+20,1	+36,7			
Basisszenario	79,9	81,7	85,2	98,4	119,2	148,2	+3,6	+62,9	+66,5
Δ Basisszenario		-0,0	-0,0	-6,4	-17,2	-29,2			
untere Konfidenzgrenze		81,7	85,2	92,0	101,9	119,0	+3,6	+33,7	+37,3

Quelle: WIFO (2025; Basisszenario), BMF (Zinssensitivitätsanalyse)

Abbildung 27: Vergleich Szenario „Zinssensitivitätsszenario“ mit Basisszenario



Zur Abbildung alternativer Zinspfadentwicklungen wurden auf Basis der historischen Volatilität der jährlichen Durchschnittzinssätze insgesamt 100.000 Zinspfade für den Zeitraum 2030 bis 2060 simuliert. Für jeden dieser Pfade wurde anschließend die entsprechende Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben und der Schuldenquote berechnet. Die Simulation ist so gestaltet, dass der Zinssatz jeweils um den Zinspfad des Basisszenarios schwankt.

Die große Anzahl an Pfaden ermöglicht es, für jedes Jahr eine Verteilung möglicher Werte zu bestimmen. Daraus lassen sich Konfidenzbänder ableiten, die jene Entwicklungen abbilden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit (über 95%) auftreten. Die obere und untere Grenze des Bandes sind als negative bzw. positive Risikoszenarien interpretierbar; die Breite des Bandes spiegelt das Ausmaß der Prognoseunsicherheit wider.

Die Simulation startet im Jahr 2030. Bereits im ersten Jahr schwankt der Zinssatz um $\pm 1,4$ Prozentpunkte um den Basispfad. Bis 2036 weitet sich das Konfidenzband auf $\pm 2,3$ Prozentpunkte aus und verbleibt anschließend auf diesem Niveau.

Methodische Anmerkung: Dieses Alternativszenario wurde vom BMF berechnet.

Für die stochastische Entwicklung des Neuzinses wird ein AR(1)-Prozess verwendet, der Abweichungen wieder zum im Basisszenario vorgegebenen Pfad (i^{basis}) zurückführt:

$$i_t = i_t^{basis} + \varphi(i_{t-1} - i_{t-1}^{basis}) + \varepsilon_t$$

$$\varepsilon_t \sim N(0, \sigma^2)$$

Der Parameter φ bestimmt das Ausmaß der Abhängigkeit von der Vorperiode (Persistenz), während σ die Standardabweichung des zufälligen Störterms ε_t angibt. Beide Parameter wurden anhand historischer Daten geschätzt und betragen $\varphi = 0,78$ und $\sigma = 0,74$. Die zugrunde gelegte Zins- und Schuldendynamik entspricht jener von WIFO (2025).

Die Zinssatzvolatilität schlägt sich mit zunehmendem Zeithorizont deutlich in der Unsicherheit der Zinsausgaben und der Schuldenquote nieder. Bereits zur Mitte des Prognosezeitraums liegen die möglichen Werte spürbar auseinander: So ergeben sich im Jahr 2040 für die Schuldenquote Abweichungen vom Basisszenario im Bereich von +6,8 bis -6,4 Prozentpunkten, während die Zinsausgaben um +1,3 bis -1,2 Prozentpunkte variieren.

Bis 2050 wachsen diese Bandbreiten weiter und erreichen bei der Schuldenquote +20,1 bis -17,2 Prozentpunkte; bei den Zinsausgaben liegen die entsprechenden Abweichungen bei +2,3 bis -1,9 Prozentpunkten. Gegen Ende des Prognosehorizonts verstärken sich diese

Effekte nochmals deutlich: Im Jahr 2060 reicht die Spannbreite für die Schuldenquote von +36,7 bis -29,2 Prozentpunkten, während die Zinsausgaben um +3,3 bis -2,5 Prozentpunkte vom Basispfad abweichen können.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass schon vergleichsweise moderate Schwankungen des Zinssatzes über lange Zeiträume zu erheblichen fiskalischen Auswirkungen führen können. Insbesondere die Schuldenquote reagiert dabei stark auf kumulierte Zinsänderungen und eröffnet gegen Ende des Prognosezeitraums einen breiten Raum möglicher Ergebnisverläufe.

4.5. Geringeres Produktivitätswachstum

Im Basisszenario wird angenommen, dass die Gesamtproduktivität langfristig mit durchschnittlich 0,5% pro Jahr wächst. Diese Annahme folgt im Wesentlichen Kaniovski et al. (2024). Zusätzlich wird unterstellt, dass die Auswirkungen des Klimawandels zu Einbußen des Gesamtproduktivitätswachstum von durchschnittlich 0,05 Prozentpunkten pro Jahr führen.

Die historische Betrachtung offenbart, dass es speziell bei diesem Parameter eine sehr hohe Unsicherheit in Bezug auf die weitere Entwicklung gibt. Wie bereits in Abschnitt 0 beschrieben, belief sich das durchschnittliche Wachstum der Gesamtproduktivität in Österreich im Zeitraum 1976-2018 auf 0,45% pro Jahr, wobei sich vor allem die Krisenjahre 2020 und 2009 mit den starken BIP-Einbrüchen negativ auswirkten.²² Diese Unsicherheit kommt auch in einer hohen Standardabweichung von 1,9% über diesen Zeitraum 1995-2024 zum Ausdruck. Darüber hinaus gibt es auch in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der zukünftigen Bedeutung des technologischen Fortschritts.

In diesem Szenario wird eine pessimistische Sichtweise zum zukünftigen Beitrag des technologischen Fortschritts zum Gesamtproduktivitätswachstum eingenommen (vgl. Gordon, 2016). Demnach soll der technologische Fortschritt den Lebensstandard weiterhin verbessern bzw. verändern. Jedoch werden damit keine so signifikanten Effizienzgewinne einhergehen wie etwa durch die großen technischen Neuerungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein das Wirtschaftswachstum antrieben (Phänomen der „Secular

²² Exkludiert man diese beiden Krisenjahre belief sich das Durchschnittswachstum der Gesamtproduktivität im Zeitraum 1976-2021 auf 0,7% pro Jahr.

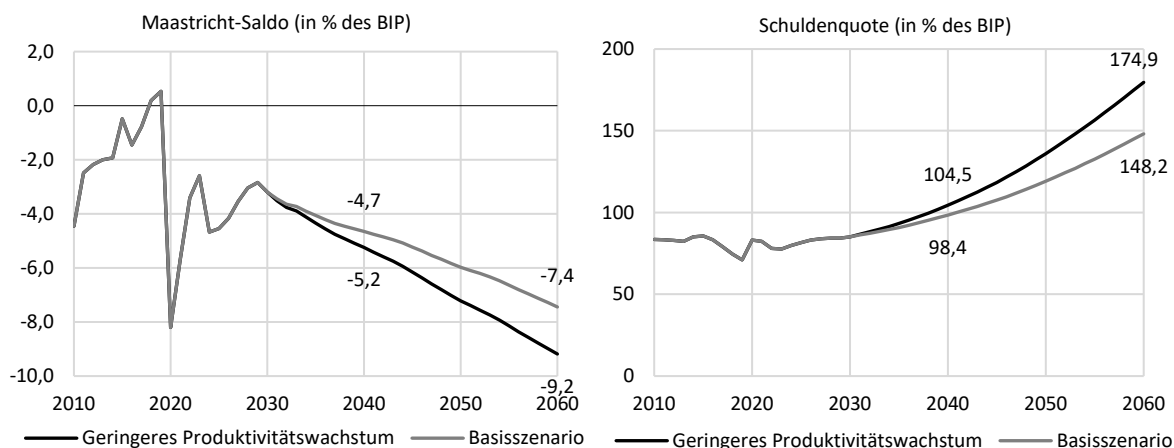
Stagnation“). Auch ist denkbar, dass vermehrte Krisen mit ausgeprägten und nachhaltigen BIP-Einbrüchen oder stärkere Produktivitätseinbußen durch den Klimawandel das durchschnittliche Wachstum der Gesamtproduktivität im Prognosezeitraum negativ beeinflussen.

Tabelle 22: Geringeres Produktivitätswachstum – Hauptergebnisse

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	56,5	58,5	60,5	-1,2	+6,4	+5,2
Pensionen	14,9	15,2	15,4	16,3	16,5	16,8	+0,2	+1,4	+1,6
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,4	+0,1	+1,3	+1,4
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,3	2,7	+0,1	+1,1	+1,2
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,2	5,3	-0,1	+0,1	-0,0
Familie	1,7	1,7	1,6	1,6	1,5	1,5	-0,1	-0,1	-0,2
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,4	0,5	0,4	+0,3	+0,1	+0,4
Zinsausgaben	1,5	1,7	2,2	3,2	4,4	5,8	+0,6	+3,6	+4,1
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,2	18,8	18,6	-2,3	-1,0	-3,3
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,2	51,3	51,4	+0,1	+0,4	+0,5
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-5,2	-7,2	-9,2	+1,3	-6,0	-4,6
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-2,0	-2,8	-3,4	+1,9	-2,4	-0,5
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,2	-4,4	-5,8	-0,6	-3,6	-4,1
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	104,5	136,1	179,6	+3,6	+94,4	+98,0
<i>Δ Basisszenario in %P</i>			+0,0	+6,0	+16,9	+31,5			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 28: Vergleich Szenario „Geringeres Produktivitätswachstum“ m. Basisszenario



In diesem pessimistischen Szenario wird dementsprechend unterstellt, dass das durchschnittliche Wachstum der Gesamtproduktivität ab 2031 um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr geringer ausfällt als im Basisszenario. Es beläuft sich folglich auf durchschnittlich 0,3% im Zeitraum 2031-2060. Als direkte Folge ist das prognostizierte langfristige reale Wirtschaftswachstum als auch der Zinssatz um jeweils 0,4 Prozentpunkte geringer als im

Basisszenario. Das nominelle BIP, also die prognostizierte Wirtschaftsleistung, liegt zum Ende des Prognosezeitraums 2060 um rund 11% unter jenem im Basisszenario.

Die meisten Ausgaben und Einnahmen steigen dem niedrigeren Wachstum folgend ebenfalls weniger stark als im Basisszenario, womit sie sich in Relation zum BIP nicht ändern. Auf die Pensionsausgaben wirkt sich dieser dämpfende Effekt jedoch erst mit einiger Verzögerung aus, da nur die Neupensionen, nicht aber die Bestandspensionen, von den gedämpften Wertschöpfungs- bzw. Lohnzuwächsen betroffen sind. Erst im Zeitablauf ersetzen die geringeren Neupensionen allmählich die Bestandspensionen. Dieser verzögerte Effekt führt damit im Ergebnis zu höheren Pensionsausgaben relativ zum BIP im Jahr 2060 als im Basisszenario. Konkret steigen diese bis 2060 auf 16,8% des BIP und liegen damit um 1,0 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert im Basisszenario.

Die Auswirkungen dieses Risikoszenarios auf die wesentlichen fiskalischen Indikatoren und Ausgabenquoten sind signifikant. Der Primärsaldo verschlechtert sich bis 2060 auf -3,4% des BIP und ist damit um 1,2 Prozentpunkte negativer als im Basisszenario. Als Konsequenz steigt die Verschuldung und in der Folge die Zinsausgaben stärker an, die 2060 – trotz des niedrigeren Zinssatzes in diesem Szenario – mit 5,8% des BIP um 0,6 Prozentpunkte über jenen im Basisszenario liegen. Der Maastricht-Saldo ist mit prognostizierten -9,2% des BIP 2060 um 1,7 Prozentpunkte negativer als im Basisszenario. Die Schuldenquote steigt bis 2060 auf fast 180% des BIP und ist damit um fast 32 Prozentpunkte höher als im Basisszenario.

4.6. Höheres Produktivitätswachstum

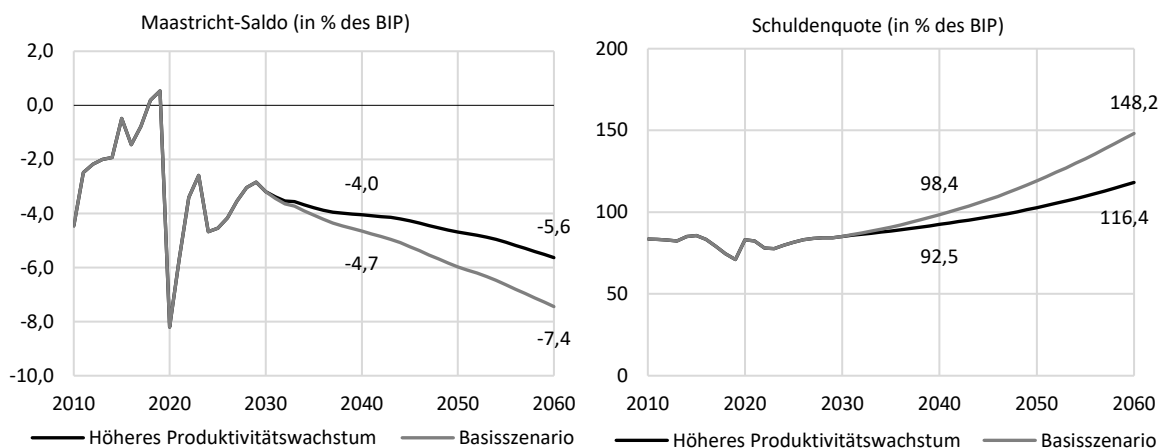
Im Gegensatz zum pessimistischen Szenario im Hinblick auf das Gesamtproduktivitätswachstum ist auch denkbar, dass der technologische Fortschritt zukünftig zu neuen Produktivitätsschüben führen wird (vgl. Brynjolfsson-McAfee, 2014), zB. insbesondere durch die Digitalisierung oder im Bereich grüner Technologien („New Growth“ bzw. „Green Growth“). Daher wird in diesem Szenario unterstellt, dass das Wachstum der Gesamtproduktivität mit durchschnittlich 0,7% pro Jahr ab 2031 um 0,2% Prozentpunkte pro Jahr höher ausfällt als im Basisszenario. Folglich ist das prognostizierte langfristige reale Wirtschaftswachstum als auch der Zinssatz um jeweils 0,4 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Die Wirtschaftsleistung (nominelles BIP) ist zum Ende des Prognosezeitraums 2060 um rund 13% höher als im Basisszenario.

Tabelle 23: Höheres Produktivitätswachstum – Hauptergebnisse

In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	55,0	55,6	56,6	-1,2	+2,4	+1,2
Pensionen	14,9	15,2	15,4	15,2	14,8	14,8	+0,2	-0,6	-0,4
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,1	9,2	+0,1	+1,1	+1,2
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	3,0	+0,1	+1,4	+1,5
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	-0,1	-0,3	-0,4
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,3	0,4	0,3	+0,3	+0,0	+0,3
Zinsen	1,5	1,7	2,2	3,3	3,8	4,4	+0,6	+2,2	+2,8
Sonstige	22,5	22,0	19,7	19,0	18,5	18,3	-2,3	-1,4	-3,7
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,0	50,9	50,9	+0,1	-0,0	+0,1
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-4,0	-4,7	-5,6	+1,3	-2,4	-1,1
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-0,8	-0,9	-1,2	+1,9	-0,2	+1,7
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-3,8	-4,4	-0,6	-2,2	-2,8
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	92,5	102,8	118,2	+3,6	+33,0	+36,5
Δ Basisszenario in %P			-0,0	-5,9	-16,4	-30,0			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Abbildung 29: Vergleich Szenario „Höheres Produktivitätswachstum“ mit Basisszenario



Die fiskalischen Auswirkungen sind diametral zum Risikoszenario betreffend Gesamtproduktivitätswachstum. Die meisten Ausgaben und Einnahmen steigen dem höheren Wachstum folgend ebenfalls stärker als im Basisszenario, womit sie relativ zum BIP nicht ändern. Nur die Pensionsausgaben nehmen im Vergleich zum Basisszenario erst mit einiger Verzögerung stärker zu, da nur die Neupensionen, nicht aber die Bestands pensionen, von den höheren Wertschöpfungs- bzw. Lohnzuwächsen betroffen sind. Erst allmählich ersetzen somit die höheren Neupensionen die Bestands pensionen. Daher liegen die Pensionsausgaben 2060 mit 14,8% des BIP um 1,0 Prozentpunkt niedriger als im Basisszenario.

Insbesondere als Folge der niedrigeren Pensionsausgaben ist der Primärsaldo zum Ende des Prognosezeitraums 2060 mit -1,2% des BIP um 1,0 Prozentpunkt positiver als im Basisszenario. Die Zinsausgaben steigen auf 4,4% des BIP 2060, womit sie – trotz des höheren Zinssatzes in diesem Szenario – um 0,8 Prozentpunkte unter jenen im Basisszenario liegen. Der Maastricht-Saldo ist auch in diesem optimistischen Szenario ab 2030 durchgehend schlechter als -3,0% und beläuft sich 2060 auf -5,6% des BIP. Der Anstieg der Schuldenquote ist jedoch deutlich gedämpft, mit prognostizierten 118,2% des BIP liegt sie um 30,0 Prozentpunkte unter jener im Basisszenario. Im Vergleich zu 2024 (79,9% des BIP) steigt sie trotzdem um 38,3 Prozentpunkte. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit weiterer Konsolidierungsbemühungen selbst in einem optimistischen wirtschaftlichen Umfeld.

4.7. Geringere Migration nach Österreich

Die Nettozuwanderung gemäß Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (2024) beläuft sich im Basisszenario auf durchschnittlich 32.800 Personen pro Jahr im Prognosezeitraum 2025-2060. In diesem Szenario wird hingegen die so genannte „Untere Wanderungsvariante“ von Statistik Austria (2024) verwendet, die von einem durchschnittlichen Wanderungssaldo von nur +21.200 Personen pro Jahr ausgeht.

Tabelle 24: Geringere Migration nach Österreich – Hauptergebnisse

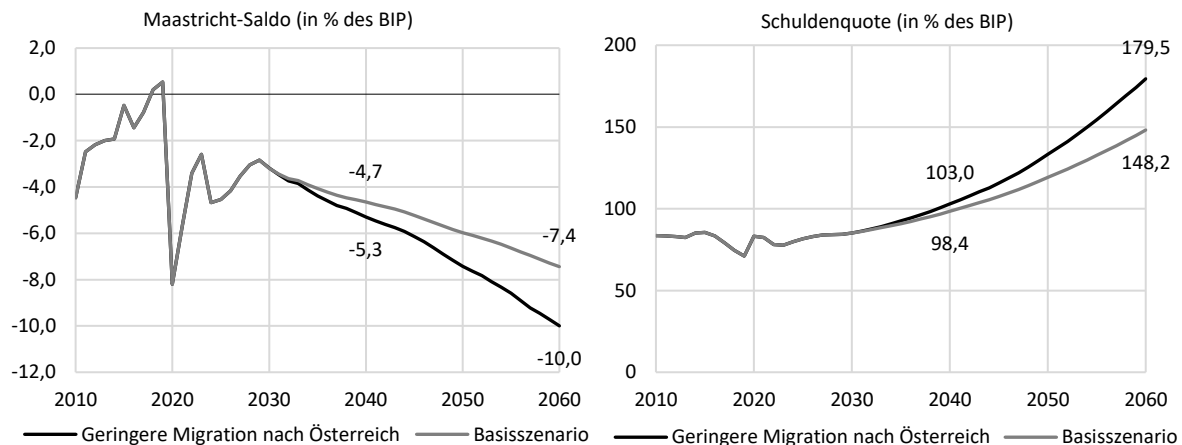
In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,1	56,5	58,7	61,3	-1,2	+7,1	+5,9
Pensionen	14,9	15,2	15,4	16,1	16,2	16,5	+0,2	+1,1	+1,3
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,7	9,2	9,5	+0,1	+1,4	+1,5
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,9	+0,1	+1,3	+1,4
Bildung	5,3	5,3	5,1	5,1	5,1	5,2	-0,2	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	-0,1	-0,3	-0,4
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,4	0,5	0,3	+0,3	+0,1	+0,3
Zinsen	1,5	1,7	2,2	3,3	4,6	6,2	+0,6	+4,0	+4,6
Sonstige	22,5	22,0	19,8	19,5	19,3	19,3	-2,2	-0,5	-2,7
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,2	51,2	51,3	+0,1	+0,3	+0,5
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-5,3	-7,4	-10,0	+1,4	-6,8	-5,5
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-2,0	-2,8	-3,8	+1,9	-2,8	-0,9
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,6	-6,2	-0,6	-4,0	-4,6
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	103,0	133,3	179,5	+3,6	+94,3	+97,9
<i>Δ Basisszenario in %P</i>			-0,0	+4,5	+14,2	+31,4			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Durch die geringere Nettozuwanderung geht das Arbeitskräfteangebot zurück, weil der überwiegende Teil der Zuwanderinnen und Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter ist. Jedoch wird auch angenommen, dass Migrantinnen und Migranten einem höheren Risiko unterliegen, arbeitslos zu sein. Die verringerte Nettozuwanderung bedingt daher auch

eine niedrigere Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Basisszenario. In Summe sinkt jedoch die Beschäftigung zu VZÄ, was im Prognosezeitraum 2025-2060 zu einem um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte geringerem realen BIP-Wachstum führt. Am Ende des Prognosezeitraums 2060 liegt die Wirtschaftsleistung (nominelles BIP) um fast 6% unter jener im Basisszenario.

Abbildung 30: Vergleich Szenario „Geringere Migration nach Österreich“ mit Basisszenario



Die geringere Migration zieht verschiedene Effekte auf die demografieabhängigen Ausgaben nach sich. Absolut betrachtet sind die Pensions-, Gesundheits-, Pflege- und Bildungsausgaben in diesem Szenario zwar niedriger als die entsprechenden Werte im Basisszenario. Gemessen in Relation zum BIP nehmen aber die Pensions-, Gesundheits- und Pflegeausgaben im Vergleich zum Basisszenario zu, da der Effekt des absoluten niedrigeren nominellen BIP überwiegt (BIP-Nennereffekt). Nur die Bildungsausgaben bleiben im Verhältnis zum BIP auf einem gleichen Niveau wie im Basisszenario.

Ursächlich hierfür ist die vergleichsweise junge Altersstruktur der Migrantinnen und Migranten. Während öffentliche Bildungsausgaben insbesondere für die jüngere Bevölkerung aufgewendet werden, fallen für die ältere Bevölkerung relativ höhere Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege an. Als Folge der geringeren Migration fallen im Vergleich zum Basisszenario die Bildungsausgaben im selben Ausmaß wie das nominelle BIP, womit sich die Quote nicht ändert. Aufgrund der jüngeren Altersstruktur der Zuwanderer, bewirkt eine niedrigere Zuwanderung in den Bereichen Gesundheit und Pflege nur eine im Vergleich zum Wertschöpfungsverlust geringere Ausgabenreduktion; der Anteil der Ausgaben am BIP steigt dadurch an. Bei den Pensionen wiederum kommt es zu einer Verzögerung beim Rückgang der Ausgaben. Da nur die Neupensionen von den sinkenden Wertschöpfungs- bzw. Lohnzuwächsen über den Umweg geringerer

Bemessungsgrundlagen betroffen sind, ersetzen diese erst allmählich die Bestandspensionen (vgl. Szenario 1).

Der Gesamteffekt dieses Szenarios auf die öffentlichen Finanzen ist stark negativ. Der Primärsaldo ist 2060 mit -3,8% des BIP um 1,6 Prozentpunkte negativer als im Basisszenario. Die Zinszahlungen steigen bis 2060 auf 6,2% des BIP, womit sie um einen Prozentpunkthöher ausfallen als im Basisszenario. Der Maastricht-Saldo verschlechtert sich kontinuierlich auf -10,0% des BIP im Jahr 2060. Die Schuldenquote steigt massiv auf 179,5% des BIP im Jahr 2060 und liegt damit am Ende des Prognosezeitraums um mehr als 31 Prozentpunkte des BIP über jener im Basisszenario.

4.8. Höhere Lebenserwartung

Im Basisszenario steigt die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen bei der Geburt von 84,5 Jahren 2024 auf 90,2 Jahre im Jahr 2060, jene von Männern von 79,8 Jahren auf 87,1 Jahre (Statistik Austria, 2024). In diesem Szenario wird angenommen, dass sich die Lebenserwartung bei der Geburt bis zum Ende des Prognosezeitraums noch stärker erhöht. Konkret nimmt sie auf 92,4 Jahre für Frauen und auf 89,7 Jahre für Männer zu.

Tabelle 5: Höhere Lebenserwartung – Hauptergebnisse

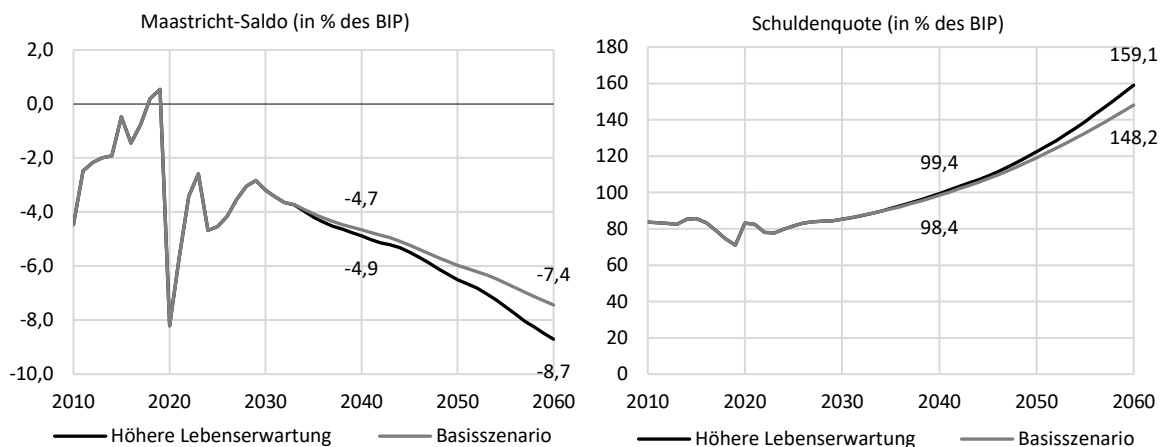
In % des BIP	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2025-30	2030-60	2025-60
Gesamtausgaben	55,2	55,4	54,2	56,0	57,7	60,0	-1,2	+5,8	+4,6
Pensionen	14,9	15,2	15,6	16,2	16,2	16,7	+0,3	+1,1	+1,5
Gesundheit	7,9	8,0	8,1	8,6	9,1	9,4	+0,1	+1,2	+1,4
Pflege	1,5	1,5	1,6	1,9	2,4	2,9	+0,1	+1,4	+1,4
Bildung	5,3	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	-0,1	+0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	-0,1	-0,2	-0,3
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,3	0,4	0,4	0,3	+0,3	+0,0	+0,3
Zinsen	1,5	1,7	2,2	3,3	4,4	5,7	+0,6	+3,5	+4,1
Sonstige	22,5	21,9	19,6	19,0	18,6	18,3	-2,3	-1,3	-3,6
Gesamteinnahmen	50,5	50,8	51,0	51,1	51,2	51,3	+0,1	+0,3	+0,5
Maastricht-Saldo	-4,7	-4,5	-3,2	-4,9	-6,5	-8,7	+1,3	-5,5	-4,2
Primärsaldo	-3,2	-2,9	-1,0	-1,6	-2,1	-3,0	+1,9	-2,0	-0,1
Zinsen	-1,5	-1,7	-2,2	-3,3	-4,4	-5,7	-0,6	-3,5	-4,1
Schuldenquote	79,9	81,7	85,2	99,4	122,5	159,1	+3,6	+73,9	+77,5
<i>Δ Basisszenario in %P</i>			-0,0	+0,9	+3,3	+10,9			

Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

Durch die verlängerte Lebenszeit nimmt die Bezugsdauer der Pensionen und die Anzahl der Pensionistinnen und Pensionisten zu. Dies bewirkt unmittelbar höhere Pensionsausgaben, die in diesem Szenario auf 16,7% des BIP bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 steigen. Sie liegen folglich um 0,9 Prozentpunkte des BIP über dem entsprechenden Wert im Basisszenario. Die Gesundheits- und Pflegeausgaben

werden hingegen vorübergehend gedämpft, da annahmegemäß die höhere Lebenserwartung auch zu einer längeren Lebenszeit in Gesundheit führt. Das verzögert im Vergleich zum Basisszenario die Inanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen. Der temporär geringere Anstieg der Gesundheits- und Pflegeausgaben kompensiert jedoch nicht den stärkeren Anstieg der Pensionsausgaben. Ferner hat die höhere Lebenserwartung keine wesentlichen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

Abbildung 31: Vergleich „Höhere Lebenserwartung“ mit Basisszenario



Im Ergebnis ist die Verschlechterung des Maastricht-Saldos in diesem Szenario ausgeprägter als im Basisszenario. Zum Ende des Prognosezeitraums 2060 liegt der Maastricht-Saldo bei -8,7% des BIP und damit um 1,3% Prozentpunkte des BIP negativer als im Basisszenario. Damit gehen eine stärkere Verschuldung und um 0,5 Prozentpunkte des BIP höhere Zinsausgaben einher, die in einer höheren Schuldenquote resultieren. Die Schuldenquote beläuft sich in diesem Szenario 2060 auf 159,1% des BIP und übertrifft damit jene des Basisszenarios um rund 11 Prozentpunkte des BIP.

5. Vergleich mit anderen Langfristprojektionen

In diesem Kapitel wird das Basisszenario der vorliegenden Langfristprognose vom WIFO und BMF sowohl mit der vorangegangenen Langfristprognose 2022 als auch kurz mit anderen langfristigen Budgetprognosen verglichen. Beim Vergleich der Prognosen sind immer auch methodische Unterschiede sowie verschiedene Begriffsdefinitionen zu berücksichtigen.

5.1. Langfristige Budgetprognose 2022

Der Projektionszeitraum im diesjährigen Bericht reicht von 2025 bis 2060. Die Projektionen enden somit ebenso wie in der letzten Langfristprognose 2022 im Jahr 2060. Eine Gegenüberstellung der aktuellen Projektion mit jener aus 2022 zeigt, dass sowohl die die Schuldenquote als auch der Maastricht-Saldo über den gesamten Prognosezeitraum durchgehend ungünstiger ausfallen als noch in der langfristigen Budgetprognose 2022. Das ist insbesondere auf den Basiseffekt im Jahr 2024 zurückzuführen.

Tabelle 25: Vergleich mit der Langfristigen Budgetprognose 2022

In % des BIP	Langfristprognose 2022 - Basisszenario						Δ LFP 2025 / LFP 2022					
	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2024	2025	2030	2040	2050	2060
Gesamtausgaben	51,1	51,1	52,3	53,9	55,0	55,9	+4,0	+4,3	+1,8	+1,9	+2,0	+2,7
Pensionen	14,2	14,3	15,1	15,4	15,1	15,1	+0,7	+0,9	+0,3	+0,3	+0,5	+0,7
Gesundheit	7,2	7,3	7,3	7,9	8,4	8,5	+0,7	+0,7	+0,8	+0,8	+0,8	+0,8
Pflege	1,6	1,6	1,8	2,2	2,6	3,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3
Bildung	5,0	5,1	5,2	5,2	5,2	5,4	+0,2	+0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Familie	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	+0,0	+0,1	+0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Klima-Zielerreichung	0,0	0,0	0,2	0,2	0,3	0,0	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,3
Zinsen	1,3	1,4	1,8	2,8	3,8	4,7	+0,2	+0,2	+0,4	+0,4	+0,4	+0,5
Sonstige	20,1	19,7	19,3	18,6	18,2	17,7	+2,3	+2,3	+0,4	+0,5	+0,5	+0,7
Gesamteinnahmen	49,3	49,4	49,8	49,9	49,9	49,9	+1,2	+1,4	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2
Primärsaldo	-0,6	-0,2	-0,7	-1,1	-1,4	-1,3	-2,6	-2,6	-0,3	-0,3	-0,4	-0,9
Maastricht-Saldo	-1,9	-1,7	-2,5	-4,0	-5,1	-6,0	-2,8	-2,9	-0,7	-0,7	-0,8	-1,5
Schuldenquote	74,8	73,5	72,1	81,8	99,6	120,8	+5,1	+8,2	+13,1	+16,7	+19,6	+27,4

Quelle: WIFO (2022), eigene Darstellung.

Die **Schuldenquote** wird im aktuellen Basisszenario im Jahr 2060 mit 148,2% des BIP prognostiziert. Das ist um 27,4 Prozentpunkte des BIP höher als in der Langfristprognose 2022, die eine Schuldenquote von 120,8% des BIP 2060 prognostizierte.

Die höhere Schuldenquote in der aktuellen Langfristprognose ist dabei nicht nur auf einen absolut höheren Schuldenstand, sondern auch auf niedrigeres nominelles BIP zurückzuführen (BIP-Nennereffekt). Der nominelle Schuldenstand ist in der Langfristprognose 2025 zum Ende des Prognosezeitraums 2060 um 12,9% höher als in der Langfristprognose 2022. Das nominelle BIP ist hingegen 2060 in der aktuellen Langfristprognose um 8,0% niedriger als noch 2022 prognostiziert. Anders betrachtet resultiert die um 27,4 Prozentpunkten des BIP höhere Schuldenquote 2060 zu über 60% aus einem höheren absoluten Schuldenstand und zu knapp 40% aus einem geringeren nominellen BIP.

Der **Maastricht-Saldo** verschlechtert sich in der aktuellen Langfristprognose von -2,8% des BIP 2029 stetig auf -7,4% des BIP 2060. In der Langfristprognose 2022 wurde für 2029 ein Maastricht-Saldo von -2,2% des BIP prognostiziert, der sich folgend ebenfalls stetig bis auf -6,0% des BIP 2060 verschlechtert.

Der Unterschied im Maastricht-Saldo 2060 von 1,5 Prozentpunkten des BIP (Rundungsdifferenz) erklärt sich dabei sowohl aus einem negativeren Primärsaldo als auch höheren Zinszahlungen. In der aktuellen Langfristprognose ist der **Primärsaldo** durchgehend negativer als in der Langfristprognose 2022, 2060 beträgt der Unterschied 0,9 Prozentpunkte des BIP (-2,2% des BIP in der Langfristprognose 2025 gegenüber -1,3% des BIP in der Langfristprognose 2022). Die **Zinszahlungen** sind in der aktuellen Langfristprognose im Prognosezeitraum um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte des BIP höher. In beiden Projektionen steigen sie kontinuierlich an, in der Langfristprognose 2022 auf 4,7% des BIP 2060 und in der Langfristprognose 2025 auf 5,2% des BIP.

Die **Gesamtausgaben** liegen in der aktuellen Langfristprognose deutlich über jenen in der Langfristprognose 2022. Bereits 2024 liegt die realisierte Staatsausgabenquote mit 55,2% des BIP um 4,0 Prozentpunkte über dem in der Langfristprognose 2022 erwarteten Wert. 2025 beträgt der Unterschied zwischen den beiden Projektionen 4,3 Prozentpunkte des BIP, ehe er infolge der Budgetkonsolidierung auf 1,8 Prozentpunkte des BIP 2029 zurückgeht. In der Folge vergrößert sich der Unterschied wieder, zunächst leicht bis auf 2,0 Prozentpunkte des BIP 2050 und folgend beschleunigt bis auf 2,7 Prozentpunkte des BIP 2060. 2060 beträgt die Staatsausgabenquote in der aktuellen Langfristprognose 58,6% des BIP, während sie in der Langfristprognose 2022 noch mit 55,9% des BIP erwartet wurde.

Der Maastricht-Saldo verschlechtert sich in der aktuellen Prognose nicht im gleichen Ausmaß, weil auch die **Gesamteinnahmen** etwas höher projiziert werden als in der Langfristprognose 2022. Die Staatseinnahmenquote beläuft sich gemäß aktueller BMF-Planung auf 51,0% des BIP 2029 und verbleibt auf diesem Niveau bis 2060. In der Langfristprognose 2022 belief sie sich auf 49,8% des BIP 2029 und bliebe folgend bis 2060 konstant. Im Durchschnitt ergibt sich für den Prognosezeitraum eine um 1,2 Prozentpunkte des BIP höhere Staatseinnahmenquote in der aktuellen Langfristprognose.

Die höheren Gesamtausgaben sind neben den höheren Zinszahlungen auch auf höhere Pensionsausgaben, höhere Gesundheitsausgaben, höhere Klima-Zielerreichungskosten sowie höhere sonstige Ausgaben zurückzuführen. Die **Pensionsausgaben** lagen 2024 bei 14,9% des BIP. In der aktuellen Langfristprognose erreichen sie ihren Peak in den Jahren 2035-2037 mit 15,9% des BIP und bleiben folgend bis 2060 auf einem ähnlich bzw. leicht niedrigeren Niveau. In der Langfristprognose 2022 wurden die Pensionsausgaben 2024 mit 14,2% des BIP um 0,7 Prozentpunkte niedriger geschätzt. Der Höchstwert wird ebenfalls in den Jahren ab 2035 erreicht, liegt jedoch mit 15,5% des BIP um 0,4 Prozentpunkte niedriger. Sie gehen dann bis 2060 im Gegensatz zur aktuellen Langfristprognose auf 15,1% des BIP zurück, sodass 2060 wieder ein Abstand von 0,7 Prozentpunkten zwischen den beiden Projektionen besteht. Der geringere Unterschied in den 2030er-Jahren zwischen den beiden Projektionen ist unter anderem auf die Korridor pensionsreform zurückzuführen. Im Durchschnitt über den gesamten Prognosezeitraum 2025-2060 sind die Pensionsausgaben in der aktuellen Langfristprognose um 0,5 Prozentpunkte des BIP höher.

Ein wesentlicher Faktor für die höheren Gesamtausgaben in der aktuellen Langfristprognose sind die **Gesundheitsausgaben**. Diese steigen ausgehend von 7,9% des BIP 2024 um 1,4 Prozentpunkte auf 9,3% des BIP 2060. In der Langfristprognose 2022 wurden die Gesundheitsausgaben 2024 auf 7,2% des BIP geschätzt, also um 0,7 Prozentpunkte niedriger als tatsächlich realisiert. Sie steigen fortan um 1,2 Prozentpunkte auf 8,5% des BIP 2060 – die Dynamik ist folglich in beiden Projektionen eine ähnliche. Im Durchschnitt über den gesamten Prognosezeitraum liegen die Gesundheitsausgaben um 0,8 Prozentpunkte des BIP über jenen in der Langfristprognose 2022.

In der langfristigen Budgetprognose 2022 wurde erstmalig die **Entwicklung der Treibhausgasemissionen** in zwei Szenarien bis 2050 sowie **klimarelevante Kosten und**

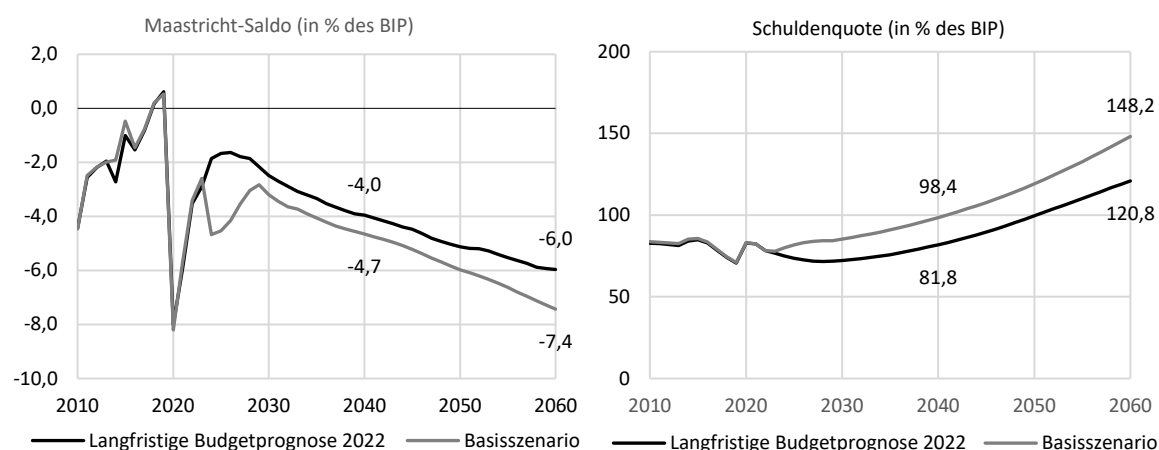
Risiken für den Staatshaushalt modelliert. Mit der Betrachtung makroökonomischer, fiskalischer und klimabezogener Fragestellungen wurde international methodisches Neuland betreten. Die budgetären Risiken für Zielerreichungszahlungen bis 2030 konnten im Basisszenario 2025 im Vergleich zu 2022 durch die Implementierung von Klimamaßnahmen signifikant gesenkt werden. Das Aktivitätsszenario aus der Langfristigen Budgetprognose 2022 kann nicht mit dem aktuellen Aktivitätsszenario verglichen werden, da diesen jeweils andere Fragestellungen und Annahmen zu Grunde liegen. Als Ergebnis des 2022 Aktivitätsszenarios konnte gezeigt werden, dass die internationalen Emissionsziele mit nur moderaten zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Finanzen erreicht werden können.

Die **sonstigen Ausgaben** lagen 2024 bei 22,5% des BIP und sinken in der aktuellen Langfristprognose 2025 auf 18,5% des BIP 2060. Dieser Rückgang ergibt sich unter anderem durch einen Rückgang bei den monetären Sozialleistungen innerhalb dieser Kategorie, die mit der Inflationsrate fortgeschrieben wird, die aufgrund des angenommen realen BIP-Wachstums niedriger ist als das nominelle BIP-Wachstum (vgl. Abschnitt 3.4). Dadurch sinken die sonstigen Ausgaben in Relation zum BIP. In der Langfristprognose 2022 wurden die sonstigen Ausgaben 2024 mit 20,1% des BIP um 2,3 Prozentpunkte unterschätzt. Diese Differenz geht infolge der in der aktuellen Langfristprognose abgebildeten Konsolidierungsmaßnahmen auf 0,4 Prozentpunkte des BIP im Jahr 2030 zurück. Von den Konsolidierungsmaßnahmen fallen unter anderem die Abschaffung des Klimabonus, die Kürzungen bei den Förderungen oder die ausgabenseitigen Einsparungen in den Ressorts in diese Ausgabenkategorie. Bis zum Ende des Prognosezeitraums ist der Rückgang der sonstigen Ausgaben in der Langfristprognose 2022 etwas ausgeprägter, sodass sie mit 17,7% des BIP 2060 um 0,7 Prozentpunkte (Rundungsdifferenz) unter dem in der aktuellen Langfristprognose projizierten Wert liegen.

Im Vergleich zur Langfristprognose 2022 niedrigere Ausgaben im Verhältnis zum BIP werden für die Pflege- und Bildungsausgaben prognostiziert. Die **Pflegeausgaben** summierten sich 2024 auf 1,5% des BIP und steigen in der aktuellen Langfristprognose um 1,4 Prozentpunkte (Rundungsdifferenz) stetig auf 2,8% des BIP 2060. In der Langfristprognose 2022 liegen die Pflegeausgaben um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte des BIP höher und sind 2060 mit 3,1% des BIP projiziert. Die geringeren Pflegeausgaben in der aktuellen Langfristprognose sind insbesondere auf eine Überschätzung der ausgabenseitigen Wirkung der Pflegereform 2023 in der vorherigen Langfristprognose zurückzuführen.

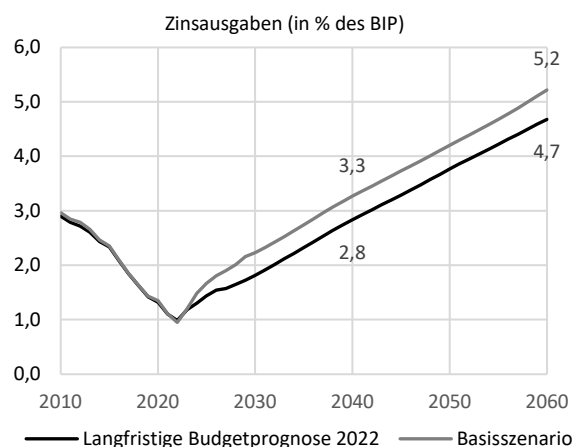
Die **Bildungsausgaben** sind in der aktuellen Langfristprognose marginal geringer. Sie betrugen 2024 5,3% des BIP und verbleiben auf einem ähnlichen Niveau bis zum Ende des Prognosezeitraums (2060: 5,2% des BIP). In der Langfristprognose 2022 wurden sie mit 5,0% des BIP 2024 etwas unterschätzt. Sie weisen in der vorigen Langfristprognose jedoch eine leicht höhere Dynamik auf. Ab 2029 sind sie höher als in der aktuellen Projektion und nehmen bis 2060 mit 5,4% des BIP etwas stärker zu.

Abbildung 32: Vergleich Entwicklung Schuldenquote und Maastricht-Saldo in der langfristigen Budgetprognose 2025 und 2022



Quelle: WIFO (2022 und 2025), eigene Darstellung.

Abbildung 33: Vergleich Zinszahlungen in der langfristigen Budgetprognose 2025 und 2022



Quelle: WIFO (2022 und 2025), eigene Darstellung.

Kaum einen Unterschied zwischen den beiden Langfristprognosen gibt es bei den ausgabenseitigen **Familienleistungen**. Diese beliefen sich 2024 auf 1,7% des BIP und sinken in beiden Projektionen auf 1,4% des BIP 2060.

Die **demografieabhängigen Ausgaben** – Pensionen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Familienleistungen – summierten sich 2024 auf 31,2% des BIP. In der aktuellen Langfristprognose steigen sie bis 2060 auf 34,6% des BIP. In der Langfristprognose 2022 wurden sie 2024 um 1,5 Prozentpunkte auf 29,7% des BIP unterschätzt. Dieser Unterschied geht bis 2039 auf 0,7 Prozentpunkte zurück und nimmt folgend bis 2060 wieder auf 1,1 Prozentpunkte zu. In der Langfristprognose 2022 betragen sie 2060 33,5% des BIP.

Im Allgemeinen lassen sich die Unterschiede zwischen den beiden Langfristprognosen auf folgende Punkte zusammenfassen (vgl. WIFO, 2025):

- **Budgetäre Ausgangslage:** Die Ausgangswerte haben sich in der Langfristprognose 2025 abermals verschlechtert. Bereits in der Langfristprognose 2022 war die Ausgangslage eine ungünstigere als für die Langfristprognose 2019. Dies liegt insbesondere in den budgetären Auswirkungen der hohen Inflation begründet, die zu stärkeren Ausgabensteigerungen in verschiedenen Bereichen führte als in der Langfristprognose 2022 erwartet. Die Schuldenquote war 2024 mit 79,9% des BIP um 5,1 Prozentpunkte höher als in der Langfristprognose 2022 angenommen, die Staatsausgabenquote mit 55,2% des BIP um 4,0 Prozentpunkte. Der Primärsaldo war 2024 mit -3,2% des BIP um 2,6 Prozentpunkte und der Maastricht-Saldo mit -4,7% des BIP um 2,8 Prozentpunkte negativer. Trotz der Konsolidierungsmaßnahmen, die die Differenz zwischen den beiden Projektion beim Primärsaldo auf 0,2 Prozentpunkte des BIP im Jahr 2029 verringern, wirkt sich bei der Schuldenquote insbesondere der Zinseszinsseffekt im Zeitablauf negativ aus. Damit ist die verschlechterte budgetäre Ausgangslage ein Hauptgrund für die höhere Schuldenquote 2060 in der aktuellen Langfristprognose.
- **Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen:** Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben sich seit der letzten Langfristprognose teils deutlich geändert. Das Maastricht-Defizit iHv. 4,7% des BIP 2024 erforderte ein umfangreiches Konsolidierungspaket, von dem sich insbesondere die Korridorpensionsreform auf den Arbeitsmarkt und die Prognose der Pensionsausgaben auswirkt. Ferner wurde in der Langfristprognose 2022 wie bereits erwähnt die ausgabenseitige Wirkung der Pflegereform 2023 überschätzt und nun entsprechend angepasst.
- **Erwerbsprognose:** Bei der prognostizierten Entwicklung der Erwerbsquoten wirkt sich unter anderem auch die Korridorpensionsreform aus. In der aktuellen Langfristprognose steigt die Erwerbsquote von 79,8% 2025 um 5,4 Prozentpunkte auf 85,2%. In der Langfristprognose 2022 beträgt die Erwerbsquote 2025 79,1% und

nimmt bis 2060 nur um 2,8 Prozentpunkte auf 81,9% zu. Da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) in der aktuellen Langfristprognose jedoch niedriger ist als in der Langfristprognose 2022, ist der Unterschied in der Zahl der Erwerbspersonen und Erwerbstätigen zwischen den beiden Prognosen vernachlässigbar.

- **Produktivität und Wirtschaftswachstum:** Das Wachstum der Gesamtproduktivität wird in der aktuellen Langfristprognose auf durchschnittlich 0,49% pro Jahr im Zeitraum 2025-2060 geschätzt (0,54% im Zeitraum 2031-2060). In der Langfristprognose 2022 wurde es mit durchschnittlich 0,56% pro Jahr im selben Zeitraum angenommen (2031-2060: 0,60%). In Summe ist der Anstieg der Gesamtproduktivität in der aktuellen Langfristprognose um rund 2,0% geringer. Das geringere Produktivitätswachstum schlägt sich auch auf das prognostizierte langfristige Trendwachstum der österreichischen Volkswirtschaft nieder. Dieses wird in der aktuellen Langfristprognose auf 1,04% in der Periode 2025-2060 geschätzt (2031-2060: 1,06%), während es in der Langfristprognose 2022 noch mit 1,21% angenommen wurde (2031-2060: 1,23%). Das geringere Wirtschaftswachstum resultiert in ein um 8,0% niedrigeres nominelles BIP zum Ende des Prognosezeitraums 2060. Dies hat wesentliche Auswirkungen auf Quotengrößen, wie zB. die Staatsausgabenquote oder die Schuldenquote.
- **Demographie:** Die demographische Entwicklung ist gemäß Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria, die der Langfristprognose 2025 zugrunde liegt, etwas ungünstiger als in der Bevölkerungsprognose 2022 (Sonderauswertung) in der vorigen Langfristprognose. Der Altersquotient – das Verhältnis zwischen erwerbsfähiger Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahre zu Personen ab 65 Jahre (im Wesentlichen Pensionistinnen und Pensionisten) – sinkt in der aktuellen Bevölkerungsprognose von 3,3 im Jahr 2024 auf 2,0 im Jahr 2060. In der Langfristprognose 2022 wurde dieses Verhältnis 2060 mit 2,2 angenommen.

Darüber hinaus gab es mit der Anwendung des **dynamischen Mikrosimulationsmodells microDEMS** (Bittschi et al., 2024; Horvath et al., 2022,2024) für die Modellierung der gesetzlichen Pensionsversicherung in der Langfristprognose 2025 eine **wesentliche methodische Weiterentwicklung**. Eine weitere methodische Änderung betrifft die Modellierung der Pflegeausgaben, bei denen auf die explizite Berücksichtigung der Frauenerwerbstätigkeit als Faktor für steigende Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen verzichtet und stattdessen eine höhere Einkommenselastizität unterstellt wurde. Zuletzt basiert in der aktuellen Langfristprognose die Verschiebung der

Morbidität auf dem durchschnittlichen Anstieg der Lebenserwartung über zehn Jahre statt auf den Veränderungen von Jahr zu Jahr. (vgl. WIFO, 2025)

5.2. Nachhaltigkeitsbericht 2025 des Fiskalrats

Der Fiskalrat veröffentlicht im Rahmen seines gesetzlich verankerten Mandats ebenfalls alle drei Jahr eine Einschätzung über langfristige fiskalische Entwicklungen in Österreich. Der erste „Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit“ (kurz Nachhaltigkeitsbericht) wurde im September 2021 veröffentlicht, der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht im April 2025. Die Berichte stehen auf der Homepage des Fiskalrats zum Download zur Verfügung: <https://www.fiskalrat.at/publikationen/berichte/nachhaltigkeitsbericht-uebersicht.html> (26.11.2025).

Tabelle 26: Vergleich mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2025 des Fiskalrats

In % des BIP	Fiskalrat - Nachhaltigkeitsbericht 2025						Δ LFP 2025 / FISK 2025					
	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2024	2025	2030	2040	2050	2060
Gesamtausgaben	54,5	55,4	55,1	57,3	60,7	64,5	+0,7	-0,0	-1,0	-1,6	-3,6	-5,9
Pensionen	15,4	15,8	16,1	16,2	16,3	16,5	-0,5	-0,6	-0,7	-0,5	-0,7	-0,8
Gesundheit	7,8	7,9	8,1	8,9	9,6	10,0	+0,1	+0,1	+0,0	-0,2	-0,5	-0,7
Pflege	1,3	1,4	1,5	1,9	2,5	2,8	+0,1	+0,1	+0,0	-0,0	-0,1	+0,0
Bildung	4,9	4,9	4,9	4,9	5,0	5,1	+0,4	+0,4	+0,3	+0,2	+0,2	+0,1
Familie	1,6	1,7	1,6	1,4	1,3	1,2	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,2	+0,2
Klima-Zielerreichung	-0,0	-0,0	0,1	0,2	0,7	0,7	+0,0	+0,0	+0,2	+0,1	-0,2	-0,4
Zinsen	1,3	1,5	2,0	3,2	4,8	7,7	+0,1	+0,2	+0,2	+0,0	-0,6	-2,5
Sonstige	22,2	22,4	20,8	20,5	20,5	20,4	+0,2	-0,4	-1,1	-1,3	-1,8	-1,9
Gesamteinnahmen	50,8	51,2	50,8	50,5	50,5	50,2	-0,3	-0,4	+0,1	+0,6	+0,7	+0,9
Primärsaldo	-2,4	-2,7	-2,3	-3,6	-5,4	-6,6	-0,8	-0,1	+1,3	+2,2	+3,7	+4,3
Maastricht-Saldo	-3,8	-4,2	-4,3	-6,8	-10,3	-14,2	-0,9	-0,3	+1,1	+2,2	+4,3	+6,8
Schuldenquote	79,7	81,8	89,5	115,8	160,5	227,5	+0,2	-0,2	-4,3	-17,3	-41,3	-79,3

Quelle: Fiskalrat (2025), eigene Darstellung.

Im Vergleich zur Langfristprognose 2025 von WIFO (2025) und BMF gibt es folgende wesentliche Unterschiede:

- **Stichtag für die Berücksichtigung Informationen:** Der Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats berücksichtigt alle Informationen bis zum 31.01.2025, dem Stichtag, auf dem die No-Policy-Change-Annahme aufsetzt. Das bedeutet insbesondere, dass im Nachhaltigkeitsbericht das im Mai 2025 präsentierte Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung in der Basisvariante keine Berücksichtigung finden konnte. Vor allem die strukturellen Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts und der Pensionen sind für die langfristige Entwicklung öffentlichen Finanzen von Relevanz. Der Fiskalrat macht zwar eine ad-hoc-Einschätzung der zu erwartenden Auswirkungen des neuen Regierungsprogramms, jedoch ist im Regierungsprogramm nicht die detaillierte Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen von Mai 2025 enthalten. Umgekehrt

stellt das Alternativszenario in Abschnitt 4.1 der vorliegenden Langfristprognose die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ohne Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen dar. Dieses Alternativszenario kann für einen annäherungsweisen Vergleich der beiden fiskalischen Prognosen herangezogen werden.

- **Methode:** Die Langfristprognose des WIFO basiert auf dem DELTA-Modell sowie auf dem dynamischen Mikrosimulationsmodell microDEMS (siehe Kapitel 6) Der Fiskalrat wendet ein so genanntes „Modell überlappender Generationen“ (Overlapping generations model, OLG) an. Das FISK-OLG-Modell ist ein mikrofundiertes, integriertes Modell, das Feedbackeffekte zwischen makroökonomischen und fiskalischen Entwicklungen berücksichtigt. Das FISK-OLG-Modell wurde dynamisch an realisierte Daten in der Vergangenheit angepasst. Darüber hinaus stützt es sich auf exogene, zeitabhängige Annahmen über Demografie und Bildung, den technologischen Fortschritt, den Zinssatz auf die Staatsverschuldung sowie wirtschaftspolitische Maßnahmen.
- **Wesentliche Annahmen:** Ein bedeutender Unterschied zwischen der Langfristprognose 2025 und dem Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats gibt es im Hinblick auf die Entwicklung des Wachstums der Gesamtproduktivität. In der Langfristprognose 2025 wird das durchschnittliche Gesamtproduktivitätswachstum auf 0,49% pro Jahr im Zeitraum 2025-2060 geschätzt (siehe Abschnitt 0). Diese Annahme orientiert sich an Kaniowski et al. (2024) unter Berücksichtigung zusätzlicher klimawandelbedingter Einbußen (Parrado et al., 2021, Van der Wijst et al., 2021). Im Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats wird mit durchschnittlich 0,60% pro Jahr 2025-2060 von einem leicht höheren Gesamtproduktivitätswachstum ausgegangen. Dieser Unterschied wirkt sich auf das Trendwachstum des realen BIP aus, das im Nachhaltigkeitsbericht bei durchschnittlich 1,13% pro Jahr in der Periode 2025-2060 liegt und in der Langfristprognose 2025 nur bei 1,04%. Die Unterschiede betreffend die Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung und den Zinssatz auf die Staatsverschuldung erscheinen hingegen unerheblich.
- **Berücksichtigung klimawandelbedingter Aspekte:** Im Nachhaltigkeitsbericht 2025 berücksichtigt der Fiskalrat erstmals auch die fiskalische Bedeutung diverser Klimaaspekte. Ein Vergleich zur Langfristigen Budgetprognose 2025 ist aufgrund unterschiedlicher Annahmen und der unterschiedlichen methodischen Bearbeitung allerdings nur schwer durchzuführen. So wird zum Beispiel eine grundlegend andere Modellphilosophie für die fiskalische Berechnung (OLG-Modell) verwendet. Weiters wird der Effekt von Klimapolitik nicht selbst modelliert, sondern es werden bestehende Szenarien als exogene Größe, die neueste Entwicklungen noch nicht

berücksichtigen (NEHG, neue FF55 Vorgaben, Förderungen, etc.), herangezogen. Darüber hinaus haben öffentliche Schäden keine Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum, sondern werden nur als Schäden im Rahmen des Katastrophenfonds miteinbezogen.

- **Hauptergebnisse²³:** Der Fiskalrat prognostiziert einen Anstieg der **Gesamtausgaben** auf 64,5% des BIP im Jahr 2060, was deutlich über dem Wert in der vorliegenden Langfristprognose iHv. 58,6% des BIP liegt. Die **Pensionsausgaben** werden im Nachhaltigkeitsbericht mit 16,5% des BIP 2060 höher als in der Langfristprognose mit 15,8% des BIP prognostiziert. Ebenso sind die projizierten **Gesundheitsausgaben** mit 10,0% des BIP 2060 im Nachhaltigkeitsbericht höher als in der Langfristprognose, wo sie auf 9,3% des BIP 2060 geschätzt werden. Wenig Unterschiede gibt es bei den **Pflegeausgaben** (jeweils 2,8% des BIP 2060), den **Bildungsausgaben** (5,1% des BIP FISK vs. 5,2% des BIP WIFO/BMF) und den **Familienleistungen** (1,2% des BIP FISK bzw. 1,4% des BIP WIFO/BMF). Die durchschnittlichen **Klima-Zielerreichungskosten** pro Jahr belaufen sich im Nachhaltigkeitsbericht auf 0,4% des BIP 2025-2060 und der in der Langfristprognose auf 0,3% des BIP. Jedoch steigen sie im Nachhaltigkeitsbericht auf 0,7% des BIP 2060, während in der Langfristprognose eine gleichmäßigere Verteilung erwartet wird. Die **Zinsausgaben** steigen bis 2060 in beiden Projektionen deutlich an, auf 7,7% des BIP im Nachhaltigkeitsbericht und 5,2% des BIP in der Langfristprognose. Die **Gesamteinnahmen** sinken im Nachhaltigkeitsbericht ausgehend von 51,2% 2025 stetig auf 50,2% des BIP 2060, wohingegen sie sich in der Langfristprognose auf einem Niveau von 51,1% des BIP ab Mitte der 2030er-Jahre stabilisieren. Als Folge dieser Entwicklungen fällt die projizierte Verschlechterung des Primärsaldos, des Maastricht-Saldos und der Schuldenquote im Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats wesentlich negativer aus. Der **Primärsaldo** verschlechtert sich bis 2060 auf -6,6% des BIP (WIFO/BMF: -2,2%), der **Maastricht-Saldo** auf -14,2% des BIP (-7,4%) und die **Schuldenquote** steigt auf 227,5% des BIP (148,2%).

Wie bereits erläutert, hinkt der Vergleich der beiden Basisszenarien jedoch aufgrund der unterschiedlichen No-Policy-Change-Ausgangslage, die sich durch die verschiedenen Stichtage erklärt, bis zu denen Informationen berücksichtigt werden konnten. Der Fiskalrat schätzt im Nachhaltigkeitsbericht die Verbesserung des langfristigen Primärsaldos durch die Konsolidierungsmaßnahmen, die bereits im Regierungsprogramm Anfang März 2025 genannt wurden, auf 1,6% des BIP. Damit ergäbe sich jedoch weiterhin ein deutlich schlechterer Primärsaldo als in der Langfristprognose, die sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen bis Oktober 2025

²³ Die Projektion im Nachhaltigkeitsbericht reichen bis in das Jahr 2070, jedoch wird zum Zwecke des Vergleichs mit der Langfristprognose das Jahr 2060 herangezogen.

berücksichtigt. Umgekehrt zeichnet jedoch das Alternativszenario des BMF, das eine Projektion ohne Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen annäherungsweise abbildet, ein noch negativeres Bild: in diesem Szenario steigt die Schuldenquote auf über 270% BIP des im Jahr 2060 (siehe Abschnitt 4.1). Jedenfalls zeigt sich der deutlich positive budgetäre Effekt der Konsolidierungsmaßnahmen in beiden Betrachtungsweisen.

5.3. Langfristgutachten 2024 der Alterssicherungskommission

Aufgabe der Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme, kurz „Alterssicherungskommission“, ist es die Entwicklungen im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung sowie der Pensionen der Beamten und Beamtinnen des Bundes, der Länder und der Gemeinden jeweils getrennt zu analysieren.

Die Alterssicherungskommission hat dazu Ende November 2024 den Bericht für den Zeitraum 2023 bis 2070 über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsversicherung sowie der Pensionen der Beamten und Beamtinnen des Bundes, der Länder und der Gemeinden („Langfristgutachten“) beschlossen. Beide Langfristgutachten sind auf folgender Webseite veröffentlicht:

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Alterssicherungskommission.html> (26.11.2025)

Tabelle 27: Vergleich mit der Alterssicherungskommission

In % des (realen) BIP	Alterssicherungskommission - Langfristgutachten 2024						Δ LFP 2025 / ASK 2024					
	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2024	2025	2030	2040	2050	2060
Pensionsausgaben	15,7	16,1	16,7	16,8	16,6	16,9	-0,8	-0,9	-0,5	-0,6	-0,7	-0,6
Gesetzliche Pensionsversicherung inkl. Rehageld	12,5	12,9	13,8	14,8	15,5	16,2	-0,7	-0,8	-0,5	-0,6	-0,6	-0,6
Pensionen Beamtinnen und Beamte	3,2	3,2	2,9	2,0	1,1	0,7	-0,1	-0,0	+0,0	-0,0	-0,1	-0,0

Hinweis: Das Langfristgutachten 2024 basiert auf einem realen Modell und die Ergebnisse werden in % des realen BIP dargestellt. Dies bedingt beim Vergleich mit der Langfristprognose 2025 eine Inkonsistenz, die bei der Interpretation berücksichtigt werden muss.

Quelle: Alterssicherungskommission (2024), eigene Darstellung. Rundungsdifferenzen können auftreten.

Das Modell zur **Projektion der Langfristentwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung** besteht im Wesentlichen aus vier Modulen. Das demografische Modell basiert auf der Bevölkerungsprognose 2023 von Statistik Austria. Das makroökonomische Langfristmodell stellen ökonometrische Modellrechnungen von WIFO und IHS von Ende Juli 2024 dar. Das dritte Modul ist ein auf statistisch und versicherungsmathematischen Methoden beruhendes Pensionsmodell des BMASGPK. Neben Daten aus dem Bereich der Pensionsversicherung inklusive der zugehörigen Finanzdaten fließen auch die Ergebnisse aus den ersten beiden Modulen in das

Pensionsmodell ein. Alle drei Module dienen als Grundlage für das vierte Modul, die Prognose der langfristigen Entwicklung des gesetzlichen Pensionsversicherungssystems.

Im Vergleich zur vorliegenden Langfristprognose gibt es hinsichtlich der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Beschäftigung (Vollzeitäquivalente) kaum nennenswerte Unterschiede. Jedoch ist wie im Nachhaltigkeitsbericht des Fiskalrats auch im Langfristgutachten der Alterssicherungskommission die Einschätzung für das langfristige Wachstum der Gesamtproduktivität etwas optimistischer. Die Arbeitsproduktivität – die Summe aus den Wachstumsbeiträgen der Gesamtproduktivität und des Kapitaleinsatzes – wird für den Zeitraum 2023-2070 auf durchschnittlich 1,16% pro Jahr geschätzt. Da der Wachstumsbeitrag der Beschäftigung minimal ist, ergibt sich für das langfristige reale BIP-Trendwachstum 1,17% pro Jahr für die Periode 2023-2070.

Im Ergebnis steigen die Gesamteinnahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung – ohne Bundesmittel – von 9,0% des BIP 2023 auf 9,9% des BIP 2070 (2060: 9,8% des BIP) und die Gesamtausgaben exklusive Ausgleichszulage von 11,7% des BIP auf 16,1% des BIP 2070 (2060: 16,2% des BIP). Exklusive sonstigem Aufwand, Ausgleichszulage und Rehabilitationsgeld steigt der Pensionsaufwand im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung von 10,4% des BIP 2023 auf 15,1% des BIP 2070 (2060: 15,2% des BIP).

Im zweiten Bericht der Alterssicherungskommission wird die **langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der Pensionen der Beamten und Beamtinnen des Bundes, der Länder und der Gemeinden** analysiert. Diese basiert auf einem neuen, weiterentwickelten Kohorten-Simulationsmodell des BMF, das die komplexe Bemessung der Beamtinnen- und Beamtenpensionen abbildet. Als Datengrundlage dienen Lohnsteuerdaten aus dem Jahr 2022. Die Annahmen bezüglich langfristiges Produktivitätswachstum und Trendwachstum des realen BIP entsprechen jenen des Langfristgutachtens zur gesetzlichen Pensionsversicherung. In Prozent des realen BIP sinken die Beitragseinnahmen von 0,6% im Jahr 2023 auf 0,3% im Jahr 2070 und die Beamtenpensionsaufwendungen von 3,0% 2023 (2025: 3,2%) auf 0,6% ab Beginn der 2060er-Jahre.

Die **Summe aus Pensionsaufwand im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung (exklusive sonstigem Aufwand, Ausgleichszulage und Rehabilitationsgeld) und Beamtenpensionsaufwendungen** steigt somit auf somit rund **15,8% des BIP im Jahr 2060**. Das entspricht dem projizierten Wert der gesamten Pensionsausgaben (inkl. Ausgleichszulage und Rehabilitationsgeld) 2060 in der vorliegenden Langfristprognose.

5.4. Ageing Report 2024 der Europäischen Kommission

Auf Ebene der Europäischen Union werden alle drei Jahre durch die Europäische Kommission (EK) im Rahmen des „Ageing Reports“ die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Haushalte der Mitgliedsstaaten beleuchtet. Basierend auf Bevölkerungs- und Erwerbsprognosen sowie Annahmen zur makroökonomischen Entwicklung werden Langfristprojektionen altersabhängiger Ausgaben erstellt. Die altersabhängigen Ausgaben umfassen Ausgaben für Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung. Diese Projektionen fließen in eine Vielzahl von politischen Debatten und Prozessen auf Ebene der Europäischen Union ein, zB. in das Europäische Semester. Der Ageing Report 2024 wurde im April 2024 veröffentlicht und steht auf folgender Webseite zum Download verfügbar (in Englisch): https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/2024-ageing-report-economic-and-budgetary-projections-eu-member-states-2022-2070_en (27.11.2025)

Tabelle 28: Vergleich mit dem Ageing Report 2024 der Europäischen Kommission

In % des BIP	Europäische Kommission - Ageing Report 2024						Δ LFP 2025 / EK 2024					
	2024	2025	2030	2040	2050	2060	2024	2025	2030	2040	2050	2060
Demografieabhängige Ausgaben exkl. Familienleist.	28,0	28,3	29,1	29,3	29,5	29,9	+1,5	+1,7	+1,2	+2,1	+2,8	+3,3
Pensionsausgaben	14,2	14,5	15,0	14,6	14,0	14,0	+0,7	+0,7	+0,4	+1,1	+1,6	+1,8
Gesundheit	7,7	7,8	8,0	8,4	8,8	8,8	+0,2	+0,2	+0,2	+0,3	+0,4	+0,5
Pflege	1,6	1,6	1,8	2,1	2,6	2,9	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3	-0,1
Bildung	4,5	4,4	4,3	4,2	4,1	4,2	+0,8	+0,9	+0,9	+1,0	+1,1	+1,1

Quelle: Europäische Kommission (2025), eigene Darstellung.

Die im Ageing Report zugrunde gelegte **Bevölkerungsprognose** ist die Hauptvariante der Bevölkerungsvorausschätzung 2024-2070 von Eurostat (EUROPOP 2023). Diese sieht für Österreich bis 2060 einen Anstieg der Gesamtbevölkerung auf 9,5 Mio. Personen vor, was deutlich unter den 9,9 Mio. Personen gemäß Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria liegt. Dies liegt insbesondere in einer niedrigeren angenommenen Gesamtfertilitätsrate gemäß EUROPOP 2023 begründet, während der durchschnittliche Nettowanderungssaldo geringfügig höher geschätzt wird. Demgemäß erwartet die EUROPO 2023-Prognose langfristig auch eine etwas ältere Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung als die Bevölkerungsprognose 2024 von Statistik Austria. Bezogen auf das Jahr 2060 äußert sich das insbesondere in einem geringeren Anteil der Bevölkerung bis 19 Jahre an der Gesamtbevölkerung, während die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren einen größeren Anteil ausmacht. Aufgrund der insgesamt niedrigeren Bevölkerungszahl ist die Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Prognose von Eurostat absolut gesehen jedoch niedriger. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre 2060 ist in beiden Prognosen ähnlich, was impliziert, dass die absolute Anzahl in der EUROPOP 2023-Prognose geringer ist. Die Altenquote (Verhältnis der Bevölkerung über 65

Jahre zu jener zwischen 20 und 64 Jahren) beläuft sich in der EUROPOP 2023-Prognose im Jahr 2060 auf 54,8%, während sie in der Langfristprognose nur bei 55,2% liegt. Diese Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur wirken sich sowohl auf den Arbeitsmarkt als auch auf die altersabhängigen Ausgaben aus.

Wesentlich optimistischer ist die Annahme über das **Wachstum der Gesamtproduktivität** im Ageing Report. Dieses wird mit durchschnittlich 0,82% pro Jahr im Zeitraum 2025-2060 angenommen, was deutlich über den in der vorliegenden Langfristprognose unterstellten Wert von 0,49% liegt. Dementsprechend ist auch die Arbeitsproduktivität mit durchschnittlich 1,26% pro Jahr 2025-2060 deutlich höher als in der Langfristprognose mit durchschnittlich 0,90% pro Jahr. Für das Trendwachstum des realen BIP ergibt dies durchschnittlich 1,30% pro Jahr 2025-2060 im Ageing Report gegenüber 1,04% in der vorliegenden Langfristprognose.

Basierend auf diesen Annahmen projiziert der Ageing Report 2024 für Österreich einen Anstieg der **altersabhängigen Ausgaben** auf 29,9% des BIP im Jahr 2060 (2070: 30,2% des BIP). Im Vergleich zur vorliegenden Langfristprognose, in der die altersabhängigen Ausgaben – exklusive Familienleistungen – bis 2060 auf 33,2% des BIP ansteigen, ist dies um 3,3 Prozentpunkte geringer. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass im Ageing Report 2024 das Jahr 2023 das erste Prognosejahr darstellt. Für 2024 wurden die altersabhängigen Ausgaben auf 28,0% des BIP geschätzt, was deutlich unter dem realisierten Wert von 29,5% des BIP liegt. Sieht man sich die Steigerung von 2025 bis 2060 an, dann nehmen die altersabhängigen Ausgaben im Ageing Report 2024 um 1,6 Prozentpunkte des BIP zu. Diese Einschätzung ist deutlich positiver als in der vorliegenden Langfristprognose, in der ein Anstieg um 3,1 Prozentpunkte des BIP im selben Zeitraum erwartet wird. Im Detail gibt es bei den einzelnen Ausgabenkategorien folgende Unterschiede:

- Die **Pensionsausgaben** (inkl. Ausgleichszulage und Rehabilitationsgeld) sinken im Ageing Report 2024 um 0,5 Prozentpunkte von 14,5% des BIP 2025 auf 14,0% des BIP 2060, während sie in der Langfristprognose um 0,6 Prozentpunkte von 15,2% des BIP auf 15,8% des BIP steigen.
- Die **Gesundheitsausgaben** nehmen im Ageing Report 2024 um 1,0 Prozentpunkte von 7,8% des BIP 2025 auf 8,8% des BIP 2060 zu. Der Anstieg ist damit etwas geringer als in der Langfristprognose, in der die Gesundheitsausgaben von 8,0% des BIP 2025 um 1,3 Prozentpunkte auf 9,3% des BIP 2060 steigen.

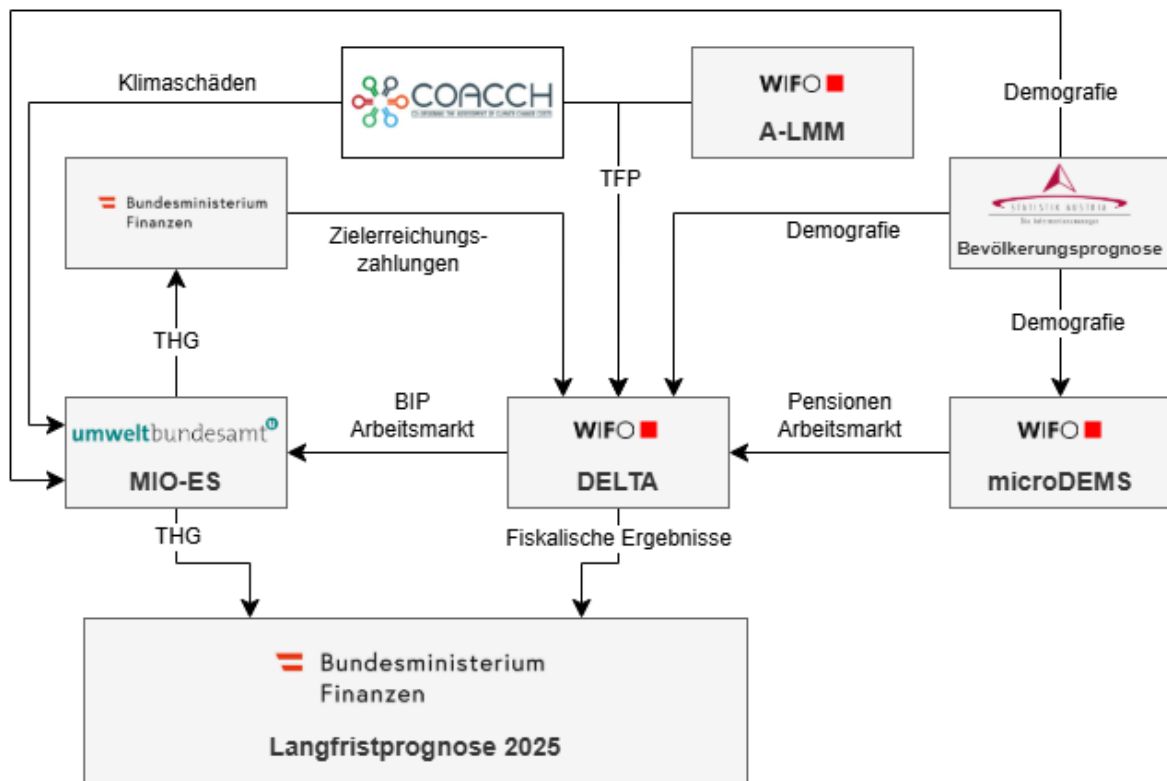
- Die Steigerung bei den **Ausgaben für Pflege** steigt in beiden Prognosen mit 1,3 Prozentpunkten des BIP im Zeitraum 2025-2060 in einem vergleichbaren Ausmaß an. Das prognostizierte Niveau im Jahr 2060 ist mit 2,9% des BIP im Ageing Report 2024 und 2,8% des BIP in der vorliegenden Langfristprognose ähnlich.
- Für die **Bildungsausgaben** prognostiziert der Ageing Report 2024 einen Rückgang von 4,4% des BIP 2025 auf 4,2% des BIP 2060. Der Rückgang weist damit nicht nur eine etwas stärkere Dynamik als in der Langfristprognose auf, es gibt insbesondere einen deutlichen Niveauunterschied. Der realisierte Wert 2024 liegt bei 5,3% des BIP. In der vorliegenden Langfristprognose sinken die Bildungsausgaben von 5,3% des BIP 2025 leicht auf 5,2% des BIP 2060.

6. Methoden

6.1. Modelle und Schnittstellen

Kern der fiskalischen Prognose ist das DELTA-Modell, das in Kapitel 6.2 ausführlicher beschrieben wird. Ergänzend fließen jedoch Ergebnisse weiterer spezialisierter Modelle ein, um die jeweiligen Stärken unterschiedlicher methodischer Ansätze gezielt zu nutzen. Abbildung 34 gibt einen Überblick über die Verflechtungen und Schnittstellen zwischen den Modellen für das Basisszenario.

Abbildung 34: Verflechtungen und Schnittstellen zwischen den Modellen



Die Wachstumsraten der Gesamtproduktivität basieren grundsätzlich auf dem **A-LMM** (Kaniovski et al., 2024). Zusätzlich werden wachstumsdämpfende Effekte klimabedingter Schäden berücksichtigt, die aus dem **COACCH** (Parrado et al., 2021; Van der Wijst et al., 2021) stammen. Daten zum Arbeitsmarkt und zu Pensionsansprüchen fließen aus dem **microDEMS** (Bittschi et al., 2024; Horvath et al., 2022, 2024) in die Prognose ein. Die Zeitreihe für die Zielerreichungszahlungen wurde vom BMF auf Basis der Treibhausgasemissionen berechnet, die dem **MIO-ES** (Umweltbundesamt, 2025a)

entnommen sind. Das MIO-ES wurde so kalibriert, dass makroökonomische Größen mit dem DELTA-Modell konsistent sind. Dem DELTA-Modell, dem microDEMS und dem MIO-ES liegt jeweils die **Bevölkerungsprognose 2024** der Statistik Austria zugrunde.

Die dargestellte Struktur der Modellverflechtungen macht deutlich, dass jedes Modell einen spezifischen Beitrag liefert. Um diese Beiträge einordnen zu können, folgt nun eine kompakte Beschreibung dieser Modelle.

Das **A-LMM** (Austrian Long-run Macroeconomic Model) 2.0 ist ein angebotsseitig ausgerichtetes, neoklassisches Makromodell. Im Zentrum steht eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit endogenem, demografisch determiniertem technologischem Fortschritt: Eine alternde Bevölkerung wirkt direkt negativ auf die Produktivität, löst aber über Arbeitskräfteknappheit automations- und digitalisierungsgetriebene Produktivitätsimpulse aus. Zusätzlich modelliert A-LMM zentrale makroökonomische Größen wie Sparquote, realen Zinssatz und Inflation in Abhängigkeit von Altersstrukturen.

Die Berücksichtigung wachstumsdämpfender Effekte klimabedingter Schäden basiert auf den Ergebnissen des EU-Projekts „**CO**-designing the **A**ssessment of **C**limate **CH**ange costs“ (**COACCH**). Das übergeordnete Ziel von COACCH ist die Erstellung einer verbesserten, detaillierteren Bewertung der Risiken und Kosten des Klimawandels in Europa, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Endnutzer aus Forschung, Wirtschaft, Investitionsbereich und Politik direkt zugänglich ist. Konkret wurden für die vorliegende Langfristige Budgetprognose die Resultate des Deliverable 2.7 und 4.3 verwendet. In Deliverable 2.7 wird das Computable General Equilibrium (CGE) Modell ICES verwendet, um die Auswirkungen von Klimaschäden zu quantifizieren. Die resultierenden Ergebnisse werden anschließend mittels statistischer Methoden auf kleinere Regionen skaliert (statistical downscaling). In Deliverable 4.3 werden in Kapitel 4 die Effekte von nationalen Anpassungsstrategien ebenso in einem CGE-Modell quantifiziert.

Das **microDEMS** (Demography, **E**mployment and **S**ocial Security) ist ein dynamisches Mikrosimulationsmodell, das individuelle Lebens- und Erwerbsverläufe der österreichischen Bevölkerung simuliert. Es verwendet administrative Daten und empirisch geschätzte Übergangsraten zwischen Erwerbszuständen wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Inaktivität. Diese Übergänge hängen unter anderem von Alter, Bildung, Geschlecht, Herkunft, Gesundheitszustand und Familienmerkmalen ab. Für die Pensionsanalyse bildet microDEMS alle relevanten Pensionsarten, Eintrittsalter sowie erforderlichen Beitrags- und Versicherungszeiten des österreichischen Pensionssystems

ab. Pensionsansprüche werden über individuelle Pensionskonten berechnet. So können Pensionseintritte, Leistungsniveaus und die Auswirkungen von Reformen auf die künftigen Ausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung abgeschätzt werden.

6.2. DELTA-Modell

Das **Demography-based Economic Long-Term Austria (DELTA)-Modell** bildet die langfristige Entwicklung des öffentlichen Haushalts unter Einbeziehung makroökonomischer und demografischer Trends ab. Es wurde erstmals in Schiman (2013) vorgestellt und seither in Schiman (2016, 2019), Schiman-Vukan (2022) sowie zur Erstellung der vorliegenden Prognose eingesetzt.

Im ersten Schritt wird die Entwicklung zentraler makroökonomischer Größen, insbesondere des Wirtschaftswachstums, modelliert. Die somit ermittelten Größen dienen im zweiten Schritt als Basis für die Fiskalprognose. Hierbei erfolgt eine detaillierte Beschreibung der Staatsausgaben und -einnahmen in Abhängigkeit von demografischen und makroökonomischen Parametern. Die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben orientiert sich an der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), sodass zentrale Fiskalindikatoren (Budgetsaldo, Bruttoschuldenstand usw.) konsistent mit den Maastricht-Definitionen abgeleitet werden können.

Im Folgenden werden das zugrunde liegende Wachstumsmodell sowie die Herleitung der Zinsausgaben näher erläutert.

Wirtschaftswachstum

Den Kern des DELTA-Modells bildet ein klassisches, **angebotsorientiertes Wachstumsmodell** à la Solow-Swan.²⁴ In angebotsorientierten Wachstumsmodellen wird das Produktionsniveau Y einer Volkswirtschaft, gemeint ist das reale Bruttoinlandsprodukt, durch die verfügbaren Inputfaktoren – **Arbeit** L , **Kapital** K und den Stand des technischen Fortschritts, genannt **Gesamtproduktivität**, TFP – bestimmt.

Angebotsorientierte Modelle sind hilfreich, um langfristige Wachstumstreiber zu analysieren. Nachfrageeffekte, kurzfristige Konjunkturzyklen und Kapazitätsauslastung werden zugunsten von Einfachheit und Nachvollziehbarkeit bewusst vernachlässigt.

²⁴ Vgl. Solow (1956) bzw. Swan (1956) für die klassische Formulierung des neoklassischen Wachstumsmodells.

Die Zusammenführung der Inputfaktoren erfolgt über eine Produktionsfunktion. Im DELTA-Modell wird eine **Cobb-Douglas-Produktionsfunktion** unterstellt, sodass sich der Output im Jahr t wie folgt ergibt:

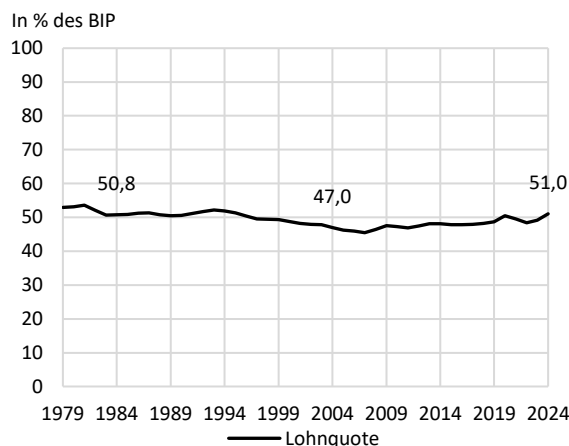
$$Y_t = TFP_t K_t^\alpha L_t^{1-\alpha} \quad (1)$$

Der Parameter α wird über den gesamten Prognosezeitraum auf 0,5 festgesetzt. Dieser Wert liegt in einem Bereich, der gut mit historischen Beobachtungen der Lohnquote vereinbar ist. Die **Lohnquote** ist der Anteil der gesamten Produktion, der als Arbeitsentgelt an die Beschäftigten ausgezahlt wird, und entspricht $1 - \alpha$:

$$\text{Lohnquote}_t = \frac{w_t L_t}{Y_t} = 1 - \alpha = 0,5 \quad (2)$$

Dabei steht w für den Reallohn pro effektive Arbeitseinheit. Die Gleichung ergibt sich aus der Annahme, dass der Reallohn dem Grenzprodukt der Arbeit entspricht, also $w_t = \partial Y_t / \partial L_t$.

Abbildung 35: Entwicklung der Lohnquote



Quelle: WIFO, eigene Darstellung.

Die Zeitreihen der Produktionsfaktoren Arbeit L und Gesamtproduktivität A sind **exogen** und basieren auf den Ergebnissen anderer Modelle:

- Gesamtproduktivität **TFP**: A-LMM und COACCH
- Arbeit **L**: microDEMS

Im Gegensatz dazu wird der Kapitalstock K **endogen**, also dynamisch innerhalb des Modells, bestimmt. Der Kapitalstock wird in jedem Jahr um Abschreibungen geschmälert und Investitionen vergrößert. Auf einem ausgeglichenen Wachstumspfad wächst das Kapital mit Output Y mit, sodass der Kapitalkoeffizient K_t/Y_t über die Zeit hinweg konstant bleibt. Diese Dynamik wird auch im DELTA-Modell unterstellt.

Schlussendlich lässt sich aus Gleichung (1) Wachstumszerlegung ableiten, wobei g für Wachstumsrate der jeweiligen Größe steht.

$$g_{Y,t} = g_{TFP,t} + \alpha g_{K,t} + (1 - \alpha) g_{L,t} \quad (3)$$

Gleichung (3) zeigt, dass sich das reale BIP-Wachstum aus dem Wachstum der Gesamtproduktivität sowie jeweils zur Hälfte aus dem Wachstum von Kapital und Arbeit ergibt.

Zinsdynamik

Die Zinsausgaben im Jahr t , ZA_t , setzen sich aus zwei Komponenten zusammen: den Zinsen auf Neuschulden zum Neuzinssatz i_t^n sowie den Zinsen auf Altschulden zum Altzinssatz i_t^a . Es wird eine Schuldüberrollung T_t angenommen. Schuldüberrollung bedeutet, dass ein Teil der ausstehenden Anleihen im Jahr t fällig wird und durch neue Schulden ersetzt werden muss.

Altschulden entsprechen daher dem Schuldenstand des Vorjahres D_{t-1} , abzüglich der aktuellen Überrollung T_t . Neuschulden ergeben sich aus dem Primärdefizit PD_t zuzüglich der Überrollung T_t , da diese durch neue Anleihen refinanziert wird.

Die gesamten Zinszahlungen ergeben sich zu:

$$ZA_t = i_t^a (D_{t-1} - T_t) + i_t^n (PD_t + T_t) \quad (4)$$

Zur Vereinfachung wird angenommen, dass die jährliche Überrollung T_t stets 10% des Schuldenstands des Vorjahres beträgt. Somit gilt:

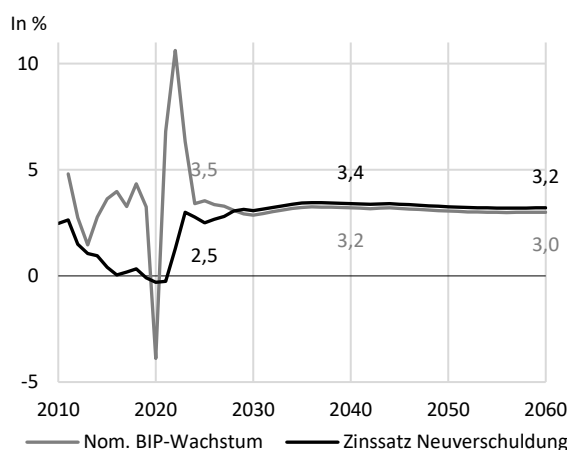
$$T_t = 0,1 D_{t-1} \quad (5)$$

Der Altzinssatz i_t^a ist der Durchschnittszins der bereits ausstehenden Staatsanleihen und wird durch das Verhältnis der Zinszahlungen des Vorjahres zum Schuldenstand des Vorvorjahres approximiert:

$$i_t^a = \frac{ZA_{t-1}}{D_{t-2}} \quad (6)$$

Der Neu-Zinssatz i_t^n orientiert sich an Kaniovski et al. (2024) und wird als 0,25 Prozentpunkte über dem nominalen BIP-Wachstum angenommen.

Abbildung 36: Vergleich Zinssatz und BIP-Wachstum



Quelle: WIFO (2025), eigene Darstellung.

6.3. MIO-ES Modell

Das **Makroökonomische Input-Output-Modell mit integriertem Energiesystem (MIO-ES)** ist ein zentrales Analyseinstrument des Umweltbundesamts. Das Modell ist im Detail in Umweltbundesamt (2023) dargestellt. Methodisch ist das MIO-ES ein hybrides, makroökonomisches Input Output (IO)-Modell, das neben volkswirtschaftlichen Verflechtungen auf monetärer Basis auch das Energiesystem in physischen Einheiten voll in die ökonomisch-energetische Analyse integriert.

Das MIO-ES-Modell wird, wie etwa auch im Fall der Langfristigen Budgetprognose, für die Erstellung langfristiger Szenarien österreichischer Treibhausgasemissionen verwendet. Dazu werden im MIO-ES einerseits Effekte von gekoppelten Sektor-Modellen, etwa für die Bereiche Verkehr, Gebäude oder Landwirtschaft, aggregiert und übergeordnete Gleichgewichtswirkungen berücksichtigt. So erstellt das Umweltbundesamt, als

Treibhausgasinventurstelle des Bundes die gem. EU-Verordnung über das Governance-System der Energieunion die unionsrechtlich vorgeschriebenen Projektionen.

Das MIO-ES Modell wird als ein hybrides Modell bezeichnet, da es verschiedene Paradigmen aus unterschiedlichen makroökonomischen Modellansätzen vereint. So baut das MIO-ES Modell etwa auf traditionellen Input-Output Modellen auf, kombiniert diese jedoch sowohl mit einem rechenbaren allgemeine Gleichgewichtsansatz (Computable General Equilibrium; CGE) und keynesianischen strukturellen ökonometrischen Modellen. Durch diese Kombination können etwa preisabhängige Faktorsubstitutionen zwischen etwa Arbeit, Kapital, Materialvorleistungen und Energie anhand einer Translog Produktionsfunktion im Modell dargestellt werden, während Konsument:innen ein preisabhängiges Verhalten durch ein sogenanntes Almost Ideal Demand System (AIDS-Modell) aufzeigen. Zusätzlich können Investitionen, Lohnsetzung und Konsumverhalten im Modell endogen modelliert werden. Keynesianische Multiplikatoreffekte werden empirisch kalibriert und wirken dynamisch zwischen den verschiedenen Jahren in Pfadabhängigkeit auf das Wirtschaftsgeschehen.

Letztlich ermöglicht diese detaillierte Energiesystem- und Produktions- sowie Konsumdarstellung, dass die durch wirtschaftliches und technisches Handeln entstehenden energetischen Emissionen im größtmöglichen Ausmaß berücksichtigt werden. Nicht-energetische Emissionen (etwa LULUCF oder Landwirtschaftsbereich) werden in den Projektionen des Umweltbundesamts ebenso berücksichtigt, jedoch außerhalb des MIO-ES berechnet.

Quellenverzeichnis

Alterssicherungskommission (2024): Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2023 bis 2070. URL: <https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:343261d3-8fd1-4066-bdcb-d2a88d530018/Langfristgutachten%20gesetzliche%20Pensionsversicherung%202023-2070.pdf> & Bericht der Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme über die langfristige Entwicklung und Finanzierbarkeit der Pensionen der Beamten und Beamtinnen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die Jahre 2023 bis 2070. URL: <https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:fc47d4b3-4338-4379-b916-4c914c221fdf/Langfristgutachten%20Beamtenpensionen%202023-2070.pdf>

Baumgartner, J., Kaniovski, S., Loretz, S., & Sommer, M. (2025). Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030. WIFO-Monatsberichte, 98(10), 533–550. URL: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892103>.

Casas, Isabel; Gao, Jiti; Peng, Bin und Xie, Shangyu (2021): Time-varying income elasticities of healthcare expenditure for the OECD and Eurozone. Journal of Applied Econometrics (36.3): 328-345.

Europäische Kommission (2024): The 2024 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2022-2070). Institutional Paper 279, April 2024, Brussels. URL: https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/971dd209-41c2-425d-94f8-e3c3c3459af9_en?filename=ip279_en.pdf

Fiskalrat (2025): Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit. URL: <https://www.fiskalrat.at/publikationen/berichte/nachhaltigkeitsbericht-uebersicht.html>

Umweltbundesamt (2023): Umweltökonomische Analysen mit dem MIO-ES-Modell: Dokumentation der Modellstruktur und Datenbasis, REP-0861, Umweltbundesamt, Wien 2023. URL: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0861.pdf>

Kaniovski, S., Url, T., Hofer, H., & Ertl, M. (2024). A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM 2.0). New Results (2024). WIFO.
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53808342>

Parrado, Ramiro; Bosello, Francesco und Standardi, Gabriele (2021): Macroeconomic assessment of climate change impacts (version 1). URL:
<https://doi.org/10.5281/zenodo.5546248>

Umweltbundesamt (2025a): THG-Szenarien für die Langfristige Budgetprognose 2025, Studie im Auftrag des BMF, REP-1010, Umweltbundesamt, Wien 2025. URL:
<https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1010.pdf>

Umweltbundesamt (2025b): Klimaschutzbericht 2025, REP-0990, Umweltbundesamt, Wien 2025. URL: https://www.umweltbundesamt.at/studien-reports/publikationsdetail?pub_id=2613&cHash=8eeac146a3142f796d355043bb0c5dc9

Van der Wijst, K., Bosello, F., Ignjacevic, P., Preinfalk, E, et al. (2021): D4.3 Macroeconomic assessment of policy effectiveness. Deliverable of the H2020 COACCH project.

WIFO (2022): Schiman-Vukan, Stefan (2022): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich. WIFO, Dezember 2022, Wien. URL:
<https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70395>

WIFO (2025): Schiman-Vukan, Stefan; Horvath, Thomas und Spielauer, Martin (2025): Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich. WIFO, Dezember 2025, Wien.

Statistik Austria (2024): Bevölkerungsprognose 2024. November 2024, Wien.

Anhang

Klimapolitik und Klimaziele

Die **Europäische Union** erbringt ihre Beiträge zur Erreichung der langfristigen Treibhausgasreduktionsziele im Sinne von Artikel 2.1.a des Übereinkommens von Paris als sogenannten „kollektiven Beitrag“ aller EU-Mitgliedsstaaten (MS) gemeinsam. Für die europäischen MS konstituiert dies eine doppelte Verpflichtung (völker- und unionsrechtlich), die Vorgaben des Übereinkommens von Paris im Mitigationbereich einzuhalten. Da Verfehlungen der EU-MS ihre Emissionsobergrenzen einzuhalten auch den EU-weiten Beitrag zum Übereinkommen von Paris gefährden, ist in Zukunft bei Verfehlungen mit einer Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren zu rechnen.

Unionsintern werden die klima- und energierelevanten Beiträge der EU-MS im EU 2020 Klima- und Energiepaket und im EU 2030 Klima- und Energierahmen geregelt. Die Senkung der unionsweiten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) soll sowohl über das **Europäische Emissionshandelssystem I (EU-ETS I; geregelt in der EU-Emissionshandelsrichtlinie)** als auch über die Lastenteilungsverordnung („**Effort-Sharing-Regulation**“; **ESR**) erfolgen.²⁵ Die ESR setzt in den Sektoren außerhalb des EU-ETS und exklusive dem LULUCF Sektor (Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft) verbindliche Jahresziele zur THG-Emissionsreduktion, die von den Mitgliedsstaaten einzuhalten sind.

Mit dem Beschluss des **europäischen Klimagesetzes** im Jahr 2021, welches das Ziel der Klimaneutralität innerhalb der EU bis 2050 verbindlich fixiert hat, wurde es notwendig, in allen bestehenden Gesetzen **Zielverschärfungen** vorzunehmen. Mit dem im Juli 2021 von der Europäischen Kommission präsentierten „Fit for 55“-Paket hat die EU für 2030 noch ehrgeizigere Klimaziele formuliert und sich dazu verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030, um mindestens 55% gegenüber 1990 zu reduzieren. Darüber hinaus werden auf EU-Ebene die Zielwerte für den Anteil erneuerbarer Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch mit 42,5% beziffert und ein verbindliches Ziel zur Senkung des Energieverbrauchs um 11,7% (verglichen mit Prognosen eines Referenzszenarios für 2020) bis zum Jahr 2030

²⁵ In diesem Zusammenhang hat die EK, basierend auf den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2014, einen verbindlichen Rahmen zur Einhaltung der Klima- und Energieziele geschaffen. Dieser umfasst ua. die Verordnung (EU) 2018/842 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele zur THG-Emissionsreduktion („Effort-Sharing“), die Richtlinie (EU) 2018/410 zur Revision des Emissionshandels und die Verordnung (EU) 2018/1999 zum Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz.

vorgegeben. In der LULUCF Verordnung (EU 2023/839) wird ein EU-Gesamtziel im Umfang von einer Senkenleistung -310 Mio. Tonnen CO₂e im Bereich der Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft bis 2030 festgelegt. Im Jahr 2028 tritt ein neues, separates EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS II) für den Straßenverkehr und den Gebäudesektor in Kraft.

Derzeit wird über ein EU-Klimaziel für das Jahr 2040 verhandelt. Im November 2025 haben sich der Rat der Umweltminister und das Europäische Parlament jeweils auf ihre Positionen geeinigt, nun laufen die Trilog Verhandlungen für den endgültigen Gesetzestext. Es ist derzeit davon auszugehen, dass das Ziel eine Reduktion der Netto-Treibhausgasemissionen um 90% bis 2040 im Vergleich zum 1990, wobei bis zu 5% durch Nutzung von internationalen Zertifikaten beglichen werden kann, vorgesehen wird.

Für Österreich besteht gemäß Verordnung (EU) 2018/842 eine Reduktionsverpflichtung der THG-Emissionen bis 2030 in Sektoren im ESR-Bereich²⁶ um 48% gegenüber 2005. Ebenso gibt es nationale Verpflichtungen im LULUCF Sektor.

Die EK bewertet auf Basis der Verordnung (EU) 2018/1999 zum Governance-System jedes Jahr die Fortschritte der EU-MS bei der Erreichung ihrer ESR-Ziele und legt einen Bericht über diese vor. Macht ein EU-MS keine ausreichenden Fortschritte, so muss er gemäß Artikel 8 der EU-VO 2018/842 binnen 3 Monaten der EK einen angemessenen Plan für Abhilfemaßnahmen vorlegen. Zusätzlich erfolgen alle fünf Jahre eine umfassende Überprüfung der Emissionsberichte der Mitgliedstaaten sowie eine formelle Compliance-Kontrolle.

In der Emissionsperiode 2021-2030 passiert diese formellere Kontrolle zu zwei Zeitpunkten: in den Jahren 2027 (für die Emissionsjahre 2021-2025) und 2032 (für die Emissionsjahre 2026-2030). Kann ein EU-MS bei diesen Kontrollen trotz Inanspruchnahme von Flexibilitätsmöglichkeiten die Zieleinhaltung für die betreffenden Emissionsjahre nicht nachweisen, wird neben der Verpflichtung die entstandene Lücke zu schließen (zB. über einen Zertifikatsankauf) ein „Strafzuschlag“ iHv. 8% der erfassten THG-Lücke für das Folgejahr zugeschlagen (Artikel 9 EU-VO 2018/842).²⁷

²⁶ Dazu zählen folgende Sektoren: Energie und Industrie (außerhalb des EU-ETS I), Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Fluorierte Gase.

²⁷ Der „Strafzuschlag“ iHv. 8% würde – im Falle einer Nicht-Compliance in der Abrechnungsperiode – zu einer entsprechenden Erhöhung der THG-Lücke um zusätzliche 8% führen und somit zB. den mengenmäßigen Bedarf für anzukaufende Emissionszertifikate, um dennoch eine Zielerreichung sicherzustellen, ansteigen lassen.

Ein wesentliches Element der Überprüfung der Zielkompatibilität von EU-MS sind die unionsrechtlich verbindlichen Nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP). In diesem Zusammenhang wurde von Seiten der Republik bis 31. Dezember 2019 ein Entwurf des ersten österreichischen NEKP an die EK übermittelt.²⁸ Im Dezember 2024 wurde die finale Aktualisierung des NEKP an die EK übermittelt.²⁹

Derzeit stammt über ein Drittel (35,7%) der jährlichen Gesamtemissionen Österreichs aus jenen Sektoren, welche unmittelbar dem Europäischen Emissionshandelssystem unterliegen (EU-ETS I). Die restlichen THG-Emissionen (rund 64,3%) entfallen auf sechs Sektoren außerhalb des Europäischen Emissionshandelssystems (ESR-Bereich) und sind innerstaatlich durch das Klimaschutzgesetz (KSG 2013; BGBl. I Nr. 106/2011 i.d.g.F.) geregelt.²⁶ Die Einhaltung der Zielvorgabe im ESR-Bereich genauso wie im LULUCF Sektor liegen in unmittelbarer Zuständigkeit Österreichs und bergen im Falle einer Nichterreichung ein budgetäres Risiko für den Staatshaushalt.

Status Quo der Treibhausgasemissionen und bisherige Szenarien zur Entwicklung der THG-Emissionen

Die in der Treibhausgasinventur 2025 publizierten THG-Emissionen für das Jahr 2023 weisen für diese sechs Sektoren (und damit für den ESR-Bereich; exklusive LULUCF) einen Gesamt-Emissionswert von **44,3 Mio. t CO₂e** auf.³⁰ Eine Aufteilung der ESR-Gesamtemissionen (exklusive LULUCF) für das Jahr 2023 auf die betroffenen sechs Sektoren wird in Tabelle 29 dargestellt:

Tabelle 29: THG-Emissionen 2023 gem. THG-Inventur des Umweltbundesamts, im ESR-bereich (exklusive LULUCF; absolut und in % der Gesamtemissionen)

Sektor	THG-2023 (in Mio. t CO ₂ e)	in %
Energie und Industrie (Non-ETS)	5,5	12,4%
Verkehr	19,8	44,7%
Gebäude	6,3	14,2%
Landwirtschaft	8,4	19,0%
Abfallwirtschaft	2,4	5,4%
Fluorierte Gase	1,8	4,1%
Gesamt ESR (ohne ETS, ohne LULUCF)	44,3	100,0%

Es können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

²⁸ Eine Übermittlung eines Entwurfs zum NEKP erfolgte, wie unionsrechtlich vorgeschrieben, bereits im Dezember 2018 an die EK. Die EK kommentierte diesen Entwurf Mitte 2019. Der erste österreichische NEKP:

https://energy.ec.europa.eu/system/files/2020-01/at_final_necp_main_de_0.pdf

²⁹ https://commission.europa.eu/document/download/368783a6-2986-46e3-8a93-38beefc3872f_de

³⁰ Umweltbundesamt 2025b

Der Sektor Verkehr weist mit 19,8 Mio. t CO₂e (44,7% der ESR-Gesamtemissionen) die höchsten THG-Emissionen auf. Die Sektoren Landwirtschaft (8,4 Mio. t CO₂e bzw. 19,0%) und Gebäude (6,3 Mio. t CO₂e bzw. 14,2%) folgen mit Abstand dahinter. Insgesamt lagen die ESR-Emissionen im Jahr 2023 um rund 23,1% unter dem Wert von 2005 (57,6 Mio. t CO₂e).

Die gesamten Treibhausgasemissionen (inkl. ETS, ohne LULUCF) machten 2023 68,7 Mio. t CO₂e aus. Damit lagen die Treibhausgas-Emissionen um 13,7% unter dem Wert von 1990 (79,6 Mio. t CO₂e).

Der Landnutzungssektor (LULUCF) war in den vergangenen Jahrzehnten meist eine Netto-Senke, jedoch mit einem deutlich abnehmenden Trend im Vergleich zu den 1990er Jahren, als rund 15 Millionen Tonnen CO₂e gespeichert wurden. Im Jahr 2023 wurde der LULUCF Sektor mit 7,5 Mio. t CO₂e eine Netto-Emissionsquelle (wie schon in den Jahren 2018 und 2019). Das Ergebnis des LULUCF Sektors unterliegt starken jährlichen Schwankungen.³¹

Abgesehen von der jährlichen Treibhausgasinventur erstellt das Umweltbundesamt regelmäßig Szenarien über die wahrscheinliche Entwicklung österreichischer Treibhausgas-Emissionen, die als Grundlage zur Erfüllung der EU-Berichtspflicht im Rahmen der Verordnung (EU) 2018/1999 zum Governance-System herangezogen werden.³² Dabei werden stets zwei Szenarien erstellt:

- **„With-existing-measures“ (WEM-Szenario):** Für das WEM-Szenario werden die bis zu einem bestimmten Stichtag verbindlich umgesetzten Maßnahmen berücksichtigt.
- **„With-additional-measures“ (WAM-Szenario):** Das WAM-Szenario beinhaltet zusätzliche in Diskussion befindliche Maßnahmen, deren Umsetzung als wahrscheinlich angesehen wird bzw. deren Umsetzung nach dem Stichtag erfolgt ist.

Die Ergebnisse der im Frühjahr 2025 bei der EU-Kommission eingereichten Szenarien³³ zeigen, dass das aktuelle WEM-Szenario bis 2030 eine deutliche Abweichung der zu erwartenden ESR-Emissionen Österreichs vom Zielpfad gemäß Verordnung (EU) 2018/842 aufweist. Die Reduktion Treibhausgasemissionen im Effort-Sharing-Bereich im Jahr 2030 würde demnach, bereits unter Verwendung der ETS-Flexibilität, -33% gegenüber dem Jahr

³¹ https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/aktuelles/2025/hintergrundinfo_lulucf_submission_2025.pdf

³² Jener Verordnung, die von der EK als Basis für die jährliche Überprüfung der Zielkonformität Österreichs herangezogen werden wird.

³³ Zuletzt im Frühjahr 2025: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0995.pdf>.

2005 erreichen. Die erwartete Differenz für die gesamte Periode 2021-2030 würde im WEM-Szenario dabei insgesamt rund 19,5 Mio. t CO₂e betragen. Das WAM-Szenarios, das vor allem die zusätzlichen Maßnahmen des NEKP beinhaltet, ergäbe sich eine kumulierte Differenz von rund 7,0 Mio. t CO₂e. Diese Werte inkludieren dabei nur die Effekte der so genannten ETS-Flexibilität, die Österreich bereits in Anspruch nimmt. Davon abgesehen sind keine Effekte einer allfälligen Inanspruchnahme der anderen Flexibilitätsmechanismen gemäß ESR (EU-VO 2018/842), allfällige Strafzuschläge in den Abrechnungszeitpunkten 2027 & 2032 und etwaige Konsequenzen aus einer LULUCF Zielverfehlung berücksichtigt. Weitere Details zu diesen Szenarien können dem Bericht des Umweltbundesamts³³ entnommen werden.

Kosten für klimawandelbedingte Schäden

Wie in der Langfristigen Budgetprognose 2022 werden in der vorliegenden Prognose die physischen Kosten des Klimawandel für Österreich explizit berücksichtigt. Der Klimawandel wirkt sich in mannigfaltiger Weise aus und betrifft verschiedenste Bereiche – von der Land- und Forstwirtschaft, über die Industrie, Energieversorgung und Mobilität hin zu der öffentlichen Infrastruktur sowie dem Gesundheitssystem.

Grundlage für die Berücksichtigung dieser Effekte ist das COACCH-Projekts (vgl. Parrado et al., 2021 und Van der Wijst et al., 2021), das eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Einschätzung der Risiken und Kosten des Klimawandels in Europa vornimmt. In der vorliegenden Prognose sind vier Effekte in diesem Zusammenhang zu unterscheiden (Tabelle 30):

Tabelle 30: Übersicht über Risiken und Kosten des Klimawandels die im COACCH Projekt modelliert wurden und deren Umsetzung in der Langfristigen Budgetprognose 2025

Effektart	Beschreibung	Umsetzung in der Langfristigen Budgetprognose
Ökonomische Schadenswirkung	Auswirkungen des Klimawandels bzw. von (Extrem-)Wetterereignissen auf die Wachstumsfähigkeit der Gesamtwirtschaft (BIP-Wachstum).	Berücksichtigung von Wachstumseffekten auf Basis des COACCH Projekts (vgl. Parrado et al., 2021; SSP2, RCP 6.0, Median, Hohe Investmentmobilität).
Ökonomische Anpassungswirkung	Langfristige Auswirkungen von Anpassungsmaßnahmen auf die Wachstumsfähigkeit der Gesamtwirtschaft (Reduktion von Schäden, aber auch notwendige Verschiebung von Investitionen in	Berücksichtigung von Anpassungsszenarien im Aktivitätsszenario (vgl. Deliverable 4.3 des COACCH Projekts, Van der Wijst et al. 2021), die Schäden auf das BIP-Wachstum reduzieren, jedoch auch selbst geringfügige negative

	Anpassungsmaßnahmen statt in Produktionskapazitäten).	Wachstumseffekte aufzeigen. Gesamthaft sind die physischen Wachstumsschäden im Aktivitätsszenario jedoch deutlich niedriger.
Fiskalische Anpassungskosten	Fiskalwirksame (öffentliche) Kosten zur weiteren Anpassung (etwa im Rahmen gesteigerter Infrastrukturausgaben in den Bereichen Hochwasserschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung, etc.).	Zusätzliche fiskalische Ausgaben im Aktivitätsszenario zur Umsetzung der zusätzlichen Anpassungsmaßnahmen in den Szenarien des Deliverable 4.3 des COACCH Projekts.
Fiskalische Kompensationskosten	Fiskalwirksame (öffentliche) Kosten zur Kompensation privater Schäden oder von Schäden anderer Gebietskörperschaften.	In beiden Szenarien gleichermaßen fortgeschrieben.

Diese Effekte wurden auf Basis der Erkenntnisse des COACCH Projekts explizit in der Langfristigen Budgetprognose 2025 berücksichtigt.

Berechnung der Zielerreichungskosten

Bei einer Verfehlung der in den europäischen Vorgaben der ESR sowie der LULUCF-VO enthaltenen Ziele, muss Österreich die in jenen Rechtsmaterien vorgesehenen Flexibilitäten nutzen, um eine unionsrechtlich-kompatible Zielerreichung sicherzustellen. Die Kosten für die Nutzung dieser Flexibilitäten wird in Folge als „Zielerreichungszahlungen“ (ZEZ) gekennzeichnet. Das BMF hat zu diesen Fragen bereits mehrere Analysen veröffentlicht.³⁴

Die Berechnung dieser ZEZ orientiert sich an den gültigen Vorgaben der verschiedenen Rechtstexte (EU-VO sowie delegierte Rechtsakte und Analysen der EK). Grundsätzlich sind dabei Berechnungen für ESR und LULUCF Entwicklungen zu unterscheiden. Bei diesen jeweiligen Berechnungen sind sowohl Preis- als auch Mengeneffekte zu differenzieren, die in der vorliegenden Langfristigen Budgetprognose im Vergleich zu anderen Analysen deutlich intensiver und detaillierter berücksichtigt wurden.

Die Menge der notwendigen Flexibilitäten ergibt sich aus der projizierten Menge an THG-Emissionen in den ESR und LULUCF Sektoren verglichen mit den Zielvorgaben. In der ESR

³⁴ Siehe Langfristige Budgetprognose 2022, Green Budgeting Beilage des Bundes zum BVA 2025/2026: https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Green_Budgeting_2025_2026.pdf sowie die vom BMF-beauftragte Studie der Kommunalkredit Public Consulting (KPC): https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/eu-klimaziele---flexibilit%C3%A4ten.html

sind die Flexibilitätsmechanismen in Art. 5, 6 und 7 geregelt (Banking, Borrowing, Transfer, EU-ETS-Flexibilität und LULUCF-Flexibilität). In der vorliegenden Abschätzung wurde neben der österreichischen Menge auch eine Abschätzung für alle anderen EU MS vorgenommen, um einschätzen zu können, ob genügend Zertifikate für eine Zielerreichung zur Verfügung stehen. Das Basisszenario wird mit den WEM-Szenarien anderen EU MS verglichen, das Aktivitätsszenario mit den WAM-Szenarien. Die möglicherweise notwendigen Mengen an Zielerreichungsflexibilitäten in der LULUCF-VO sind deutlich unsicherer. Derzeit laufen auf unionsrechtlicher Ebene noch Diskussionen zu technischen Korrekturen des sogenannten Forest Reference Level (FRL)³⁵ sowie Flexibilitätenregelungen. Diese und hohe jährliche Schwankungsbreiten der einzelnen LULUCF-Accounting Kategorien erschweren derzeit eine Einschätzung. Für Österreich wurde für diese Langfristige Budgetprognose auf Basis vorhandener Daten und Abschätzungen für die erste Abrechnungsperiode (2021-2025) ein konservatives Mengengerüst gemäß EK-Methodik errechnet. Dieses Mengengerüst wurde dann für die Folgejahre weitergeschrieben.

Der Preiseffekt wurde für Österreich im Sinne einer kleinen, offenen Volkswirtschaft als exogen determiniert angenommen. In dieser Abschätzung wird die EK-Vorgabe zu Preisen des EU-ETS I also Proxypreis verwendet. Bei einer gesamteuropäischen Verknappung (Gesamtemissionen > gesamt-generierte Flexibilitäten aller Mitgliedsstaaten) wird der zusätzliche Preisdruck über eine 25%ige Preissteigerung in jenen Jahren modelliert.

Grundsätzlich regelt die ESR die zur Verfügung stehenden THG-Budgets jährlich bis 2030. Nach diesem Zeitraum ist bisher noch kein EU-weites Rechtsinstrument vorhanden, das die zum Verbrauch stehenden Emissionen jährlich definiert. Daher ergibt sich für die Berechnung von Zielerreichungszahlungen nach 2030 die Notwendigkeit, Annahmen über die jährlichen Zielvorgaben Österreichs im Zeitraum 2031-2050 zu treffen. Das Europäische Klimagesetz regelt in diesem Zusammenhang in Art. 2 Abs. 1, dass „[d]ie unionsweiten im Unionsrecht geregelten Treibhausgasemissionen und deren Abbau [...] in der Union bis spätestens 2050 ausgeglichen sein [müssen], sodass die Emissionen bis zu diesem Zeitpunkt auf netto null reduziert sind, und die Union strebt danach negative Emissionen an“.

³⁵ Die quantitativ maßgebliche Basislinie für das LULUCF Accounting. Der FRL stellt den jährlichen Zielwert für die Accounting Kategorie „Managed Forest Land“ (samt Holzprodukten) in den Jahren 2021 bis 2025 dar, welcher erreicht oder dessen Senke überschritten werden muss.

Der „no-policy-change“ Vorgabe folgend wird daher eine lineare Absenkung der verfügbaren THG-Budgets angenommen. Zusätzlich wird angenommen, dass die Banking-, Borrowing- und Transferflexibilitäten auch nach 2030 weiterbestehen, nicht verwendete Emissionsallokationen jedoch nicht über die Perioden hinaus mitgenommen werden können – eine vollständige Abrechnung ist also spätestens 2030, 2040 und 2050 notwendig. Nachdem die ESR-Zielreduktionen bisher immer etwas über den Gesamtzielen lagen (zB. für 2030 Gesamtziel: -55%, ESR -40%. Gesamtziel ggü. 1990, ESR ggü. 2005) wird für 2040 ein ESR-Ziel für alle EU-Mitgliedstaaten von -85% ggü. 2005 mit einer internationalen Flexibilität von 3% angenommen.³⁶ Für 2050 wurde ein ESR-Ziel für alle EU-Mitgliedstaaten mit -90% und 5% internationaler Flexibilität angenommen und stellen zum gegebenen Technologiestand schwer reduzierbare Emissionen dar. Diese Restemissionen müssten dann über negative Emissionen ausgeglichen werden, um das europäische Ziel der „Netto Null Verpflichtung“ gemäß Europäischem Klimaschutzgesetz zu erreichen. Restemissionen müssen daher über negative Emissionen ausgeglichen werden. Zusätzlich muss in der Interpretation dieser Ergebnisse jedoch davon beachtet werden, dass die österreichischen Verpflichtungen, speziell im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten, noch etwas ambitionierter ausfallen könnten. Das im Europäischen Klimagesetz geregelte Ziel betrifft die gesamten Unionsemissionen und nicht die jeweiligen Mitgliedsstaatsemissionen. In der Vergangenheit waren österreichische Ziele stets ambitionierter als jene anderer EU-Mitgliedsstaaten.

Die Kosten eines Ankaufs von Zertifikaten anderer EU-Mitgliedsstaaten bzw. von Drittländern wurden in den beiden Szenarien auf Basis der Berechnungen des Umweltbundesamts berücksichtigt. Zusätzlich sind in den Einnahmenprojektionen Mindereinnahmen durch die Nutzung der EU-ETS Flexibilität enthalten, da diese Mengen von der versteigerten Menge Österreichs bereits seit 2021 abgezogen werden.

Grundsätzlich sind die vorliegenden Berechnungen weiter äußerst preis- und Angebotsabhängig: Die Verfügbarkeit von Flexibilitätsüberschüssen anderer Mitgliedsstaaten ist keinesfalls garantiert und ob ein Verkauf dieser Überschüsse zu analog zu den angenommenen EU-ETS Preisen realistisch ist, ist derzeit nur schwer abschätzbar. So können höhere Preisannahmen beim Ankauf- bzw. Verkauf von

³⁶ Im November 2025 wurde im Rat der Europäischen Union eine Allgemeine Ausrichtung zu einer Änderung des EU-Klimagesetzes in Bezug auf das EU 2040 Klimaziel angenommen. Darin vorgesehen ist eine Reduktion der THG-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 90% mit der Möglichkeit bis zu 5% der Emissionen ggü. 1990 durch hochwertige internationale Zertifikate aus Drittländern anzurechnen. Dieser Beschluss wurde erst nach Finalisierung der beiden Szenarien gefasst, weshalb bis zu diesem Zeitpunkt der Vorschlag der EK (3% internationale Zertifikate) als Basis der Berechnungen verwendet wurde.

Zertifikaten schnell zu einer Vervielfachung der relevanten Zielerreichungskosten führen. Die vom BMF in Auftrag gegebene Studie der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) zeigt eine größere Variabilität möglicher Preisszenarien, um diese Unsicherheit weiter zu beleuchten.³⁷

Übersicht der wichtigsten Annahmen

Tabelle 31: Übersicht der wichtigsten Annahmen in den vom Umweltbundesamt modellierten Szenarien im Klimabereich (Basisszenario und Aktivitätsszenario)

	Basisszenario	Aktivitätsszenario
Internationale Preise (Öl, Gas, Kohle, etc.)	<ul style="list-style-type: none"> Auf Basis der Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Erstellung von THG-Szenarien für das Jahr 2025 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> Anhand Statistik Austria Prognose 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
CO₂ Bepreisung	<ul style="list-style-type: none"> ETS I: ebenfalls den Empfehlungen der EK folgend ETS II: bis 2025 die Preise aus dem Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetz; ab 2026 schrittweise auf 100 €; nach 2030 an die Preise im ETS I angeglichen 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
Förderungen	<ul style="list-style-type: none"> Abbildung des BFG 2025, 2026 sowie BFRG 2025-2028, 2026-2029; Anpassungen bei Klima-, Energie- und Umweltförderungen im Rahmen der Budgetkonsolidierung Danach nominelle Fortschreibung 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario Nach BFG 2025, 2026 sowie BFRG 2025-2028, 2026-2029 reale Fortschreibung
Gebäude	<ul style="list-style-type: none"> Abbildung des BFG 2025, 2026; BFRG 2025-2028, 2026-2029 sowie der Budgetbegleitgesetze 	<ul style="list-style-type: none"> Zusätzlich Maßnahmen im Regierungsprogramm, ua. Aktivitäten zur Umsetzung der Gebäude-Effizienz-Richtlinie Umstellungsgebot für defekte fossile Altanlagen ab 2030 (kleinere Reparaturen weiterhin erlaubt)
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> Abbildung des BFG 2025, 2026; BFRG 2025-2028, 2026-2029 sowie der Budgetbegleitgesetze 	<ul style="list-style-type: none"> Zusätzlich Maßnahmen im Regierungsprogramm, ua. Aktivitäten zur Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie (REDIII)

³⁷ BMF-beauftragte Studie der Kommunalkredit Public Consulting (KPC):

https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/eu-klimaziele---flexibilit%C3%A4ten.html

		<ul style="list-style-type: none"> Ab 2033 Ermöglichung und Einführung von Nullemissionszonen mit preisbasierten Ausnahmen
Energie	<ul style="list-style-type: none"> Abbildung des BFG 2025, 2026; BFRG 2025-2028, 2026-2029 sowie der Budgetbegleitgesetze 	<ul style="list-style-type: none"> Zusätzlich Maßnahmen im Regierungsprogramm, ua. Aktivitäten zur Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie (REDIII) Ab 2030 verstärkter Erneuerbaren Ausbau, Beschleunigter Ausbau der Geothermie, Aktivitäten zur Entwicklung der Wasserstoffinfrastruktur und -produktion Wegen erhöhtem Ausbau der Erneuerbaren Stromproduktion ab 2031 sinkende Strompreise
Industrie	<ul style="list-style-type: none"> Abbildung des BFG 2025, 2026; BFRG 2025-2028, 2026-2029 sowie der Budgetbegleitgesetze 	<ul style="list-style-type: none"> Zusätzlich Maßnahmen im Regierungsprogramm, ua. Aktivitäten zur Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie (REDIII) Wegen erhöhtem Ausbau der Erneuerbaren Stromproduktion ab 2031 sinkende Strompreise
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Ausgangspunkt WAM 2025 (entspricht WEM 25 plus Anpassungen bei Viehzahlen sowie Biomethanisierung)³⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
Abfall	<ul style="list-style-type: none"> wie in WEM 2025 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
F-Gase	<ul style="list-style-type: none"> wie in WEM 2025 	<ul style="list-style-type: none"> Wie Basisszenario
Sektor- übergreifend		<ul style="list-style-type: none"> verstärkte Aktivitäten zur Klimawandelanpassung Aktivitäten zur Ökologisierung von kontraproduktiven Anreizen und Subventionen

³⁸ „Das Umweltbundesamt sieht die Entwicklung der Viehzahlen im Szenario WAM 2025 plausibler als im WEM25 und hat deshalb empfohlen dieses für die THG-Szenarien in der langfristigen Budget-prognose heranzuziehen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Szenarien WEM 2025 und WAM 2025 im Sektor Landwirtschaft sind die Annahmen bezüglich der Entwicklung des Viehbestands bis 2030. In beiden Szenarien sinken die Viehbestände, im Szenario WAM 2025 jedoch stärker als im Szenario WEM 2025. Für die emissionsseitige Modellierung werden jedoch Anpassungen im Bereich der landwirtschaftlichen Biomethanisierung vorgenommen, da das Umweltbundesamt hier im Regierungsprogramm ein deutlich geringeres Ambitionsniveau erkennt, als im Szenario WAM 2025 hinterlegt.“ Umweltbundesamt 2025a

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rahmenbedingungen und Hauptergebnisse im Überblick.....	9
Tabelle 2: Bevölkerungsstruktur und Altersquotient.....	13
Tabelle 3: Entwicklung des Arbeitsvolumens.....	17
Tabelle 4: Übersicht der THG-fokussierten Zielvorgaben auf nationaler, unions- und völkerrechtlicher Ebene für die Jahre 2030, 2040 und 2050	22
Tabelle 5: Exemplarische Beispiele für Budgetrisiken des Klimawandels und ihre Berücksichtigung in der Langfristigen Budgetprognose 2025	23
Tabelle 6: Hauptergebnisse im Basisszenario	27
Tabelle 7: Demografieabhängige Ausgaben im Basisszenario	28
Tabelle 8: Pensionsausgaben im Basisszenario.....	29
Tabelle 9: Gesundheitsausgaben im Basisszenario.....	34
Tabelle 10: Pflegeausgaben im Basisszenario	35
Tabelle 11: Bildungsausgaben im Basisszenario	37
Tabelle 12: Ausgaben für Familienleistungen im Basisszenario	40
Tabelle 13: Zinsausgaben	44
Tabelle 14: Sonstige Ausgaben im Basisszenario	46
Tabelle 15: Einnahmen im Basisszenario	47
Tabelle 16: Fiskalische Eckwerte im Basisszenario	48
Tabelle 17: Überblick Alternativszenarien	51
Tabelle 18: Keine Konsolidierung – Fiskalische Eckwerte	52
Tabelle 19: Siebenjähriger Anpassungspfad – Fiskalische Eckwerte	54
Tabelle 20: Übersicht über demographische und ökonomische Ergebnisse des Aktivitätsszenarios im DELTA Modell.....	62
Tabelle 21: Zinssensitivitätsszenario – Fiskalische Eckwerte.....	63
Tabelle 22: Geringeres Produktivitätswachstum – Hauptergebnisse.....	66
Tabelle 23: Höheres Produktivitätswachstum – Hauptergebnisse	68
Tabelle 24: Geringere Migration nach Österreich – Hauptergebnisse	69
Tabelle 25: Vergleich mit der Langfristigen Budgetprognose 2022.....	73
Tabelle 26: Vergleich mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2025 des Fiskalrats	80
Tabelle 27: Vergleich mit der Alterssicherungskommission	83
Tabelle 28: Vergleich mit dem Ageing Report 2024 der Europäischen Kommission.....	85

Tabelle 29: THG-Emissionen 2023 gem. THG-Inventur des Umweltbundesamts, im ESR-bereich (exklusive LULUCF; absolut und in % der Gesamtemissionen)	100
Tabelle 30: Übersicht über Risiken und Kosten des Klimawandels die im COACCH Projekt modelliert wurden und deren Umsetzung in der Langfristigen Budgetprognose 2025	102
Tabelle 31: Übersicht der wichtigsten Annahmen in den vom Umweltbundesamt modellierten Szenarien im Klimabereich (Basisszenario und Aktivitätsszenario)	106

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungszahl; Geburten- und Wanderungsbilanz	12
Abbildung 2: Lebenserwartung bei der Geburt; Bevölkerungsanteil 80+.....	12
Abbildung 3: Bevölkerungsstruktur; Altersquotient	12
Abbildung 4: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; Erwerbsquoten	14
Abbildung 5: Wachstumszerlegung des realen BIP nach Komponenten	15
Abbildung 6: THG-Emissionen im Basisszenario (ESR-Emissionen)	26
Abbildung 7: Demografieabhängige Ausgaben im Basisszenario	28
Abbildung 8: Öffentliche Pensionsausgaben.....	29
Abbildung 9: Eigen- und Hinterbliebenenpensionen; Ersatzrate.....	31
Abbildung 10: Effektives Pensionsantrittsalter; Erwerbsquoten 15-64 und 60-64 Jahre....	32
Abbildung 11: Durchschnittliche Frauenpensionen in % der Männerpensionen	33
Abbildung 12: Öffentliche Gesundheitsausgaben.....	34
Abbildung 13: Öffentliche Pflegeausgaben	36
Abbildung 14: Öffentliche Bildungsausgaben	37
Abbildung 15: Personal nach Bildungsstufen	40
Abbildung 16: Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds.....	42
Abbildung 17: Zinsausgaben; Zinssatz der Neuverschuldung und Effektivzinssatz	45
Abbildung 18: Gesamtstaatliche Einnahmen 2025	47
Abbildung 19: Entwicklung Maastricht-Saldo und Schuldenquote.....	49
Abbildung 20: Veränderung der Schuldenquote.....	49
Abbildung 21: Vergleich Szenario „Keine Konsolidierung“ mit Basisszenario	52
Abbildung 22: Vergleich Szenario „Siebenjähriger Anpassungspfad“ mit Basisszenario	54
Abbildung 23: Entwicklung der THG-Emissionen im Aktivitätsszenario (ESR-Emissionen) .	56
Abbildung 24: Vergleich der beiden Szenarien (ESR-Sektoren) und dem ESR-Ziel.....	58
Abbildung 25: Makroökonomische Effekte im Aktivitätsszenario	60
Abbildung 26: Vergleich Szenario „Aktivitätsszenario“ mit Basisszenario.....	61
Abbildung 27: Vergleich Szenario „Zinssensitivitätsszenario“ mit Basisszenario	63
Abbildung 28: Vergleich Szenario „Geringeres Produktivitätswachstum“ m. Basisszenario	66
Abbildung 29: Vergleich Szenario „Höheres Produktivitätswachstum“ mit Basisszenario .	68
Abbildung 30: Vergleich Szenario „Geringere Migration nach Österreich“ mit Basisszenario	70

Abbildung 31: Vergleich „Höhere Lebenserwartung“ mit Basisszenario.....	72
Abbildung 32: Vergleich Entwicklung Schuldenquote und Maastricht-Saldo in der langfristigen Budgetprognose 2025 und 2022	77
Abbildung 33: Vergleich Zinszahlungen in der langfristigen Budgetprognose 2025 und 2022	77
Abbildung 34: Verflechtungen und Schnittstellen zwischen den Modellen	89
Abbildung 35: Entwicklung der Lohnquote	92
Abbildung 36: Vergleich Zinssatz und BIP-Wachstum.....	94

Abkürzungen

BFG	Bundesfinanzgesetz
BFRG	Bundesfinanzrahmengesetz
BHG 2013	Bundeshaushaltsgesetz 2013
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
CESAR	Centre of Economic Scenario Analysis and Research
CH ₄	Methan
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
COACCH	CO-designing the Assessment of Climate CHange costs
CO ₂ e	CO ₂ Äquivalent
COICOP	Classification of Individual Consumption by Purpose
EAG	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
ESR	Effort Sharing Regulation (Lastenteilungs-VO)
ETS	Emissionshandelssystem
EU-ETS	EU-Emissionshandelssystem
EWG	Erneuerbare-Wärme-Gesetz
F-Gas	Fluorierte Gase
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
KSG	Klimaschutzgesetz
LULUCF	Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft
MIO-ES	Macroeconomic Input-Output Model with Integrated Energy System
MöSt	Mineralölsteuer
N ₂ O	Lachgas

NACE	Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
NEHG 2022	Nationales Emissionszertifikatehandelssystem 2022
NEKP	Nationaler Energie- und Klimaplan
t	Tonne(n)
THG	Treibhausgas(e)
UBA	Umweltbundesamt
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WAM	With Additional Measures
WEM	With Existing Measures
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Finanzen, Johannesgasse 5, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: BMF

Gesamtumsetzung: Sektion II, BMF

Wien, 2025. Stand: 22.12.2025

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Finanzen ausgeschlossen ist.

Bundesministerium für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

bmf.gv.at

